



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

EUROSYSTEM

# GESCHÄFTSBERICHT 2016

mit Wissensbilanz und Umwelterklärung  
NACHHALTIGKEITSBERICHT 2016



# 2016

Stabilität und Sicherheit.

# Unser gesetzlicher Auftrag

## **Bundesgesetz über die Oesterreichische Nationalbank**

(Nationalbankgesetz 1984 – NBG)

BGBl. Nr. 50/1984 idF BGBl. I Nr. 159/2015

### **§ 2**

(1) Die Oesterreichische Nationalbank ist eine Aktiengesellschaft. Sie ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB).

(2) Die Oesterreichische Nationalbank hat gemäß den Bestimmungen des AEUV [d. i. der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union], des ESZB/EZB-Statuts [d. i. die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank], der auf Grundlage dieser Bestimmungen erlassenen unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Vorschriften sowie dieses Bundesgesetzes an der Erreichung der Ziele und der Vollziehung der Aufgaben des ESZB mitzuwirken. Im Rahmen des Unionsrechts [...] hat die Oesterreichische Nationalbank mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, das Ziel der Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, ist den volkswirtschaftlichen Anforderungen in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung Rechnung zu tragen und die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zu unterstützen.

(5) Bei Verfolgung der [...] genannten Ziele und Aufgaben hat die Oesterreichische Nationalbank [...] entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB zu handeln; weder die Oesterreichische Nationalbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane darf hierbei Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Europäischen Union, von Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder von anderen Stellen einholen oder entgegennehmen.

### **§ 44b**

(1) Die Oesterreichische Nationalbank hat im öffentlichen Interesse das Vorliegen aller jener Umstände zu beobachten, die für die Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind.

### **§ 44c**

(1) Die Oesterreichische Nationalbank trägt unbeschadet § 44b im Inland zur Wahrung der Finanzmarktstabilität und Reduzierung des systemischen und prozyklisch wirkenden Risikos bei [...].

## Unser Leitbild

Die Oesterreichische Nationalbank leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu Preisstabilität und sicheren Finanzmärkten.

### MISSION

- Die OeNB ist die unabhängige Zentralbank der Republik Österreich.
- Wir gewährleisten gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und den anderen Zentralbanken des Euroraums die Stabilität des Euro und unterstützen damit eine gesunde Wirtschaftsentwicklung.
- Wir sichern zusammen mit der EZB und der österreichischen Finanzmarktaufsicht die Stabilität der Banken und der Finanzmärkte.
- Wir sorgen gemeinsam mit unseren Tochterunternehmen für sicheres Bargeld und einen funktionierenden Zahlungsverkehr.
- Wir veranlagen und verwalten die Währungs- und Goldreserven professionell im Sinne unseres Stabilitätsauftrags und versorgen die österreichischen Banken mit ausreichender Zentralbankliquidität.
- Wir bringen als zentrale wirtschaftspolitische Institution unsere volks- und finanzwirtschaftliche Expertise ein und geben Orientierung mittels hochwertiger und verlässlicher Statistiken.
- Wir unterstützen mit unserem Informations- und Bildungsangebot das bessere Verständnis von Wirtschaft und Finanzen.

### WERTE

- Wir fühlen uns der europäischen Idee verpflichtet und unterstützen aktiv den europäischen Integrationsprozess.
- Wir sind uns der Verantwortung für Österreich und Europa bewusst und erfüllen unsere Aufgaben effektiv und effizient.
- Grundlage unseres Handelns sind fachliche und soziale Kompetenz, Nachvollziehbarkeit und verantwortungsbewusste Unternehmensführung.
- Wir begegnen neuen Entwicklungen offen und zukunftsorientiert.
- Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihr Wissen und ihr Engagement sind unser wichtigstes Kapital.
- Wir sind Chancengleichheit und Diversität verpflichtet und messen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen hohen Stellenwert zu.
- Unsere gesellschaftliche Verantwortung zeigt sich auch in unserem Engagement für Wissenschaft und Forschung, humanitäre Anliegen, Kunst und Kultur sowie für die Umwelt.



200 Jahre OeNB: Präsentation der 2-Euro-Sondermünze und der 1-Euro-Jubiläumsbriefmarke

# Inhalt

Unser gesetzlicher Auftrag	2
Unser Leitbild	3
Inhalt	5
Vorwort des Präsidenten	6
Vorwort des Gouverneurs	7
Eigentümer und Organe	8
Organisation der OeNB	12
Das Geschäftsjahr 2016 im Überblick	14
200 Jahre OeNB – eine Geschichte in 179 Geschäftsberichten	17
<b>Die OeNB im Dienste der Preis- und Finanzmarktstabilität</b>	
Ein weiteres Jahr sehr niedriger Leitzinsen im Euroraum	23
Österreichische Wirtschaft schwenkt 2016 auf Wachstumspfad	31
Breit gestreute Mittelveranlagung in Zeiten politischer Unsicherheit und unterschiedlicher geldpolitischer Trends	39
Effektive Aufsicht stärkt Finanzmarktstabilität	43
Leistungsfähiges Statistikangebot für Österreichs Bevölkerung und Wirtschaft	53
Vorstellung der vierten Banknote der Europa-Serie und Migration des österreichischen Finanzplatzes auf T2S	57
<b>Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen</b>	
Das intellektuelle Kapital der OeNB	65
Risikomanagement	69
OeNB im Dialog mit Bevölkerung und Wirtschaft	71
OeNB fördert Forschung, Wissenschaft, Kunst und Kultur	75
Umwelterklärung 2016: 20 Jahre zertifiziertes Umweltmanagement	77
<b>Beteiligungsspiegel</b>	81
<b>Jahresabschluss 2016</b>	83
<b>Hinweise</b>	
Abkürzungen	126
Zeichenerklärung, Periodische Publikationen	127
Adressen	129
Impressum	130

Redaktionsschluss: 16. Februar 2017

## Vorwort des Präsidenten



*Im Jahr 2016 beging die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ihr 200-Jahr-Jubiläum. Sie gehört damit zu den ältesten Notenbanken der Welt. Am 1. Juni 1816 wurde die „privilegierte oesterreichische National-Bank“ durch Kaiser Franz I. gegründet, um die damals infolge der Napoleonischen Kriege arg zerrüttete österreichische Wirtschaft zu stabilisieren und die Funktionsfähigkeit des Finanzwesens wiederherzustellen. Damals war die National-Bank auch die mit Abstand größte und einzige als Aktiengesellschaft organisierte Bank in Wien und in der Monarchie. In den zwei Jahrhunderten hat sie sich mehrfach gewandelt – von der Oestereichisch-ungarischen Bank über eine Reichsbankhauptstelle während des Zweiten Weltkriegs bis hin zur kleinen und effizienten Notenbank im Eurosystem, die einen unverzichtbaren Beitrag zu Preisstabilität und sicheren Finanzmärkten leistet. Bei einem Festakt im Juni 2016 wurde die herausragende Bedeutung unserer Oesterreichischen Nationalbank entsprechend gewürdigt.*

*Auch im abgelaufenen Jahr stellte uns die Erfüllung unserer Kernaufgaben vor neue Herausforderungen: In einem Umfeld verhaltenen Wirtschaftswachstums und sehr niedriger Inflation setzte die Geldpolitik des Eurosystems ihren expansiven Kurs durch ein umfangreiches Ankaufprogramm von Wertpapieren fort. Durch eine effiziente Aufsicht im Rahmen des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus und das Zusammenwirken von EZB, FMA und OeNB konnte die Finanzmarktstabilität in Österreich gestärkt werden und der notwendige Anpassungsprozess bei Österreichs Banken an Schwung gewinnen.*

*Österreichs Bevölkerung und Wirtschaft wird Anfang April 2017 mit der neuen 50-Euro-Banknote bereits den vierten Geldschein der neuen Europa-Serie erhalten, der*

*hinsichtlich Sicherheit weiter verbessert wurde. Die Verwendung von Bargeld ist in Österreich weiterhin hoch. Im unbaren Zahlungsverkehr laufen die Vorbereitungen in Richtung Instant Payments, wodurch bei Überweisungen das Geld bereits nach wenigen Sekunden zur Verfügung stehen wird. Anfang Februar 2017 migrierten die OeNB und die Oesterreichische Kontrollbank erfolgreich auf TARGET2-Securities (T2S). Diese vom Eurosystem betriebene Plattform für die zentrale und harmonisierte Wertpapierabwicklung erhöht die Effizienz und Sicherheit, reduziert Barrieren und die Fragmentierung in Europa. T2S ist ein wichtiger Baustein für die Realisierung der europäischen Kapitalmarktunion. Die Umsetzung des 2015 beschlossenen OeNB-Goldlagerstellen-Konzepts geht planmäßig voran. Bis Ende 2016 konnten bereits rund 30 Tonnen Gold nach Wien rückgeführt werden. Spätestens im Jahr 2020 werden rund 140 Tonnen Gold in Österreich lagern.*

*Nach dem durch Sondereffekte besonders erfreulichen Ergebnis 2015 konnte die OeNB im Jahr 2016 trotz schwieriger Wirtschafts- und Marktbedingungen mit 268 Mio EUR ein beachtliches geschäftliches Ergebnis erreichen. Der 90-prozentige Gewinnanteil des Bundes beträgt 163 Mio EUR; inklusive Körperschaftsteuer von 67 Mio EUR erhält die Republik Österreich 230 Mio EUR.*

*Mein Dank gilt dem Direktorium und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre besonderen Leistungen im Geschäftsjahr 2016.*

*Wien, im März 2017*

A handwritten signature in black ink, which appears to read "C. Raidl". The signature is fluid and cursive.

*Claus J. Raidl, Präsident*

## Vorwort des Gouverneurs

Im Jahr 2016 setzte sich der moderate Aufschwung im Euroraum fort. Das reale BIP-Wachstum in Österreich, das seit 2014 unter jenem des Euroraums gelegen hatte, legte kontinuierlich zu und holte mit 1,4 % im Gesamtjahr 2016 wieder gegenüber dem Durchschnitt des Euroraums (1,7 %) auf. Ab Mitte 2016 setzte im Euroraum ein Auftrieb der HVPI-Inflation ein und brachte diese per Jahresende 2016 auf ein Niveau von rund 1 % zurück. Inzwischen gab es zum Teil deutlich höhere Monatswerte der Inflation. Der vorliegende Geschäftsbericht baut auf den bei Redaktionsschluss verfügbaren Zahlen der Dezember-Prognose des Eurosystems auf, die neueren Entwicklungen werden aber bei den geldpolitischen Diskussionen im Jahr 2017 zu analysieren sein.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation lockerte der EZB-Rat im Jahresverlauf 2016 seine Geldpolitik erneut: Die Leitzinsen wurden weiter gesenkt, das Wertpapier-Ankaufprogramm in Volumen und Dauer ausgeweitet und neuerlich gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte angeboten, die die Banken in großem Umfang in Anspruch nahmen. Diese geldpolitischen Impulse waren eine absolute Notwendigkeit, um die Wirtschaft des Euroraums wieder auf einen soliden Wachstumspfad zurückzubringen. Günstige Finanzierungsbedingungen bieten für Haushalte und Unternehmen einen Anreiz, wieder zu konsumieren bzw. zu investieren und sind deshalb eine notwendige Voraussetzung für die Erholung der Wirtschaft und auch dafür, dass sich die Inflation weiter ihrem Zielwert nähert. Auch Österreich profitierte von der lockeren Geldpolitik, der Wachstumsrückstand zum Euroraum verringerte sich.

Am 23. Juni 2016 votierte das Vereinigte Königreich in einem Referendum für den Austritt aus der Europäischen Union („Brexit“). Der Zeitpunkt, die Modalitäten und die Aus-

wirkungen der Umsetzung sorgen seither für Unsicherheit über das künftige Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Vor diesem Hintergrund gewinnen Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion zunehmend an Bedeutung. Die EU und das Eurosystem leisteten einen wesentlichen Beitrag, dass die massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 für Europa abgefedert werden konnten. Seit Beginn der Krise hat die EU außerdem zahlreiche Reformschritte gesetzt wie etwa die Schaffung einer einheitlichen Bankenaufsicht für den Euroraum. Die OeNB trägt durch umfangreiche Analysen dazu bei, den wirtschaftlichen Nutzen der europäischen Integration für Österreich in Erinnerung zu rufen, aber auch auf jene Bereiche hinzuweisen, in denen noch weiterer Reformbedarf besteht. Weitere wichtige Vorhaben, u. a. eine verstärkte europäische Investitionsoffensive, erfordern ein solidarisches Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten, um künftigen wirtschaftlichen Herausforderungen gemeinsam möglichst gut begegnen zu können. Neben all diesen Maßnahmen, die erst in den kommenden Jahren ihre volle Wirkung entfalten werden, sollte vor allem niemals in Vergessenheit geraten, dass die EU primär als friedenssicherndes Projekt im Sinne unserer eigenen Zukunft verstanden werden muss.

Ich danke dem Präsidium, dem Direktorium und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren fachlichen und persönlichen Einsatz, den sie in diesem Jahr für die OeNB erbracht haben.

Wien, im März 2017



Ewald Nowotny, Gouverneur



# Eigentümer und Organe

## Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Sie unterliegt im Vergleich zu anderen Aktiengesellschaften aber einer Reihe von speziellen, im Nationalbankgesetz 1984 (NBG) begründeten Regelungen, die sich aus ihrer besonderen Stellung als Zentralbank ergeben. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht seit Juli 2010 zur Gänze im Eigentum des Bundes.

## Aufgaben des Generalrats

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabenbereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Der Generalrat wird durch den Präsidenten einberufen, und zwar in der Regel einmal im Monat. Gemäß § 20 Abs. 2 NBG hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Gemeinsame Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen und Liegenschaften.

Des Weiteren ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unternehmen, an denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch

bei der Ernennung der Funktionäre der zweiten Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in § 21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreivorschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung der Plankostenrechnung und des Investitionsplans für das nächste Geschäftsjahr.

## Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und acht weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Sie werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

## Personelle Veränderungen vom 1. Jänner 2016 bis 7. März 2017

Mit Wirkung vom 1. April 2016 wurde Mag. Alfred Lejsek vom Bundesminister für Finanzen in seiner Funktion als Staatskommissär-Stellvertreter wiederbestellt.



Mit Stand 7. März 2017 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



Dkfm. Dr.  
Claus J. Raidl  
*Präsident*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
1.9.2013 – 31.8.2018*



Mag. Max  
Kothbauer  
*Vizepräsident*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
1.9.2013 – 31.8.2018*



Dipl.-Ing.  
August Astl  
*Generalsekretär der  
Landwirtschaftskammer  
Österreich (bis 31. Juli 2016)*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
8.9.2013 – 7.9.2018*



Univ.-Prof. MMag. Dr.  
Gottfried Haber  
*Leiter Forschungsbereich Wirtschafts-,  
Budget- und Finanzpolitik und Zen-  
trum für Management im Gesundheits-  
wesen der Donau-Universität Krems*  
*Aktuelle Funktionsperiode:  
23.5.2013 – 22.5.2018*



Dr. Erich Hampel  
*Präsident der  
UniCredit Bank Austria AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
23.5.2013 – 22.5.2018*



Mag. Anna Maria  
Hochhauser  
*Generalsekretärin der  
Wirtschaftskammer Österreich*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
1.3.2013 – 28.2.2018*



Mag. Werner Muhm  
*Direktor der Kammer  
für Arbeiter und  
Angestellte für Wien  
(bis 30. Juni 2016)*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
1.3.2013 – 28.2.2018*



Dr. Gabriele Payr  
*Geschäftsführerin der Wiener  
Wohnen Haus- &  
Außenbetreuung GmbH*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
1.8.2014 – 31.7.2019*



Mag. Dr. Walter  
Rothensteiner  
*Generaldirektor der  
Raiffeisen Zentralbank  
Österreich AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
1.8.2014 – 31.7.2019*



Dr. Dwora Stein  
*Bundesgeschäftsführerin der  
Gewerkschaft der Privat-  
angestellten, Druck,  
Journalismus, Papier*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
1.9.2013 – 31.8.2018*

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG wurden vom Zentralbetriebsrat zu den Sitzungen des Generalrats als Vertreter Robert Kocmich und als Stellvertreterin Mag. Birgit Sauerzopf entsendet.



Robert Kocmich  
*Vorsitzender des  
Zentralbetriebsrats*



Mag. Birgit Sauerzopf  
*Stellvertretende Vorsitzende des  
Zentralbetriebsrats*



Staatskommissär  
Sektionschef  
Mag. Harald Waiglein  
*Leiter der Sektion für Wirtschafts-  
politik und Finanzmärkte im  
Bundesministerium für Finanzen*  
*Aktuelle Funktionsperiode:  
seit 1.7.2012*



Staatskommissär-Stellvertreter  
Mag. Alfred Lejsek  
*Gruppenleiter  
Gruppe III/B Finanzmärkte im  
Bundesministerium für Finanzen*

*Aktuelle Funktionsperiode:  
seit 1.4.2016*

## Direktorium

Das Direktorium leitet den gesamten Dienstbetrieb und führt die Geschäfte der OeNB. Bei der Verfolgung der Ziele und Aufgaben des ESZB handelt das Direktorium entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB. Das Direktorium führt die Geschäfte in der Weise, dass die OeNB in die Lage versetzt wird, die

ihr auf Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB/EZB-Satzung) erlassenen unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Vorschriften und die sonst durch ein Bundesgesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Mit Stand 7. März 2017 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:



*Von links: Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner; Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny; Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner; Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil*

Das Direktorium besteht aus dem Gouverneur, dem Vize-Gouverneur und zwei weiteren Mitgliedern. Alle Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt. Die Ernennung erfolgt jeweils für die Dauer von sechs Jahren; eine Wiederernennung ist zulässig. Der Gouverneur ist Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats der EZB. Er

und sein Vertreter sind bei Wahrnehmung dieser Funktionen weder an Beschlüsse des Direktoriums noch an solche des Generalrats gebunden und unterliegen auch sonst keinerlei Weisungen.

Weitere Bestimmungen zum Direktorium finden sich in den §§ 32 bis 36 NBG. Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch [www.oenb.at](http://www.oenb.at).



200 Jahre OeNB: Pressekonferenz des EZB-Rats in der Wiener Hofburg

# Organisation der OeNB

## Präsident

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

PRÄS

## Vizepräsident

Mag. Max Kothbauer

VPR

## Direktorium

### Ressort Notenbankpolitik

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny R G

#### Referat Compliance

AL Mag. Eva Graf, LL.M. REFC

### Hauptabteilung

**Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und Personal**  
DHA Mag. Markus Arpa HOP

#### Referat Protokoll Direktorium, Generalrat und Generalversammlung

SAD Dr. Brigitta Lidauer REFP

#### Personalabteilung

AL DRR Hannes Brodtrager PERS

#### Organisationsabteilung<sup>1 2</sup>

AL Mag. Anna Cordt ORGA

#### Referat Pressestelle

AL Dr. Christian Gutleiderer REFPS

#### Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Finanzbildung

AL DRR Maximilian Hiermann ÖARB

### Hauptabteilung Volkswirtschaft

DHA Dr. Doris Ritzberger-Grünwald HVW

#### Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan VOWA

#### Abteilung für volkswirtschaftliche Studien

AL Mag. Dr. Martin Summer VOSTA

#### Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland

AL Dr. Helene Schubert AUSA

### Ressort Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik

Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner R VG

#### Innenrevision

AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger REV

### Hauptabteilung

**Europäische Großbankenaufsicht**  
DHA Mag. Dr. Karin Turner-Hrdlicka HEG

#### Abteilung für Europäische Großbankenanalyse

AL Dipl.-Ing. Dr. Gabriela De Raaij EGBA

#### Abteilung für Europäische Großbankenrevision

AL Mag. Martin Hammer EGREV

#### Abteilung Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie

AL Priv.-Doz. Mag. Dr. Markus Schwaiger EGSA

### Hauptabteilung

**Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung**  
DHA Mag. Philip Reading HFB

#### Abteilung für Bankenanalyse

AL Dr. Matthias Hahold BAKA

#### Abteilung für Bankenrevision

AL DRR Mag. Dr. Roland Pipelka BAREV

#### Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht

AL DRR Dr. Michael Würz FINMA

### Hauptabteilung Statistik

DHA Mag. Dr. Johannes Turner HST

#### Referat für spezifische Bankenabwicklungsthemen

AL Dr. Alexander Benkwitz REFBA

#### Abteilung Statistik – Informationssysteme und Datenmanagement

AL Mag. Ralf Peter Dobringer SIDAT

#### Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken

AL DRR Dr. Michael Pfeiffer SAFIM

#### Abteilung Statistik – Aufsicht Modelle und Bonitätsanalysen

AL Priv. Doz. Mag. Dr. Gerhard Winkler SAMBA

- AL Abteilungsleiter / Abteilungsleiterin  
DHA Direktor / Direktorin der Hauptabteilung  
DRR Direktionsrat / Direktionsrätin  
DZA Direktor / Direktorin und Leiter / Leiterin der Zweiganstalt  
SE Senior Expert  
SAD Senior Advisor  
STAL Stellvertretender Abteilungsleiter / Stellvertretende Abteilungsleiterin

## Ressort Zahlungsverkehr, Informationsverarbeitung und Infrastruktur

Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil R I

Referat Risikoüberwachung Treasury  
AL Doris Rijnbeek, MBA REFR

Referat Beteiligungsverwaltung und Gesellschaftsrecht  
AL Dr. Christa Mölzer-Hellsberg REFBG

Zweiganstalt Österreich Nord  
DZA Josef Kienbauer NORD

Zweiganstalt Österreich Süd  
DZA Claudia Macheiner SÜD

Zweiganstalt Österreich West  
DZA Mag. (FH) Armin Schneider WEST

## Hauptabteilung Beteiligungen, Zahlungsverkehr und Interne Dienste

DHA Dr. Stefan Augustin HBI

Abteilung Beteiligungs- und Zahlungsverkehrssteuerung  
AL Mag. Wolfgang Haunold, MA BZS

Banknoten- und Münzenkasse  
AL Mag. Barbara Nösslinger BMK

Zahlungsverkehrsabteilung  
AL DRR Mag. Katharina Selzer-Haas ZV

Abteilung für Einkaufs-, Gebäude- und Sicherheitsmanagement  
AL Mag. Thomas Reindl EGS

## Hauptabteilung Informationstechnologie und Kundenservice

DHA Christoph Martinek HIT

Referat IT Strategie, Architektur und Sicherheit  
AL Ing. Martin Durst REFIS

IT-Development  
AL DRR Dipl.-Ing. Dieter Gally ITD

IT-Operations  
AL DRR Ing. Peter Deixelberger ITO

Abteilung Informationsmanagement und Services  
AL Mag. Bernhard Urban IMS

## Ressort Finanzmärkte, Internationale Beziehungen und Rechnungswesen

Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner R II

Abteilung Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen  
AL DRR Mag. Franz Nauschnigg INTA

Repräsentanz Brüssel  
STAL Mag. Isabella Lindner REPB

Rechtsabteilung  
AL Dr. Matthias Schroth, LL.M. RECHT

## Hauptabteilung Treasury

DHA Mag. Franz Partsch HTR

Treasury – Back Office  
AL Mag. Reinhard Beck BACK

Abteilung für Treasury – Strategie  
AL Mag. Robert Reinwald STRAT

Treasury – Front Office  
AL DRR Mag. Peter Sixt FRONT

Repräsentanz New York  
AL DRR Mag. Gerald Fiala REPNY

## Hauptabteilung Rechnungswesen, Controlling und Wertebestandsprüfung

DHA Friedrich Karrer HRC

Abteilung Bilanzierung und Steuerangelegenheiten  
AL DRR Elisabeth Trost BIL

Abteilung Zentralbuchhaltung  
AL Josef Steininger ZB

Abteilung für Controlling und Forschungsförderung  
AL Mag. Rudolf Butta CONTR

<sup>1</sup> Umweltbeauftragter SE Mag. Martin Much, MSc

<sup>2</sup> Vorsitzende Gleichbehandlungsbeauftragte SE Mag. Nicola Antesberger

Stand per 1. März 2017

# Das Geschäftsjahr 2016 im Überblick

## Geldpolitischer Kurs im Eurosystem weiter gelockert

Angesichts hoher globaler Konjunkturunsicherheit und anhaltend niedriger Inflationsraten lockerte die EZB im Jahresverlauf 2016 ihre Geldpolitik erneut: Die Leitzinsen wurden weiter gesenkt, das Wertpapier-Ankaufprogramm in Volumen und Dauer ausgeweitet und neuerlich gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte angeboten, die die Banken in großem Umfang in Anspruch nahmen. Diese geldpolitischen Impulse wurden an die Unternehmen und Haushalte wirksam weitergegeben. Die Wirtschaft erholt sich, die Kredite nehmen zu und die Inflation nähert sich wieder ihrem Zielwert. Auch Österreich profitierte von der gelockerten Geldpolitik, der Wachstumsrückstand zum Euroraum verringerte sich. Der Inflationsabstand zum Euroraum ging gegen Jahresende 2016 zurück, blieb aber positiv. Die wachsende Beschäftigung schlug sich aufgrund des steigenden Arbeitsangebots jedoch vorerst nicht in einer rückläufigen Arbeitslosenquote nieder.

## Effektive Aufsicht stärkt Finanzmarktstabilität

Die österreichischen Banken waren auch 2016 mit einem verhaltenen Wirtschaftswachstum,

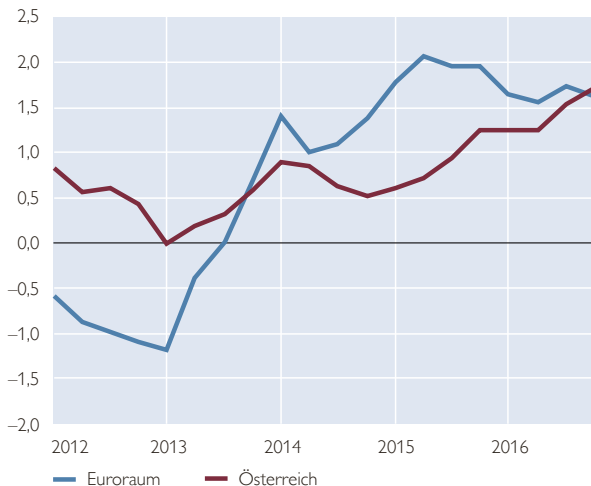
niedrigen Zinsen und politischen Unsicherheiten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) konfrontiert. In diesem Spannungsfeld haben sie den notwendigen strukturellen Anpassungsprozess fortgesetzt, das CESEE-Geschäft wurde neu ausgerichtet. Dies wirkte positiv auf das Risiko- und externe Einschätzungen. Auch wenn Analysen der OeNB im Rahmen ihres makroprudenziellen Mandats derzeit keine systemischen Risiken in der Immobilienfinanzierung in Österreich zeigen, hält die OeNB die präventive gesetzliche Verankerung von makroprudenziellen Instrumenten im Immobilienkreditbereich und die Einhaltung von nachhaltigen Kreditvergabe-standards für notwendig.

Die OeNB führte im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) neben dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess schwerpunktmäßig Analysen zu den Geschäftsmodellen, dem Kreditrisiko – insbesondere im Hinblick auf notleidende Kredite – sowie zum Risikomanagement der Banken durch. Die OeNB ist stark in die operative Beaufsichtigung der knapp 500 weniger bedeutenden Banken in Österreich, die weiterhin der national zuständigen Aufsichtsbehörde obliegt, eingebunden. Der Schwerpunkt der Vor-Ort-Prüfungen lag in der Beurteilung des Kreditrisikos sowie des Gesamtbankrisikomanagements.

Grafik 1

### Reales BIP

Veränderung zum Vorjahresquartal in %

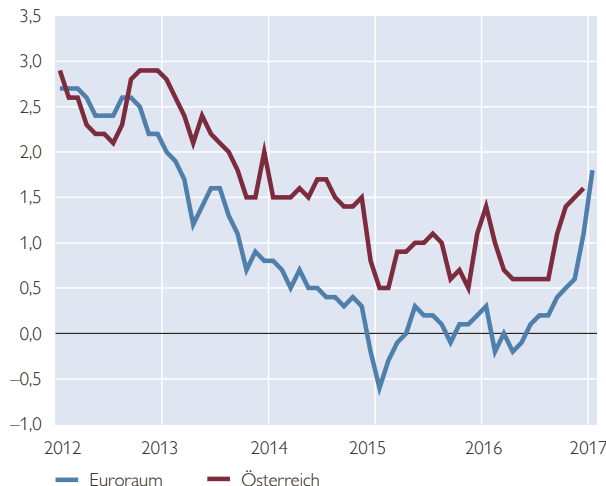


Quelle: Eurostat, WIFO.

Grafik 2

### HVPI-Inflationsrate

Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Quelle: Eurostat.

## Gold-Lagerstellenkonzept und innerbetriebliche Prozessoptimierung

Die OeNB ist eine moderne Zentralbank, die neben der Verfolgung ihrer Hauptziele – Preisstabilität, Finanzmarktstabilität und Gewährleistung des baren und unbaren Zahlungsverkehrs – auch innerbetrieblich effiziente Prozesse vorantreibt. Eine zeitgemäße Personalstrategie unterstützt diese Ziele ebenso wie eine intensive Kommunikation mit der Öffentlichkeit und das Streben nach Nachhaltigkeit. Im Zuge der Umsetzung des neuen Gold-Lagerstellenkonzepts holte die OeNB weitere 15 Tonnen Gold von London nach Wien, womit sich per Ende 2016 78,8 Tonnen Gold (28 % der Goldreserven) in Wien befanden.

## Geschäftliches Ergebnis der OeNB beläuft sich auf 268 Mio EUR

Das von der OeNB im Jahr 2016 erwirtschaftete Ergebnis ist gegenüber dem von hohen Beteiligungserträgen geprägten Vorjahr um mehr als die Hälfte auf 529 Mio EUR zurückgegangen. Nach der Zuführung zur Risikorückstellung in Höhe von 150 Mio EUR und den Abschreibun-

gen auf Finanzanlagen und Beteiligungen von insgesamt 111 Mio EUR beläuft sich das geschäftliche Ergebnis 2016 auf 268 Mio EUR. Davon entfallen auf die Körperschaftsteuer 67 Mio EUR und auf den 90-prozentigen Gewinnanteil des Bundes gemäß NBG 163 Mio EUR. Der Bilanzgewinn 2016 wird mit 18 Mio EUR ausgewiesen. Die Nettowährungsposition der OeNB erhöhte sich um 5,7 Mrd EUR auf 20 Mrd EUR. Dabei wirkten sich aus der Bewertung des Goldes buchmäßige Kursgewinne, die GuV-neutral verrechnet wurden, mit 1,1 Mrd EUR aus. Von der Nettowährungsposition entfallen 9,9 Mrd EUR auf Goldbestände.

## OeNB feiert 200-Jahr-Jubiläum

Das Jahr 2016 stand auch im Zeichen der Feierlichkeiten des 200-Jahr-Jubiläums der OeNB, das sie mit Festveranstaltungen sowie mit historischen Publikationen und Ausstellungen beging. Der Geschäftsbericht 2016 zeigt auf den Bildseiten Ausschnitte dieser Festaktivitäten und stellt auf den folgenden Seiten 200 Jahre OeNB aus Sicht der Historie der Geschäftsberichte dar.

Tabelle 1

### Ausgewählte Unternehmenskennzahlen der OeNB

	2015	2016
<i>in Mio EUR (Stand 31. Dezember)</i>		
Nettowährungsposition	14.324	20.005
Banknotenumlauf	27.795	28.893
Bilanzsumme	106.987	122.556
Erwirtschaftetes Ergebnis	1.171	529
Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen und Veränderung der Risikorückstellung	-419	-261
Geschäftliches Ergebnis	753	268
Körperschaftsteuer	188	67
Gewinnanteil des Bundes	508	163
Bilanzgewinn	56	18
<i>absolut bzw. in %</i>		
Personalstand (in Ressourcen)	1.085,9	1.091,8
Personal mit akademischer Ausbildung, in %	59	62
Frauenanteil am Personalstand	39	40
Frauenanteil in Führungskarriere	28	28
Auskünfte der OeNB-Hotlines	17.376	14.518
Bargeldschulungen (inkl. Euro-Shop-Tour), Personen	15.322	8.279
Stromverbrauch, in MWh/Person	6,44	6,03

Quelle: OeNB.



200 Jahre OeNB: Präsentation der Jubiläumsbücher in der OeNB

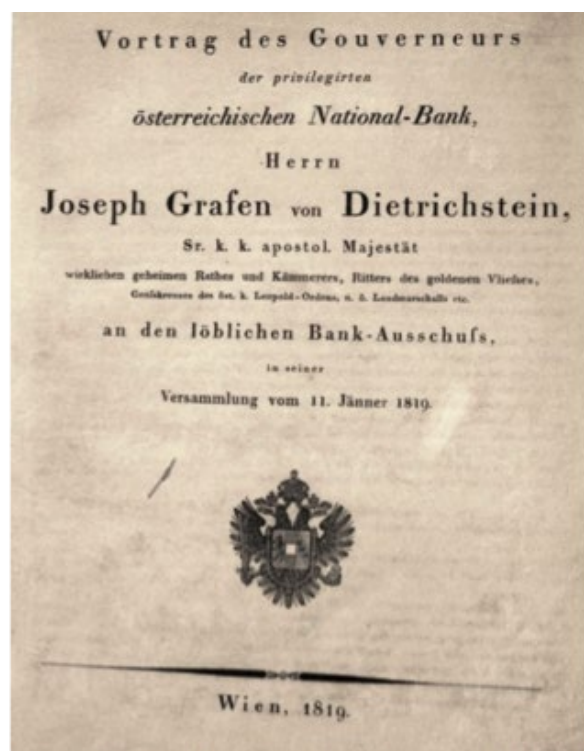


# 200 Jahre OeNB – eine Geschichte in 179 Geschäftsberichten

2016 beging die OeNB ihren zweihundertsten Geburtstag – am 1. Juni 1816 hatte Kaiser Franz I. die beiden Patente unterzeichnet, die die Nationalbank begründeten. Österreichs Währung lag zu diesem Zeitpunkt am Boden: Mehr als zwanzig Jahre Krieg und dessen Finanzierung durch die Notenpresse hatten den Gulden dramatisch an Wert verlieren lassen. Die erste Aufgabe der Bank war es, das wertlose Papiergeld aus dem Verkehr zu ziehen und durch neue, in Silber einlösbare Banknoten zu ersetzen. Um der neuen Institution das notwendige Vertrauen zu verschaffen, wurde die Bank als private und daher vom Staat unabhängige Aktiengesellschaft konstituiert. An die privaten Aktionärinnen und Aktionäre musste die Bankleitung gemäß ihren Statuten in einer jährlichen Versammlung berichten – hier liegt auch der Ursprung der langen Reihe von Geschäftsberichten.<sup>1</sup>

## Die ersten Jahrzehnte

„Ich entledge mich gegenwärtig der allerdings angenehmen Pflicht [...] über den Stand und das Gedeihen dieses wichtigen, und in jeder Beziehung so gemeinnützigen Institutes, die umständlichste Rechenschaftspflicht abzulegen. Bevor ich aber hierzu schreite, sey es mir erlaubt, Sie, meine Herren!, durch eine kurze historische Darstellung mit dem Beginnen und Fortschreiten der Anstalt und mit ihrer inneren Einrichtung näher bekannt zu machen.“ Mit diesen Worten eröffnete Gouverneur Joseph Graf von Dietrichstein am 11. Jänner 1819 seine Ausführungen vor dem versammelten Ausschuss der Bankaktionäre.<sup>2</sup> Die Struktur des „Vortrags des Gouverneurs“ blieb in den folgenden Jahren unverändert. Der Gouverneur berichtete von der (erfolgreichen) Einlösung des inflationären Papiergelds und seinem Ersatz durch Banknoten, neuen Abkommen mit dem Staat und über die



Vergabe von Wechselkrediten und besicherten Vorschüssen durch die Bank. Der Vortrag endete jeweils mit der Information, die für die Aktionärinnen und Aktionäre wohl zentral war – der Berechnung des Reinerlöses und der Dividende für das vergangene Jahr.

Während der jährliche Bericht des Gouverneurs damit einige wichtige Aspekte sowohl des Umfelds der Bank als auch ihrer Geschäftstätigkeit abdeckte, fehlten einige aus heutiger Sicht zentrale Elemente: eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung, eine Diskussion der Zinspolitik und – auf den ersten Blick vielleicht am erstaunlichsten – Angaben zur Bilanz der Notenbank, insbesondere zum Banknotenumlauf und dem Vorrat an Silbermünzen. Diese Auslassungen spiegeln die damalige Rolle der Bank wider. Die Bank betrieb keine Geldpolitik im

<sup>1</sup> Der erste gedruckte „Vortrag des Gouverneurs“ war mit 11. Jänner 1819 datiert und behandelte die Jahre 1816–1818. In der Folge erschien jährlich ein Bericht zur Geschäftstätigkeit der Bank. Der Kriegsausbruch 1914 unterbrach die lange Reihe, die 1918 wieder aufgenommen wurde. Mit der Eingliederung der Nationalbank in die deutsche Reichsbank 1938 wurde auch die Veröffentlichung des Geschäftsberichts eingestellt. 1945 wurde die OeNB wiedererrichtet; da die Verpflichtung zur Veröffentlichung eines Geschäftsberichts aber suspendiert blieb, erschien der erste Bericht nach Ende des Krieges erst 1956. Damit ist der vorliegende Geschäftsbericht für das Jahr 2016 der 179. seit der Gründung der Nationalbank 1816.

<sup>2</sup> Frauen konnten zwar Aktien besitzen, fanden sich aber nicht unter den Mitgliedern des Ausschusses.

heutigen Sinn und sah sich auch nicht für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verantwortlich. Die Geheimhaltung von Banknotenumlauf und Silberreserven entsprach dem Selbstverständnis des absolutistischen Staats, der seinen Bürgerinnen und Bürgern keine Rechenschaft geben musste und wollte.

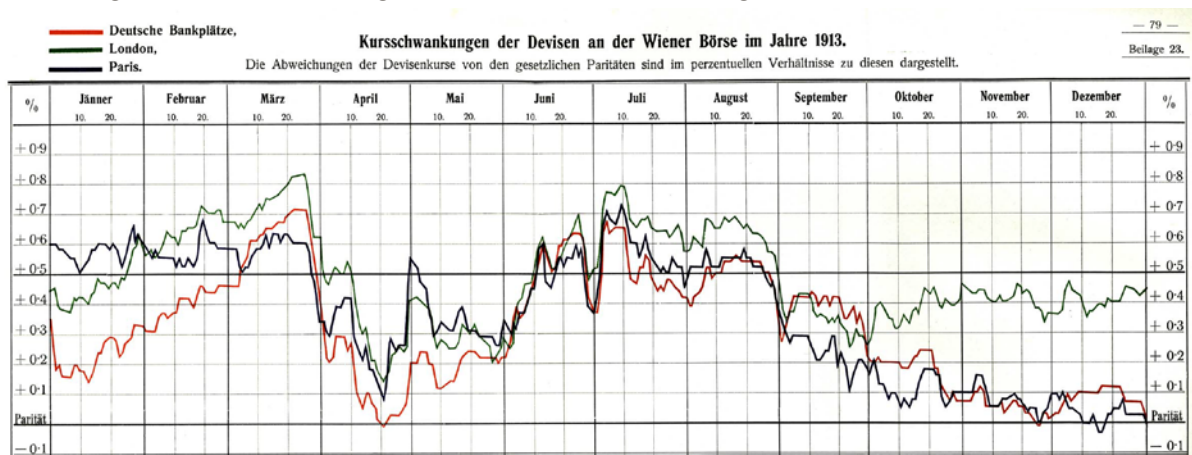
### 1848 – Revolution in Österreich und in der Nationalbank

Das änderte sich 1848. Mit der Revolution mussten nicht nur Kaiser Ferdinand und Kanzler Metternich gehen – die beunruhigte Bevölkerung stürmte auch die Kassen der Nationalbank und verlangte den Umtausch ihrer Banknoten in Silber. Die Bank, die nicht über ausreichende Reserven verfügte, musste die Einlösung einstellen. Die Folge davon war ein schwankender Aufpreis auf Münzgeld. Unter dem Druck der Ereignisse traf die Bankdirektion 1848 aber auch eine Entscheidung, die von langfristiger Bedeutung sein sollte: Sie veröffentlichte erstmals eine Bilanz und legte damit sowohl den Banknotenumlauf als auch die Zusammensetzung der ihm gegenüberstehenden Vermögenswerte offen. Obwohl die Revolution niedergeschlagen wurde und die folgenden Regierungen unter Kaiser Franz Joseph zur Zensur zurückkehrten, wurde die regelmäßige Veröffentlichung der Bilanz in Form eines Monatsausweises, später eines Wochenausweises, beibehalten. Anders als im Vormärz agierte die Bank nun unter dem aufmerksamen Auge der Öffentlichkeit und wurde Ziel teils heftiger Kritik. Mittelfristig markierte 1848

damit den Weg zu einer weiter gefassten Rechenschaftspflicht der Bank gegenüber der Öffentlichkeit, die auch in der Veröffentlichung von immer umfangreicheren Geschäftsberichten Ausdruck fand.

### Zentralbank eines Vielvölkerreichs und der Erfolg der Goldkrone

Die folgenden Jahrzehnte brachten große Veränderungen. Die im Vormärz begonnene Industrialisierung beschleunigte sich. Mit dem Wachstum der Sparkassen, der Gründung von großen, in der Finanzierung von Eisenbahnen und Industrie tätigen Aktienbanken und dem Entstehen eines Genossenschaftssektors wandelte sich die Nationalbank von einem Dienstleister des Staats in das Zentralinstitut des immer wichtigeren Finanzsektors. Die Bank weitete ihre Dienstleistungen aus, auch geografisch. 1913 zählte man über 100 Filialen in der ganzen Monarchie. Der Giroverkehr der Bank ermöglichte den Zahlungsverkehr auch zwischen den entferntesten Regionen. In den Geschäftsberichten wurden die Leistungen der Bank für die Volkswirtschaft statistisch aufbereitet und stolz kommentiert. Die Direktion erläuterte nun erstmals, wenn vorerst auch nur kurz, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und stellte die Bankpolitik explizit in einen gesamtwirtschaftlichen Kontext. Die öffentliche und positive Darstellung der Tätigkeit der Bank war umso wichtiger als aus Ungarn und anderen Regionen die Rufe nach Mitbestimmung und Berücksichtigung in der Kreditvergabe immer lauter wurden. 1878 wurde



Quelle: XXXVI. Regelmäßige Jahressitzung der Generalversammlung der Oesterreichisch-ungarischen Bank am 3. Februar 1914. Wien, Selbstverlag der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

die Bank analog zum gesamtstaatlichen Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn 1867 in Oesterreichisch-ungarische Bank umbenannt und die Vertretung ungarischer Staatsbürger in der Bankleitung verankert.

Nachdem die österreichischen Banknoten ab 1848 nicht mehr in Silber einlösbar gewesen waren und der Kurs des österreichischen Gulden gegenüber den stabilen ausländischen Währungen entsprechend geschwankt hatte, einigten sich Österreich und Ungarn 1892 auf die Einführung einer neuen Währung, der Krone, und ihre Bindung an Gold. Die Umstellung wurde ein voller Erfolg. Bis 1914 gelang es mittels der umsichtigen Politik der Bank, die Wechselkurse stabil zu halten. Mit dem expliziten Wechselkursziel, das 1910 gesetzlich verankert wurde, erhielt die Oesterreichisch-ungarische Bank erstmals eine makroökonomisch definierte Zielvorgabe. Bereits im Vorfeld fand sich 1901 im Geschäftsbericht eine Premiere – statistische Daten, die nicht direkt aus der Geschäftstätigkeit der Bank stammten. Die Bank veröffentlichte nun regelmäßig Grafiken mit Wechselkursen – um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass sie ihr Wechselkursziel erfüllte.

### **Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts – eine Zeit der Katastrophen**

Der Erste Weltkrieg erforderte enorme Geldmittel, die nicht zuletzt aus der Notenpresse der Nationalbank stammten. Gleich zu Kriegsbeginn wurden die Regeln, die bisher die Stabilität der Krone gewährleistet hatten, suspendiert. Erstmals seit 1848 wurde auch der Wochenausweis der Notenbank nicht mehr veröffentlicht, ebenso wenig wie der Geschäftsbericht. In den vier Kriegsjahren stieg der Banknotenumlauf stark an, massive Inflation war die Folge. Mit dem Ende des Kriegs 1918 zerfielen die österreichisch-ungarische Monarchie und der gemeinsame Währungsraum. Doch auch die junge Republik verlangte Hilfe bei der Finanzierung der hohen Budgetdefizite. Österreich schlitterte in eine Hyperinflation, die erst 1922 mit einem Sanierungsprogramm unter der internationalen Aufsicht des Völkerbunds gestoppt werden konnte.

1923 übernahm die neugegründete Oesterreichische Nationalbank (OeNB) die Verantwortung für die stabilisierte Währung; 1925 wurde der Schilling eingeführt.

In diesen schwierigen Jahren reflektierten die jährlichen „Berichte des Generalrats“ die im Vergleich zu den Vorkriegsjahren deutlich gestiegene makroökonomische Verantwortung der Nationalbank im Rahmen des internationalen Sanierungsplans. Die Berichte begannen mit einer Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und die internationale Handelspolitik und Währungszusammenarbeit. Für Österreich konzentrierte sich der Bericht auf die Entwicklung der öffentlichen Haushalte, den Außenhandel, den Fremdenverkehr und die Auslandsverschuldung und ihren Zusammenhang mit den Devisenreserven der OeNB. Weitere Themen waren die Preisentwicklung, die Arbeitslosigkeit, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion, Aktivitäten auf den Geld- und Devisenmärkten und nicht zuletzt die Entwicklung der österreichischen Banken. Die Grundlage für den jährlichen Überblick lieferte die regelmäßige Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Bank, die auch in einer neuen monatlichen Publikation, den „Mitteilungen des Direktoriums“, ihren Ausdruck fand. Langsam begann der Jahresbericht sein heutiges Format anzunehmen.

Inzwischen durchlebten die OeNB und Österreich jedoch weitere schwierige Zeiten. Die Rückkehr zu einer Goldwährung 1923 brachte nicht die erhoffte wirtschaftliche Stabilität. Ausgehend von den USA erreichte Anfang der 1930er-Jahre die Weltwirtschaftskrise auch Österreich. Die Arbeitslosigkeit stieg massiv an, während das Festhalten an Gold den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum einschränkte. 1931 musste Österreichs größte Bank, die Creditanstalt, hohe Verluste bekanntgeben. Die folgende Währungskrise kostete die Stabilität des Schillings und den Großteil der Währungsreserven. 1938 besetzte das nationalsozialistische Deutschland Österreich. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Machthaber war die Eingliederung der OeNB in die Reichsbank. Die Reichsmark ersetzte den Schilling.

## **Wirtschaftswunder und Hartwährungspolitik**

Unmittelbar nach der Befreiung Österreichs im April 1945 wurde die OeNB wiedererrichtet, um Österreich aus dem deutschen Währungsraum zu lösen. Anders als nach 1918 gelang es mittels zweier Währungsreformen den enormen, aus dem Krieg stammenden Geldüberhang abzuschöpfen und die drohende Hyperinflation abzuwenden. Formal unabhängig agierte die OeNB als integraler Bestandteil des Wiederaufbauprogramms, sorgte gemeinsam mit den Sozialpartnern und dem Finanzministerium für stabile makroökonomische Rahmenbedingungen, steuerte die Kreditvergabe und beteiligte sich an der Vergabe der Mittel aus der Marshallplanhilfe. Nach zehn Jahren Provisorium erhielt die Tätigkeit der OeNB 1955 mit dem Nationalbankgesetz ein neues Fundament. 1956 erschien erstmals seit 1938 wieder ein Geschäftsbericht. Der neuen Rolle der Bank entsprechend nahm die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs einen prominenten Teil des Geschäftsberichts ein. Die früher zentrale Rolle der Bilanz und der Geschäftstätigkeit schwächte sich demgegenüber ab.

In der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre kam das internationale Währungssystem von Bretton Woods, das die stabile Entwicklung der Nachkriegsjahre begleitet hatte, zunehmend unter Druck. Mit der Abwertung des US-Dollar gegenüber Gold stellte sich auch für Österreich die Frage nach der künftigen Gestaltung des Wechselkurses. Schließlich entschied sich Österreich für eine stabilitätsorientierte Hartwährungspolitik. Der Schilling wurde an die D-Mark gekoppelt, um die niedrigen Inflationsraten aus Deutschland nach Österreich zu importieren. Diese Währungsbindung erforderte in den kommenden Jahren massive Anstrengungen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten, um die österreichische Exportwirtschaft konkurrenzfähig zu halten. 1989 fiel der Eisener Vorhang und Österreich rückte vom Rand ins Zentrum Europas. 1995 wurde Österreich Mitglied der Europäischen Union.

## **Die OeNB im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB)**

Dank der jahrelangen Hartwährungspolitik war Österreich bestens auf die Anforderungen der 1999 realisierten Europäischen Währungsunion vorbereitet. Die Geldpolitik mit dem Ziel der Preisstabilität wird nun gemeinsam auf europäischer Ebene entschieden, die OeNB bleibt jedoch als nationale Zentralbank für eine Vielzahl von Aufgaben zuständig wie unter anderem für die operationale Umsetzung der Geldpolitik, die Bargeldversorgung, den Zahlungsverkehr, die Beobachtung der österreichischen Wirtschaft, die Bankenaufsicht und die Kommunikation mit der österreichischen Bevölkerung.

Auch als integrales Mitglied des ESZB und des Eurosystems veröffentlicht die OeNB weiterhin – wie die anderen nationalen Zentralbanken des Euroraums und die EZB selbst – jährlich einen Geschäftsbericht, worin sie insbesondere auf die in nationaler Zuständigkeit verbliebenen Aufgaben eingeht. Der Geschäftsbericht ist damit ein zentrales Informationsmedium über die Tätigkeit der OeNB und die für Österreich wichtigen Entwicklungen auf europäischer Ebene. Aber auch der Bericht über das Unternehmen selbst hat sich weiterentwickelt. Der Jahresabschluss, Kern des Geschäftsberichts von Anfang an, wird heute um eine Darstellung der Bemühungen der OeNB in den Bereichen Nachhaltigkeit, Wissensmanagement, Förderung von Wissenschaft und Kunst und nicht zuletzt ihre Rolle als moderne Arbeitgeberin ergänzt.

Anders als vor 200 Jahren ist der Geschäftsbericht heute eines von vielen Kommunikationsinstrumenten, die sich den verschiedenen Aufgaben der OeNB und den Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsfeldern widmen. Ziel des Geschäftsberichts bleibt es jedoch, durch die Bereitstellung von Information die Politik der OeNB zu dokumentieren und das Vertrauen in die Stabilität der Währung zu sichern.

# Die OeNB im Dienste der Preis- und Finanzmarktstabilität



200 Jahre OeNB: Festakt unter Teilnahme des EZB-Rats

## Ein weiteres Jahr sehr niedriger Leitzinsen im Euroraum

### Weltwirtschaftswachstum 2016 schwächer als in den Vorjahren

Im Jahr 2016, neun Jahre nach Ausbruch der großen Finanz- und Wirtschaftskrise, wuchs die Weltwirtschaft mit knapp über 3%. Daneben zeigte sie jedoch einige Schwächen: Das Investitionswachstum in den USA fiel infolge des starken US-Dollar und des niedrigen Rohölpreises, der sich negativ auf die Erdölförderinvestitionen auswirkte, schwächer als erwartet aus. Die erdölexportierenden Länder wiederum waren aufgrund des niedrigen Rohölpreises mit sich ständig verschlechternden Terms of Trade konfrontiert. Auf seinem Weg zu einem marktwirtschaftlich organisierten Industriestaat verringerte sich Chinas BIP-Wachstum seit 2010 deutlich. Das Votum für einen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs vergrößerte die politische Unsicherheit und führte zu temporären Rückschlägen bei den Vertrauensindikatoren. Dementsprechend wies die Weltwirtschaft im Jahr 2016 die niedrigste Wachstumsrate seit 2012 auf. Die Erholung nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise verlief in diesem Jahr also nur schleppend. Dies trug neben den niedrigen Ölpreisen dazu bei, dass die Inflationsraten in den Industriestaaten mit rund 1% unter den Zielwerten der jeweiligen Notenbanken lagen.

### Eurosystem setzt expansiven geldpolitischen Kurs fort

Das Jahr 2016 begann mit hoher Unsicherheit über die Wachstumsaussichten in den aufstrebenden Volkswirtschaften, insbesondere in China, und damit einhergehenden Turbulenzen an den weltweiten Finanz- und Rohstoffmärkten. Dies beeinträchtigte die Wachstums- und Inflationsaussichten der Industriestaaten und folglich auch jene des Euroraums.

Der EZB-Rat reagierte auf das gestiegene Risiko, das Preisstabilitätsziel nicht zu erreichen, im März 2016 in dreifacher Weise: Erstens senkte er die geldpolitischen Leitzinsen.<sup>1</sup> Darüber hin-

aus gab er bekannt, dass die Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Indem das Eurosystem nicht nur den aktuellen Leitzins senkt, sondern über „Forward Guidance“ auch die Erwartungen über seinen zukünftigen Pfad steuert, übt es auf längerfristige Zinsen direkten Druck aus, womit ein größeres Laufzeitenspektrum beeinflusst werden kann.

Zweitens weitete der EZB-Rat das laufende Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme, APP) ab April 2016 von zuvor monatlich 60 Mrd EUR auf monatlich 80 Mrd EUR aus. Im Rahmen dieses Programms werden hauptsächlich Staatsanleihen von Euroraum-Ländern, aber auch Anleihen

#### Forward Guidance

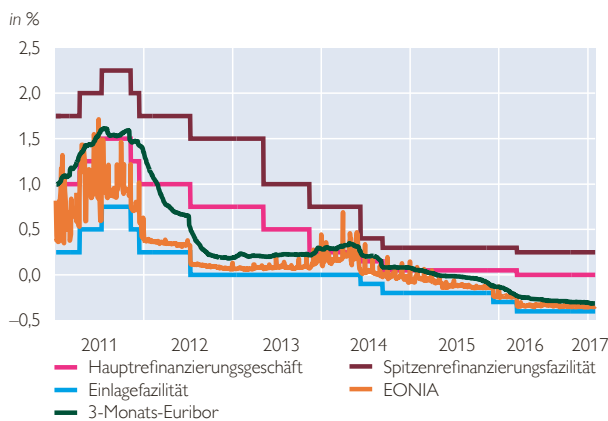
Kommunikationsform hinsichtlich der längerfristigen Ausrichtung der Geldpolitik durch eine Zentralbank mit dem Ziel, die Unsicherheit über die weitere Zins-, Finanzmarkt-, Inflations- und Wirtschaftsentwicklung zu verringern. Seit dem Jahr 2013 wird dieses Instrument vom Eurosystem eingesetzt.

von staatsnahen Emittenten (wie zum Beispiel in Österreich der ÖBB-Infrastruktur AG sowie der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG), von supranationalen Organisationen, marktfähige Schuldtitel von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie gedeckte Schuldverschreibungen und forderungsbesicherte Wertpapiere gekauft. Neben der Anpassung einiger technischer Parameter, die die Erreichung des (nun höheren) monatlichen Ankaufvolumens erleichterten, wurde das Ankaufprogramm APP um ein viertes Teilprogramm erweitert. Im Rahmen dieses Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme, CSPP) werden seit Juni 2016 nun auch auf Euro lautende Investment-Grade-Anleihen (d. h. Anleihen mit einem Mindestrating von BBB– oder einem gleichwertigen Rating) von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet (ohne Banken) vom Eurosystem erworben.

Neben der Senkung der Leitzinsen und der Ausweitung des Wertpapier-Ankaufprogramms APP gestaltete das Eurosystem seine Geldpolitik

<sup>1</sup> Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde um 5 Basispunkte auf 0,0%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 5 Basispunkte auf 0,25% und der Zinssatz für die Einlagefazilität um 10 Basispunkte auf –0,4% gesenkt.

## EZB- und Geldmarkt-Zinssätze



Quelle: Thomson Reuters.

über eine dritte Schiene expansiver: Ende Juni 2016 startete eine neue Reihe von vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (Targeted Longer-Term Refinancing Operations, TLTRO II), die jeweils eine Laufzeit von vier Jahren haben. Banken können im Rahmen dieser Geschäfte Zentralbankliquidität in Höhe von bis

zu 30 % ihres anrechenbaren Kreditbestands aufnehmen. Der Zinssatz für die TLTROs II betrug beim Start dieser Operationen 0 % (und entsprach damit dem Zinssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte). Banken, deren

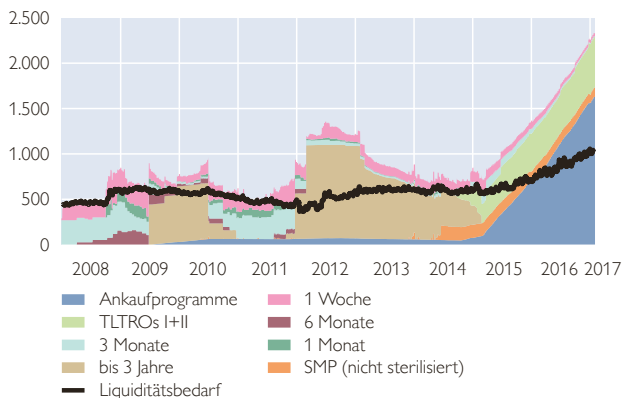
Nettokreditvergabe zwischen Jänner 2016 und Jänner 2018 eine Referenzgröße überschreitet, wird ein niedrigerer Zinssatz verrechnet. Der angewendete Zinssatz kann dabei auf bis zu  $-0,4\%$  (und damit auf den Zinssatz der Einlagefazilität) sinken. In diesen – wie in allen anderen Tendergeschäften – erfolgt „volle Zuteilung“, d. h. der Nachfrage der Banken nach Zentralbankliquidität wird vollständig nachgekommen, sofern sie die notwendigen Voraussetzungen erfüllen und ausreichend Sicherheiten hinterlegen können. Diese gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte verstärken den expansiven geldpolitischen Kurs des Eurosystems und verbessern die

**APP (Expanded Asset Purchase Programme)**

Im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erwirbt das Eurosystem gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3), forderungsbesicherte Wertpapiere (ABSPP), Anleihen des öffentlichen Sektors (PSPP) sowie Unternehmensanleihen (CSPP).

## Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit und Operation, in Mrd EUR



Quelle: EZB, eigene Berechnungen.

Anmerkung: SMP = Securities Markets Programme; TLTROs = Targeted Longer-Term Refinancing Operations.

Übertragung der Geldpolitik, indem weitere Anreize für die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft gesetzt werden.

Die Nachfrage der Banken im Rahmen der TLTROs II war bei den ersten drei Geschäften groß. Sie schichteten nicht nur einen Großteil der Liquidität aus der ersten Generation dieser Geschäfte (TLTROs I) um, sondern weiteten ihre Nachfrage um mehr als 100 Mrd EUR aus, sodass die Banken per Ende 2016 im Rahmen dieser beiden Programme (TLTRO I+II) langfristige Liquidität im Ausmaß von 545 Mrd EUR vom Eurosystem geborgt hatten.

Seit Beginn des APP im März 2015 wurden bis Ende Dezember 2016 rund 1.500 Mrd EUR an Wertpapieren angekauft und damit im gleichen Ausmaß Zentralbankliquidität geschaffen.<sup>2</sup> Die Überschussliquidität erhöhte sich folglich bis Ende 2016 auf über 1.200 Mrd EUR. Diese wird von den Banken auf der Einlagefazilität (bzw. auf ihrem Girokonto bei der jeweiligen nationalen Zentralbank) gehalten. Obwohl Guthaben auf diesen Fazilitäten negativ verzinst werden – d. h. die Banken müssen  $0,4\%$  Zinsen für ihre Einlagen bezahlen – fragten sie zusätzliche Mittel im Rahmen der TLTROs II nach.

Für dieses Verhalten der Banken gibt es verschiedene Erklärungen: So ist etwa von einer

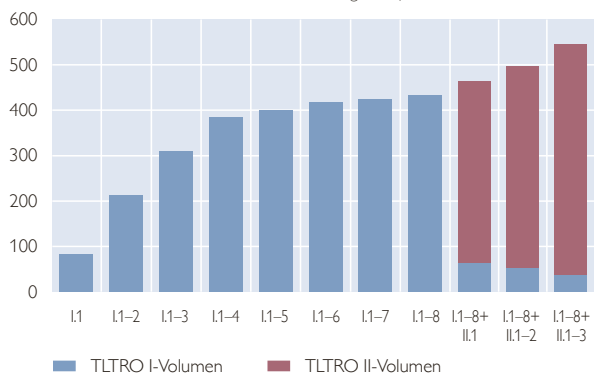
<sup>2</sup> Das großangelegte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) startete im März 2015, doch kaufte das Eurosystem im Rahmen kleinerer Ankaufprogramme, wie zum Beispiel jenem für gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP 1-3), auch schon in den Vorjahren Wertpapiere.



Grafik 5

## Nachgefragtes Volumen im TLTRO

in Mrd EUR, kumuliert über die einzelnen Tendergeschäfte



Quelle: EZB.

nach wie vor bestehenden nationalen Fragmentierung des Geldmarkts auszugehen, das heißt, dass sich die Refinanzierungsmöglichkeiten und -kosten der Banken regional unterscheiden. Obwohl die Fragmentierung seit dem Höhepunkt der Finanz- sowie der Staatsschuldenkrise deutlich reduziert werden konnte und die Zentralbankliquidität wieder friktionsfreier zirkuliert, ist der Zugang zum Geldmarkt für manche Banken nach wie vor schwierig. Für diese Banken ist das Angebot der TLTROs II besonders wichtig,

damit auch sie von den günstigen Refinanzierungsbedingungen des Eurosystems profitieren können. Dadurch kann die gelockerte Geldpolitik in alle Regionen der Währungsunion vordringen. Eine andere Erklärung für die hohe Nachfrage nach Liquidität ist, dass Zentralbankguthaben eine vergleichsweise attraktive Anlageform für Kommerzbanken geworden sind, vor allem, wenn man die regulatorischen Rahmenbedingungen betrachtet. Zudem werden Guthaben bei Zentralbanken derzeit zwar mit  $-0,4\%$  verzinst, doch gilt dies für alternative Anlageformen wie zum Beispiel kurzfristige Staatsanleihen von Kernländern wie Deutschland oder Österreich ebenso.

Infolge sämtlicher geldpolitischer Operationen weitete sich die Bilanz des Eurosystems im Jahresverlauf 2016 um knapp 900 Mrd EUR (bzw. um rund ein Drittel) aus. Rund 15 Mrd EUR steuerte dabei die OeNB als Teilkomponente der konsolidierten Bilanz des Eurosystems

### TLTROs II (Targeted Longer-Term Refinancing Operations II)

Dies bezeichnet die zweite Generation längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte mit einer maximalen Laufzeit von vier Jahren. Von Juni 2016 bis März 2017 wird den Kommerzbanken im Rahmen von insgesamt vier Geschäften (einmal pro Quartal) Zentralbankgeld angeboten. Der dabei verrechnete Zinssatz hängt von der Kreditvergabe der Banken ab und kann auch negativ werden. Je mehr Kredite sie vergeben, desto billiger wird die Mittelaufnahme (derzeit maximal  $-0,4\%$ ).

Kasten 1

## Effekte der Geldpolitik im Euroraum und in Österreich

Mit zahlreichen geldpolitischen Maßnahmen – wie Leitzinssenkungen, Ausweitung von Tenderoperationen und Wertpapier-Ankaufprogrammen – beabsichtigt das Eurosystem die Finanzierungsbedingungen für Haushalte und Unternehmen zu verbessern, um deren wirtschaftliche Tätigkeit anzukurbeln und in weiterer Folge die Erreichung des Preisstabilitätsziels zu gewährleisten. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde im März 2016 auf  $0,0\%$  gesenkt (siehe Grafik 3). Aufgrund der bestehenden Überschussliquidität ist jedoch – anders als in Vorkrisenzeiten – der Zinssatz für die Einlagefazilität in der aktuellen Situation der relevante Leitzins für die Geldmärkte. Dieser wurde auf  $-0,4\%$  gesenkt. Der EONIA (Euro OverNight Index Average) folgte dem Zinssatz für die Einlagefazilität und befand sich dementsprechend seit März 2016 bei rund  $-0,35\%$ . In der Regel gibt der EONIA den Anstoß für alle weiteren Bewegungen der Geldmarktzinssätze, die zuletzt ebenfalls sanken.

Während der Geldmarkt unmittelbar auf die Geldpolitik reagierte, spielten für das Niveau der längerfristigen Zinsen auch andere Faktoren eine Rolle: In der ersten Jahreshälfte 2016 setzten die Renditen auf Staatsanleihen ihren Abwärtstrend – der durch das Wertpapier-Ankaufprogramm APP verstärkt wurde – fort. Der durch das EU-Austrittsvotum der Briten ausgelöste temporäre „Safe-Haven-Effekt“ intensivierte diese Abwärtsbewegung Ende Juni/Anfang Juli 2016, insbesondere für die Renditen der Kernländer des Euroraums. Sie fielen auf historische Tiefstwerte. Die 10-jährige deutsche Bundesanleihe rentierte im Sommer 2016 durchwegs im negativen Bereich, ihre Rendite fiel auf bis zu  $-0,2\%$ . Die Rendite der 10-jährigen österreichischen Staatsanleihe blieb knapp im positiven Bereich (siehe Grafik 6); doch fielen die Renditen von Anleihen mit kürzerer Laufzeit, wie zum Beispiel jene mit Endfälligkeit im März 2026, ebenfalls unter  $0\%$ .

Auch (insbesondere nichtfinanzielle) Unternehmen profitierten von den geldpolitischen Maßnahmen. Zwischen der Ankündigung des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) im

März und September 2016 sanken die Renditen von nichtfinanziellen Unternehmensanleihen im Euroraum um rund 60 Basispunkte.

Im Durchschnitt über alle Ratingkategorien (von AAA bis BBB) fiel die Rendite auf bis zu 0,4%. Unternehmen konnten sich dementsprechend zu historisch niedrigen Zinssätzen auf den Finanzmärkten finanzieren.

Doch nicht nur nichtfinanzielle Unternehmen, sondern auch Banken verzeichneten im Euroraum in diesem Zeitraum historisch niedrige Finanzierungskosten. Dies gilt sowohl für die direkte Finanzierung über das Eurosystem als auch für die Finanzierung am Geldmarkt und über Bankanleihen. Davon profitierten insbesondere die Kreditnehmenden. Die Zinsen für Bankkredite an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte im Euroraum sanken bis Herbst 2016 deutlich und fielen beide erstmals in der Geschichte dieser Zinsreihen unter 2%.<sup>1</sup>

Auch in Österreich konnten Bankkundinnen und -kunden zu historisch niedrigen Zinsen Kredite aufnehmen: Im Durchschnitt betrug der Zinssatz für einen neu aufgenommenen Wohnbaukredit im Dezember 2016 1,9%. Nichtfinanzielle Unternehmen konnten einen Kreditvertrag mit einem durchschnittlichen Zinssatz zwischen 1,6% und 1,85% (in Abhängigkeit vom Kreditvolumen) abschließen.

Die sich im Herbst verbessernden Konjunkturaussichten führten zu einem leichten Anstieg der Realzinsen. Zudem kam es aufgrund der steigenden Ölpreise zu höheren Inflationserwartungen. Beide Effekte ließen das langfristige Nominalzinsniveau im Euroraum steigen. Die Fortsetzung der Zinswende in den USA<sup>2</sup> verstärkte dies noch. Sichtbar wurde der Anstieg im vierten Quartal 2016 vor allem bei den Renditen für Staatsanleihen (siehe Grafik 6).

Sowohl die günstigen Finanzierungsbedingungen als auch die Lockerung der Kreditbedingungen und eine vermehrte Nachfrage nach Bankkrediten führten zu einem Anstieg des Kreditvolumens im Euroraum. Nachdem der Kreditbestand in den Bilanzen der Banken von 2012 bis Anfang 2015 (im Jahresabstand) beständig abgenommen hatte, konnten in der Folge positive und kontinuierlich zunehmende Wachstumsraten verzeichnet werden. Ende 2016 erreichten die Zuwachsraten im Euroraumdurchschnitt (im Jahresvergleich) bei Haushaltskrediten für Wohnbauzwecke 2,7% und bei Unternehmenskrediten 1,9%.

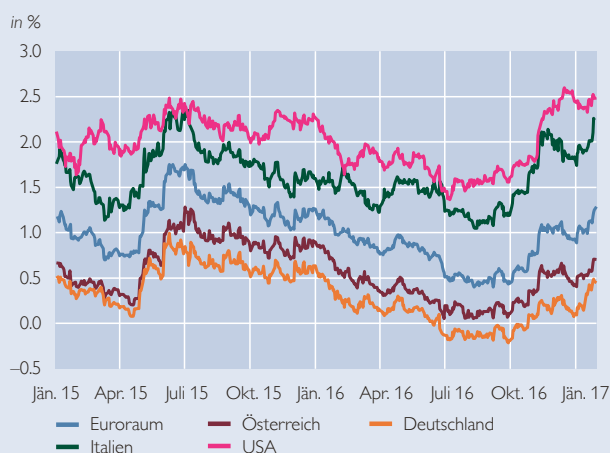
In Österreich entwickelte sich das Volumen von Unternehmenskrediten im Jahr 2016 weniger dynamisch. Zwar lag die Jahreswachstumsrate ab den Krisenjahren 2009/10 im positiven Bereich, doch beschleunigte sie sich zuletzt nicht, sondern stagnierte bei rund 1½%. Ende 2016 fiel sie erstmals seit der Krise hinter die Wachstumsrate des Euroraums zurück. Die Wohnbaukredite entwickelten sich allerdings weiterhin deutlich dynamischer als im Euroraumdurchschnitt, das Wachstum erreichte Ende 2016 knapp 6%.

<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um synthetische Reihen, die sämtliche (statistisch verfügbare) Zinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen bzw. an Haushalte für Wohnbauzwecke in gewichteter Form bündeln.

<sup>2</sup> Das Federal Open Market Committee des US Federal Reserve Systems beschloss im Dezember 2016, den Zielkorridor der „federal funds rate“ um weitere 25 Basispunkte auf 0,5% bis 0,75% zu erhöhen.

Grafik 6

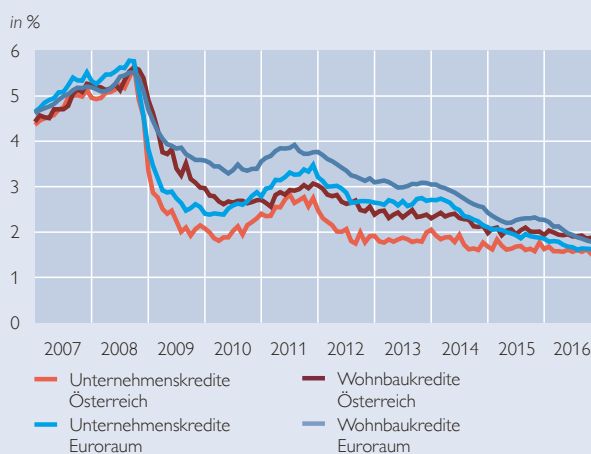
### Renditen ausgewählter zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum und in den USA



Quelle: Thomson Reuters.

Grafik 7

### Zinsen für Neukredite (und neuverhandelte Kredite)



Quelle: OeNB, EZB.

bei. In Österreich war das Portfolio des APP die treibende Kraft der Bilanzausweitung. Per Jahresultimo 2016 verbuchte die OeNB im Posten „Wertpapiere für geldpolitische Zwecke“ 37,1 Mrd EUR, während sie bei den geldpolitischen Operationen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte und längerfristige Refinanzierungsgeschäfte) 11,3 Mrd EUR zu Buche stehen hatte.

### Preisstabilitätsziel 2016 noch nicht erreicht

Die zahlreichen geldpolitischen Impulse des Eurosystems wurden auf den Finanzmärkten bis zu den Kreditkonditionen für Bankkredite wirksam weitergegeben und unterstützten die Realwirtschaft des Euroraums deutlich. Gegen Jahresende 2016 stieg zudem – nicht zuletzt aufgrund der Erwartung expansiver Fiskalpolitik in den USA nach der Präsidentschaftswahl im November 2016 – die konjunkturelle Zuversicht in den Industriestaaten. Im Euroraum stieg die Wachstumsrate des realen BIP im vierten Quartal 2016 auf 0,4% (im Quartalsvergleich), und das Vertrauen nahm sektor- und länderübergreifend zu. Das Eurosystem erwartete in seiner Prognose vom Dezember 2016, dass die jährliche Wachstumsrate des realen BIP im Euroraum in den Jahren 2016 und 2017 bei 1,7% sowie 2018 und 2019 bei 1,6% liegen wird. Demnach würde das Wirtschaftswachstum das geschätzte Potenzialwachstum über den gesamten Prognosehorizont übertreffen, sodass sich die negative Outputlücke langsam schließen sollte.

Die HVPI-Inflationsraten befanden sich im Jahr 2016 jedoch weiterhin deutlich unter dem mittelfristigen Preisstabilitätsziel von unter, aber nahe 2%. In den Jahren 2014 bis 2016 dämpften vergangene Ölpreisrückgänge die Gesamtinflation deutlich. Mitte 2016 begannen diese dämpfenden Faktoren sukzessive auszulaufen, was der Gesamtinflation Auftrieb verlieh und sie bis Jahresende 2016 wieder auf ein Niveau von rund 1% zurückbrachte. Das Eurosystem erwartete in seiner Dezember-Prognose ein Anhalten der Ölpreiswende und dementsprechend ein Anziehen der Jahresinflationsrate von 0,2% im Jahresdurchschnitt 2016 auf 1,3% im Jahr 2017 und weiter auf 1,5% im Jahr 2018 bzw. auf 1,7% im

Jahr 2019. Die finanzmarktbasierenden Inflationserwartungen nahmen gegen Jahresende 2016 aufgrund des Rohölpreisanstiegs auf über 1,5% zu, allerdings entsprachen sie damit weiterhin nicht der Definition von Preisstabilität.

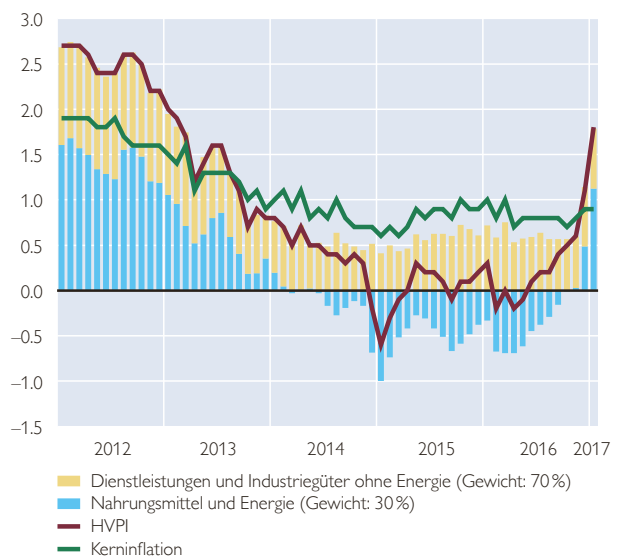
Dementsprechend beurteilte der EZB-Rat die Annäherung der HVPI-Inflationsraten an ein Niveau von unter, aber nahe 2% als nicht ausreichend nachhaltig und beschloss am 8. Dezember 2016 eine Fortsetzung der Ankäufe im Rahmen des Wertpapier-Ankaufprogramms APP über März 2017 hinaus: Das Ankaufsvolumen wird um insgesamt 540 Mrd EUR aufgestockt, das heißt, von April 2017 bis Ende Dezember 2017 sollen weitere Vermögenswerte im Umfang von monatlich 60 Mrd EUR angekauft werden. Dies wird so lange fortgesetzt, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit dem Inflationsziel des Eurosystems im Einklang steht.

Im Jänner 2017 stieg die HVPI-Inflationsrate aufgrund deutlicher Preisanstiege bei Energie sowie bei Lebensmitteln auf 1,8%. Die Kerninflationsrate, die die genannten volatilen Preiskomponenten nicht berücksichtigt, blieb mit 0,9% weiterhin auf einem gedämpften Niveau.

Grafik 8

### HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten für den Euroraum

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in Prozentpunkten für Inflationsbeiträge



Quelle: Eurostat.

## Sechs Fragen zur Niedrigzinsphase

### Warum ist das aktuelle Zinsniveau so niedrig?

Der bereits seit mehr als drei Jahrzehnten andauernde Abwärtstrend des langfristigen Nominalzinsniveaus in der industrialisierten Welt hat viele Ursachen. Zum einen ist er ein Erfolg der Zentralbanken, die es geschafft haben, die in langfristigen Zinsen enthaltenen Inflationserwartungen sowie die Inflationsrisikoprämien deutlich zu reduzieren. Zum anderen sind die Realzinsen – d. h. die Nominalzinsen abzüglich der Inflationsrate – gefallen, weil es im Vergleich zur Investitionstätigkeit einen Überhang an weltweiten Ersparnissen gibt.

Grafik 9

Neben diesen langfristigen und strukturellen Faktoren spielten im letzten Jahrzehnt auch zyklische Faktoren wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle. In Reaktion auf zwei Rezessionen (in den Jahren 2009 sowie 2012/13) senkte das Eurosystem den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte schrittweise auf ein historisch niedriges Niveau von 0%, um Anreize für mehr Konsum und Investitionen zu schaffen, damit das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und in weiterer Folge wieder eine mittelfristige Inflationsrate von unter, aber nahe 2% zu erreichen.

### Gab es so niedrige Zinsen schon früher einmal?

Ein derartig niedriges Nominalzinsniveau gab es in der industrialisierten Welt seit Beginn der Aufzeichnungen noch nie. Das Zinsniveau ist – neben der Nachfrageentwicklung – einer der Hauptbestimmungsfaktoren für wirtschaftliche Entscheidungen, wie jene von Unternehmen, Investitionen zu tätigen. Allerdings ist nicht nur das Nominalzins-, sondern auch das Realzinsniveau relevant: Letzteres war in Phasen hoher Inflationsraten, wie in den 1970er-Jahren, deutlich niedriger als heute.

Die reale Verzinsung täglich fälliger Spareinlagen fiel in Österreich in den 1970er-Jahren auf bis zu –6%, weil die Inflationsraten zu jener Zeit bis zu 10% erreichten. Im Vergleich dazu schwankten die Realzinsen für täglich fällige Spareinlagen im Jahr 2016 zwischen –0,5% und –1% (siehe Grafik 9).

### Wem nützen niedrige Zinsen? Wem schaden sie?

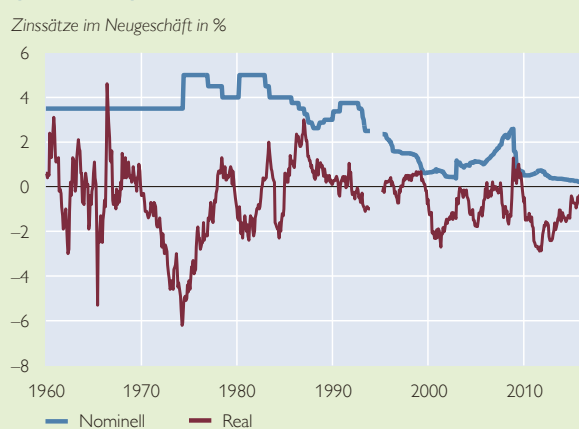
Niedrige Realzinsen belasten alle, die sparen, weil ihr Zinseinkommen aus Bankeinlagen (z. B. Sparbüchern) zurückgeht. Gleichzeitig begünstigen niedrige Zinsen Schuldnerinnen und Schuldner – v. a. Unternehmen, aber auch Private, z. B. im Zusammenhang mit Wohnraumbeschaffung –, weil ihre Zinsbelastung sinkt. Dadurch wird sowohl die Schuldenbedienung als auch ein darüber hinausgehender Schuldenabbau erleichtert. Weiters führt ein niedriges Zinsniveau in vielen Bereichen zu Bewertungsgewinnen (z. B. bei Immobilien oder bei bestehenden, höher verzinsten Anleihen), die das Vermögen der Wirtschaftssubjekte in diesen Bereichen positiv beeinflussen.

Positiv ist das niedrige Zinsniveau auch für die Staatshaushalte. Vorläufige Schätzungen zeigen, dass sich der österreichische Staatshaushalt seit 2012 – und damit seit dem Beginn der Nullzinspolitik (bzw. später der Negativzinspolitik) – durch das niedrige Zinsniveau rund 3½ Mrd EUR an Zinszahlungen erspart hat.<sup>1</sup> Dieser Betrag hätte andernfalls durch geringere Staatsausgaben eingespart oder höhere Steuern finanziert werden müssen.

### Worin besteht der volkswirtschaftliche Nutzen niedriger Zinsen?

Die große Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 reduzierte das reale BIP im Euroraum um mehr als 5% und führte in der Folge zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Geldpolitisches Gegen-

### Verzinsung täglich fälliger Spareinlagen (vor KEST)



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis Dezember 1993 Spareinlagen zum Eckzinssatz, ab April 1995 täglich fällige Spareinlagen, ab Jänner 2003 Zinssatz für täglich fällige Spareinlagen in EUR. Jänner 1994 bis März 1995 keine Daten verfügbar. Real: Deflationiert mit dem (laufenden) Verbraucherpreisindex (VPI66).

steuern durch eine Senkung des Zinsniveaus – sowohl mit konventionellen als auch mit unkonventionellen Instrumenten – war wirtschaftspolitisch notwendig, um die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zurückzubringen, wobei zur vollen Wirkung auch entsprechende Maßnahmen der Finanz- und Strukturpolitik erforderlich sind.

Das deutliche Zinssignal (in Verbindung mit einem groß angelegten Wertpapier-Ankaufprogramm) sollte zudem die Entschlossenheit der Geldpolitik demonstrieren, ihr Preisstabilitätsziel erreichen zu wollen. Auf diesem Weg kann Vertrauen geschaffen und ein stabilisierender Effekt auf die Inflationserwartungen ausgeübt werden, was die Zielerreichung erleichtert. Insbesondere ist es gelungen, die Gefahr von Deflation abzuwehren.

Die Krise hat deutlich gemacht, dass hohe Schuldenstände die Widerstandsfähigkeit einer Volkswirtschaft im Krisenfall schwächen. Ein zusätzlicher Nutzen des aktuell niedrigen Zinsniveaus besteht darin, dass es den Schuldenabbau erleichtert.

### **Welche Risiken sind mit langen Phasen niedriger Zinsen verbunden?**

Wie bereits erwähnt, kann bezüglich des aktuell sehr niedrigen Nominalzinsniveaus auf keine historischen Erfahrungen zurückgegriffen werden. Für die OeNB ist es im Sinn der gesamtwirtschaftlichen Stabilität besonders wichtig, dass mögliche Effekte und Risiken verdeutlicht und genau beobachtet werden.

Geringe Zinserträge können dazu verleiten, dass sowohl Haushalte als auch Unternehmen bei ihren Veranlagungen hohe Risiken eingehen („Jagd nach Rendite“). Dies kann etwa in Form von Investitionen in sehr langfristige und illiquide Vermögenswerte wie Immobilien geschehen und in diesen Segmenten zu Preisblasen führen. Außerdem können lange Phasen niedriger Zinsen zu einer Verschuldung verleiten, die bei höheren Zinssätzen nicht tragbar ist. Derartige Verhaltensweisen stellen Risiken für die Finanzmarktstabilität dar.

Das niedrige Zinsniveau ist für Banken und Versicherungen längerfristig eine Herausforderung: Wenn Banken ihre Refinanzierungskosten (wie z. B. Einlagezinsen) nicht unter ein gewisses Niveau senken können, kann es dazu kommen, dass ihre Zinsaufwendungen nicht im gleichen Ausmaß abnehmen wie ihre Zinseinnahmen aus der Kreditvergabe sinken. In diesem Fall nimmt ihre Zinsmarge ab. Kerbl und Sigmund (2016)<sup>2</sup> zeigen, dass in Österreich die Zinsmargen – insbesondere von kleineren und regional tätigen Banken – davon betroffen sind.

Im Allgemeinen erhöht das Niedrigzinsumfeld kurzfristig die Fähigkeit von Schuldnerinnen und Schuldner, Kredite zu bedienen (insbesondere bei variabel verzinsten Krediten), was sich bei den Gläubigerinnen und Gläubigern positiv auf die Kreditqualität auswirkt. Zudem steigen die Anleihenkurse (von bestehenden, höher verzinsten Anleihen), was wiederum zu Bewertungsgewinnen führt. Die negativen Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf Finanzinstitute werden somit erst allmählich sichtbar werden, wenn höher verzinsten Aktiva auslaufen. Ein frühzeitiges Gegensteuern der betroffenen Institute ist deshalb besonders wichtig. Die OeNB analysiert laufend die mit dem Niedrigzinsumfeld verbundenen Risiken, überwacht auffällige Banken und erarbeitet allfällige aufsichtliche Maßnahmen.

### **Wie reagieren österreichische Haushalte auf das Zinsumfeld?**

Eine Studie von Beer et al. (2016)<sup>3</sup> zeigt anhand von Ergebnissen einer Umfrage, dass das Zinsniveau nur einer von vielen Faktoren ist, die das Sparverhalten der österreichischen Haushalte beeinflussen. Dementsprechend waren bis zum Frühjahr 2015 aufgrund des niedrigen Zinsniveaus keine großen Veränderungen im Sparverhalten zu beobachten. Veränderungen im Sparverhalten hatten oft andere Ursachen, z. B. eine Veränderung des Haushaltseinkommens oder der Anschaffungspläne. Die Umfrage zeigte eine geringfügige Verschiebung hin zu realen Vermögenswerten; eine gesteigerte Risikofreudigkeit konnte bei den österreichischen Haushalten nicht beobachtet werden.

<sup>1</sup> Diese Schätzungen vergleichen die erwartete Zinsstrukturkurve im Frühjahr 2012 mit den tatsächlich realisierten Zinssätzen und leiten daraus die Zinsersparnis in den Jahren 2012 bis 2016 ab.

<sup>2</sup> Kerbl, S. und M. Sigmund. 2016. From Low to Negative Rates: An Asymmetric Dilemma. Financial Stability Report 32. OeNB. 120–135.

<sup>3</sup> Beer, C., E. Gnan und D. Ritzberger-Grünwald. 2016. Saving, Portfolio and Loan Decisions of Households when Interest Rates are Very Low – Survey Evidence for Austrian Households. Monetary Policy & the Economy Q1/16. OeNB. 14–32.



200 Jahre OeNB: Präsentation der Jubiläumsbücher

# Österreichische Wirtschaft schwenkt 2016 auf Wachstumspfad

## Sonderfaktoren tragen moderaten Wirtschaftsaufschwung

Während das reale BIP des Euroraums erst im Jahr 2015 wieder das Vorkrisenniveau erreichte, lag das reale BIP-Wachstum in Österreich bereits 2011 wieder darüber. Das BIP-Wachstum in Österreich war zwar seit 2010 immer positiv, allerdings von 2012 bis 2015 unter 1 % und somit unter dem langjährigen Durchschnitt. Seit 2014 liegt es unter jenem des Euroraums, erholt sich aber kontinuierlich. Getragen von mehreren Sonderfaktoren näherte es sich mit 1,4 % im Gesamtjahr 2016 wieder dem Durchschnitt des Euroraums an.

Die Erholung im Jahr 2016 stützte sich auf die gestiegene Inlandsnachfrage, wozu sowohl der private Konsum als auch die Investitionen beitrugen. Während in den Jahren 2012 bis 2015 die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte leicht gesunken waren und infolgedessen die Konsumausgaben stagnierten bzw. sogar leicht schrumpften, stieg das real verfügbare Haushaltseinkommen 2016 mit 3% deutlich. Neben der anhaltend geringen Inflation war die zu Jahresbeginn 2016 in Kraft getretene Einkommensteuerreform primär dafür verantwortlich. Darüber hinaus ließen öffentliche Aufwendungen für Asylwerbende und anerkannte Flüchtlinge sowie die zunehmende Beschäftigung das aggregierte Haushaltseinkommen steigen. Dies resultierte in einer stärkeren realen Konsumnachfrage der privaten Haushalte im Vergleich zu den Vorjahren. Ein Teil dieses Anstiegs des real verfügbaren Haushaltseinkommens wurde zum Aufbau der Sparquote verwendet.

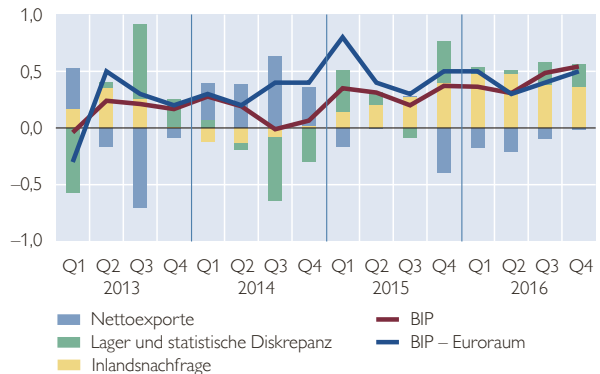
Neben dem privaten Konsum trug die Investitionstätigkeit mit einem Wachstum von 2,9 % (nach 0,6 % im Jahr 2015) maßgeblich zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums bei. Die Dynamik bei den Investitionen wurde überwiegend von den Ausrüstungsinvestitionen – vor allem Fahrzeuge und Maschinen – getragen; ihr Beitrag zum gesamten Investitionswachstum betrug 2,1 Prozentpunkte. Neben den dank expansiver Geldpolitik großzügigen Finanzie-

<sup>3</sup> Früher Einkommens- und Transferbilanz.

Grafik 10

## BIP-Wachstum und Wachstumsbeiträge der Nachfragekomponenten für Österreich

Wachstum im Vergleich zum Vorquartal in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, WIFO.

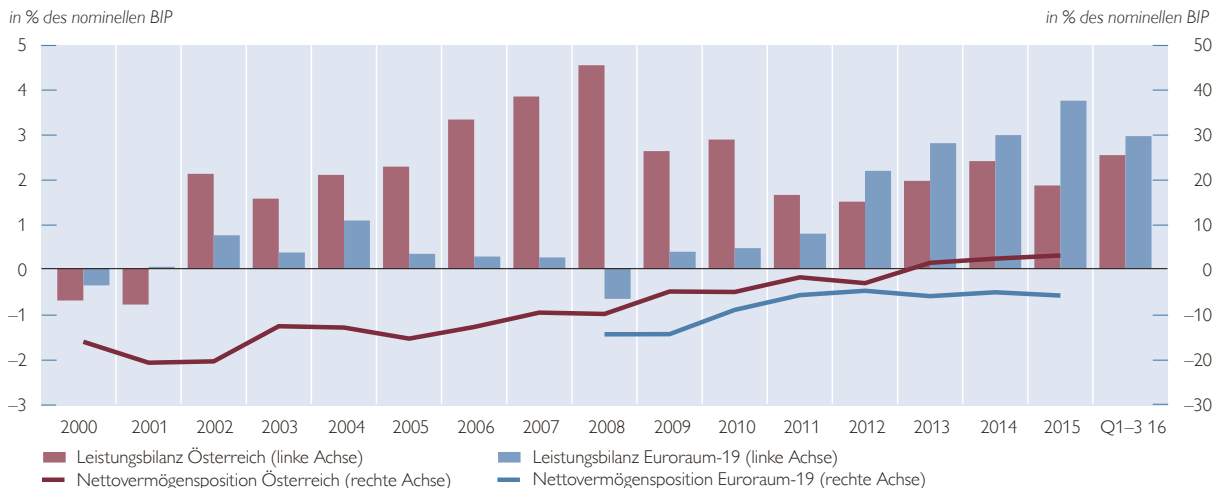
Anmerkung: Daten sind Trend-Zyklus-bereinigt.

rungsmöglichkeiten und der günstigen Innenfinanzierungssituation der Unternehmen war der Bedarf von Ersatzinvestitionen ausschlaggebend. Der erfahrungsgemäß kurze Investitionszyklus der Ausrüstungsinvestitionen dürfte aber bereits im Jahr 2017 auslaufen.

Im Gegensatz zur Inlandsnachfrage dämpften die Nettoexporte das Wachstum im Jahr 2016. So sank das Wachstum der realen Exporte von 3,6 % im Jahr 2015 auf 2,2 % im Jahr 2016. Die Exporte wurden zum einen durch die schwache Nachfrage aus dem Euroraum gebremst, zum anderen durch Rückgänge der Güterexporte in die USA, nach Russland und in die Türkei. Hingegen nahm das von der Beschleunigung der Inlandsnachfrage getragene Importwachstum von 3,0 % auf 3,7 % zu.

Österreichs Leistungsbilanz erzielte zwischen Jänner und September 2016 laut vorläufigem Ergebnis trotzdem einen Überschuss in Höhe von 6,5 Mrd EUR (+17 % gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum), das entspricht 2,5 % des BIP. Dazu haben insbesondere der Reiseverkehr mit einem Einnahmenüberschuss in Höhe von 7,2 Mrd EUR und ein geringeres Defizit im Primär- und Sekundäreinkommen<sup>3</sup> beigetragen. Die Nettogüterexporte und Wirtschaftsdienst-

### Leistungsbilanzsalden und Nettovermögensposition in Österreich und im Euroraum



Quelle: Ameca, Eurostat, EZB.

Anmerkung: Umstellung auf BPM6 im Jahr 2008, davor BPM5; problematische Datenqualität der Nettovermögensposition erklärt die Stagnation in den Jahren 2013 bis 2015.

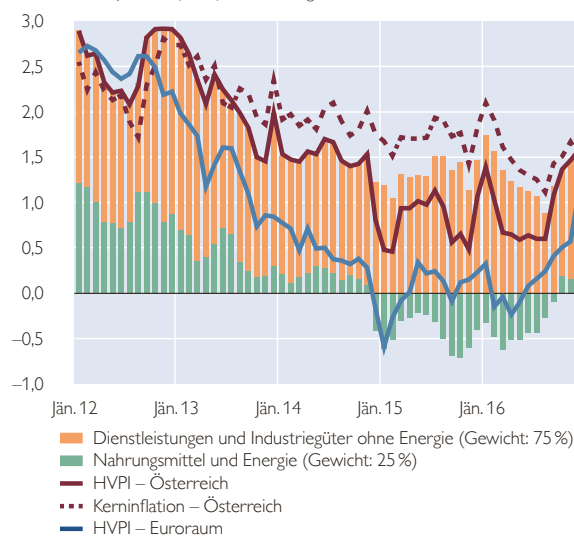
leistungen blieben unter den Vergleichswerten des Vorjahrs. Der grenzüberschreitende Kapitalverkehr war in den ersten drei Quartalen 2016 von deutlichen Rückgängen – sowohl bei Forderungen als auch Verbindlichkeiten – bestimmt. Per Saldo gab es in den ersten drei Quartalen einen Kapitalexport in Höhe von 9,2 Mrd EUR, da die Auslandsverbindlichkeiten stärker reduziert wurden als die Forderungen. Die größten Bruttoströme gab es aufgrund von Transaktionen internationaler Konzerne und Tilgungen österreichischer Bank- und Staatsanleihen sowie aus den laufenden Wertpapierankäufen durch die OeNB.

Die konjunkturelle Verbesserung spiegelte sich 2016 auch auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Jahre 2012 bis 2015 waren von einem gleichzeitigen Anstieg der Beschäftigung (gemessen in Köpfen) und der Arbeitslosigkeit geprägt. Da der starke Beschäftigungsanstieg von der Zunahme bei der Teilzeitarbeit getrieben war, entwickelte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in den letzten Jahren gegenläufig zur Entwicklung der Beschäftigung. Die geleisteten Arbeitsstunden gingen im Durchschnitt zwischen 2012 und 2015 um 0,3 % zurück. Infolge der Konjunkturerholung im Jahr 2016 beschleunigte sich das Wachstum der Gesamtbeschäftigung (in Köpfen) auf 1,3 %. Damit einhergehend wurden wieder

neue Vollzeitarbeitsplätze geschaffen, und die geleisteten Arbeitsstunden erhöhten sich. Dennoch stieg aufgrund der starken Zunahme des Arbeitsangebots (1,7 %) infolge erhöhter Partizipationsraten und des Zuzugs von Arbeitskräften auch 2016 die Arbeitslosenquote auf 6,0 % (von 5,7 % im Jahr 2015).

### HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten für Österreich

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in Prozentpunkten für Inflationsbeiträge



Quelle: Eurostat, Statistik Austria.



**HVPI-Inflation bleibt 2016 unter 1 %**

Die HVPI-Inflationsrate ging in den ersten drei Monaten 2016 von 1,4 % auf 0,7 % zurück und verharrte dann bei 0,6 %. Nach einem markanten Anstieg im September lag sie zu Jahresende wieder über 1½ %. Dafür waren vor allem Energie und Industriegüter ohne Energie, aber auch Dienstleistungen verantwortlich. Die Inflationsrate für Energie ist zwar noch immer negativ, allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß als in den letzten Monaten. Im Gesamtjahr 2016 lag die HVPI-Inflationsrate mit 0,9 % nur geringfügig höher als im Jahr 2015 (0,8 %).

Die Inflationsdifferenz zum Euroraum liegt damit weiterhin bei rund ¾ Prozentpunkten. Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) verringerte sich von 2,1 % im Jänner auf 1,1 % im August und stieg danach auf 1,7 % im November (Dezember: 1,5 %). Dieser Rückgang und der darauffolgende Anstieg sind der Inflationsentwicklung von Industriegütern ohne Energie sowie jener von verarbeiteten Nahrungsmitteln (einschließlich Tabak) geschuldet, die in den Sommermonaten Tiefstände erreichten und seitdem deutlich angestiegen sind.

Kasten 3

**Aktuelle Entwicklungen auf dem österreichischen Immobilienmarkt**

Die Entwicklung des Immobiliensektors<sup>1</sup> ist von großer Bedeutung für eine Volkswirtschaft und deren Finanzmarkt. Einerseits sind Immobilien ein wichtiger Vermögensbestandteil der privaten Haushalte. Preisentwicklungen auf den Immobilienmärkten beeinflussen daher über Vermögenseffekte die Konsum- und Investitionsentscheidungen der privaten Haushalte. Andererseits sind Immobilien eine wichtige Besicherungsform bei der Kreditaufnahme. Somit beeinflussen die Veränderungen von Immobilienpreisen die Verschuldungssituation und die Kreditfähigkeit der Haushalte und damit auch die Finanzmarktstabilität, deren Wahrung eine der Kernaufgaben der OeNB ist.

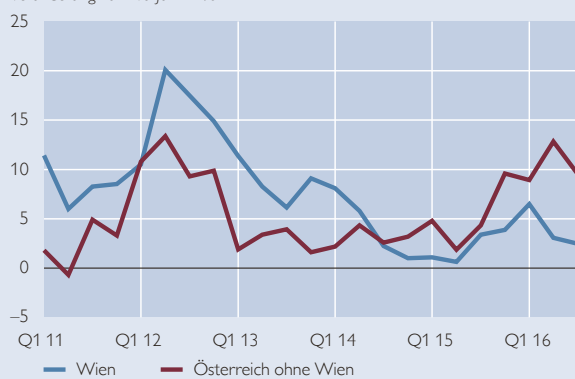
Die Preisentwicklung von österreichischen Wohnimmobilien beschleunigte sich in der ersten Jahreshälfte 2016 deutlich. Im weiteren Jahresverlauf bremste sich die Preisdynamik sowohl in Wien als auch im restlichen Bundesgebiet ein. Der OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien in Österreich stieg im Verlauf der ersten drei Quartale 2016 zwar an, jedoch liegen die Wohnimmobilienpreise noch in einem Bereich, der weitgehend durch die Entwicklung der Fundamentalfaktoren erklärt wird. In Wien baute sich in den Jahren 2010 bis 2013 hingegen eine vergleichsweise starke Abweichung der Wohnimmobilienpreise von dem durch die Fundamentalfaktoren erklärten Niveau auf. Seit Anfang 2014 hat sich die Situation stabilisiert, die Abweichung blieb konstant.

Nachdem sich das Wachstum der Wohnbaukredite in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 beschleunigt hatte, stabilisierte es sich ab Anfang 2016 auf hohem Niveau und ging erst gegen Ende 2016 leicht auf 4,5 % zurück. Der Fremdwährungsanteil an den ausstehenden Wohnbaukrediten sank im abgelaufenen Jahr weiter,

Grafik 13

**Entwicklung der Preise für Wohnimmobilien**

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Prof. Wolfgang Feilmayr, Department für Raumplanung, TU Wien, OeNB.

Grafik 14

**Wohnbaukredite an private Haushalte**

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Bereinigt um Reklassifikationen, Bewertungsänderungen und Wechselkurseffekte.

ist aber nach wie vor hoch (Dezember 2015: 20,5 %, November 2016: 18,2 %). Auch der im internationalen Vergleich sehr hohe Anteil variabel verzinsten Kredite an der Neukreditvergabe hat sich zuletzt deutlich verringert (von 89 % im Dezember 2014 auf 64 % im November 2016).

Die Eigentumsquote ist laut Eurostat in Österreich mit 56 % im Euroraumvergleich (66 %) niedrig und weist darüber hinaus große regionale Unterschiede auf (Wien: 18 %). Daten des Household Finance and Consumption Survey (HFCS), die von der OeNB auch für die Einschätzung von Finanzmarktstabilitätsrisiken im Zusammenhang mit der Immobilienpreis- und Wohnbaukreditentwicklung verwendet werden, zeigen, dass rund drei Viertel der Haushalte seit dem Erwerb ihrer Immobilie eine jährliche Preissteigerung unter 5 % erfuhr. Die jüngsten Preissteigerungen wurden im höherpreisigen Segment verzeichnet, speziell bei Immobilien, die nicht als Hauptwohnsitz gehalten werden. Die HFCS-Daten zeigen auch, dass einkommensstärkere Haushalte höhere Schulden halten (Fessler et al., 2016<sup>2</sup>) und dass annähernd zwei Drittel der österreichischen Haushalte (65,6 %) keine Schulden haben. Nur ein geringer Teil der Haushalte in Österreich (16,7 %, im Vergleich zu 23,3 % im Euroraum) hält besicherte Kredite, wobei die Höhe der ausstehenden Hypothekarschuld mit einem Medianwert von rund 60.400 EUR geringer ist als im Euroraum (77.600 EUR).<sup>3</sup> Die Risikotragfähigkeit der österreichischen Haushalte, also die Fähigkeit, die Kosten bei Schlagendwerden der eingegangenen Risiken aus eigener Kraft zu bedienen, ist im Allgemeinen hoch. Somit kann die Gefahr für die Finanzmarktstabilität als gering eingestuft werden (Albacete et al., 2016<sup>4</sup>).

<sup>1</sup> Die OeNB stellt das Informationsangebot auf ihrer Website der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

<sup>2</sup> Fessler, P., P. Lindner und M. Schürz. 2016. Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2014: First Results for Austria (second wave). In: Monetary Policy & the Economy Q2/16. 34–95.

<sup>3</sup> EZB. 2016. The Household Finance and Consumption Survey: Results from the Second Wave. ECB Statistics Paper No 18. Dezember.

<sup>4</sup> Albacete, N., P. Fessler und P. Lindner. 2016. The Distribution of Residential Property Price Changes across Homeowners and its Implications for Financial Stability in Austria. Financial Stability Report 31. OeNB. 62–81.

### Temporärer Anstieg des gesamtstaatlichen Budgetdefizits 2016

2016 verschlechterte sich der gesamtstaatliche Budgetsaldo markant. Dies war großteils auf die Steuerreform zurückzuführen, die 2016 zu einer deutlichen Reduktion der Lohnsteuerlast für Haushalte führte. Im Budget schlug sich dies in gesamtstaatlichen Einnahmeausfällen von etwa 1 % des BIP nieder. Laut OeNB-Budgetprognose vom Dezember 2016 wird sich der gesamtstaatliche Budgetsaldo, auch dank der guten Konjunktorentwicklung, über den Prognosehorizont wieder verbessern. Dazu tragen der Rückgang der Zinsausgaben sowie die Stabilisierung der öffentlichen Ausgaben für Asylwerbende und anerkannte Flüchtlinge bei. Der Euroraum weist gemäß EZB-Prognose vom Dezember 2016 einen Rückgang der Defizitquote auf, der sich wegen der konjunkturellen Entwicklung und der geringeren Zinsausgaben voraussichtlich fortsetzen wird.

Der signifikante Rückgang der öffentlichen Schuldenquote in Österreich ab 2016 war in erster Linie von den Maßnahmen zur Bankenrestrukturierung beeinflusst. Während diese Maßnahmen bis 2015 zu einem Ansteigen der Schuldenquote geführt hatten, wird der Ver-

mögens- und Schuldenabbau der Bad Banks nun zur Reduktion der Staatsschuldenquote beitragen. Die öffentliche Schuldenquote des Euroraums verzeichnet bereits seit 2015 einen Rückgang, ist aber höher als jene Österreichs.

Der strukturelle Budgetsaldo Österreichs liegt 2016 laut OeNB-Prognose vom Dezember 2016 deutlich über dem Zielwert von  $-0,45\%$  des BIP. Allerdings gelten derzeit Ausnahmestimmungen, wonach öffentliche Ausgaben für Terrorismusbekämpfung sowie für Asylwerbende und anerkannte Flüchtlinge gesondert berücksichtigt werden. Dank dieser Ausnahmestimmungen erfüllt Österreich – nach Einschätzung der Europäischen Kommission – die Anforderungen des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

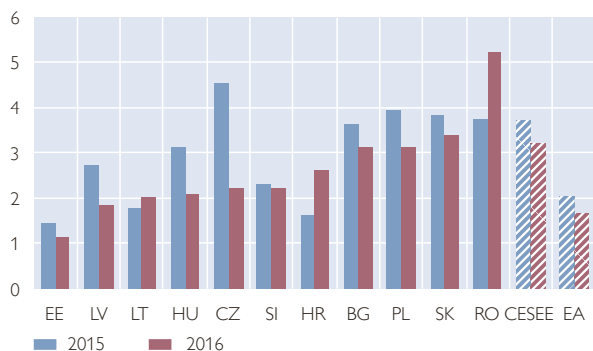
### Starkes Wachstum in CESEE setzt konjunkturelle Impulse

Trotz einer Wachstumsabschwächung gegenüber 2015 wuchsen die EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) im Jahr 2016 mit durchschnittlich  $3,2\%$  deutlich stärker als der Euroraum. Die Wachstumsdifferenz betrug

Grafik 15

### Reales Wirtschaftswachstum in CESEE

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, Herbstprognose 2016 der Europäischen Kommission.

etwa 1,5 Prozentpunkte. Das trägt nicht nur zu einer weiteren Annäherung der Einkommensniveaus bei, sondern wirkt sich auch positiv auf Länder mit einer engen wirtschaftlichen Verflechtung mit der CESEE-Region – wie u. a. Österreich – aus.

### Konjunktur profitiert von einer deutlich verbesserten Arbeitsmarktlage

Das Wachstum wurde vor allem von einer robusten Entwicklung des privaten Konsums getragen, der von steigenden Reallöhnen und einer deutlichen Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten profitierte. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der CESEE-Region sank im Dezember 2016 auf 6,0% und damit auf einen langjährigen Tiefststand. In mehreren Ländern herrscht de facto Vollbeschäftigung. So wies etwa die Tschechische Republik mit einer Quote von 3,5% im Dezember die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU aus. Gleichzeitig nahm auch die Beschäftigung in den meisten Ländern der Region (teils deutlich) zu und das Wirtschaftsvertrauen hellte sich merklich auf.

Die Konjunktur wurde allerdings von einer schwächeren Investitionstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen. Diese litt vor allem unter dem Ende der Auszahlungen von EU-Mitteln aus dem mehrjährigen Finanzrahmen 2007–2013 mit Ende 2015. Besonders betroffen davon waren

Bauinvestitionen. Die Produktion im Baugewerbe in der CESEE-Region ging im Berichtszeitraum im Durchschnitt um rund 10% zurück.

Das Wachstum der Industrieproduktion zeigte zwar eine erhebliche Volatilität, lag im Jahresdurchschnitt allerdings deutlich im positiven Bereich. Das spiegelte sich in der robusten Exportkonjunktur wider. Aufgrund der aus der starken Binnennachfrage resultierenden erhöhten Importtätigkeit trug die Außenwirtschaft insgesamt allerdings kaum zum Wachstum bei.

### Deflationäre Tendenzen in der zweiten Jahreshälfte überwunden

Wie auch der Euroraum kämpften die CESEE-Länder mit deflationären Tendenzen. Vor allem Energiepreise sowie in manchen Ländern auch Änderungen bei wichtigen Steuersätzen drückten die Inflation gegen Jahresmitte tief in den negativen Bereich. Gegen Jahresende gewann die Teuerung allerdings an Fahrt und drehte in den positiven Bereich. Dennoch hielten die Zentralbanken der Region aber vorerst an ihrer expansiven Geldpolitik fest. Vor allem in der ersten Jahreshälfte senkten mehrere Zentralbanken ihre Leitzinssätze weiter auf historisch niedrige Niveaus. Eine weitere geldpolitische Lockerung wurde teilweise auch über unkonventionelle Maßnahmen erreicht (z. B. Wechselkursziel der Tschechischen Nationalbank).

Die wirtschaftliche Lage verbesserte sich im Berichtsjahr nicht nur in den CESEE-EU-Mitgliedstaaten, sondern auch in Russland und der Ukraine. Während sich die Ukraine nach einer schweren Rezession stabilisierte, verzeichnete Russland allerdings noch einen moderaten Rückgang der Wirtschaftsleistung. Wechselkursstabilisierung und ein Rückgang der Inflation eröffneten geldpolitische Spielräume, die für Zinssenkungen genutzt wurden. In der Türkei schwächte sich das Wachstum hingegen vor dem Hintergrund wachsender politischer Risiken ab. Die türkische Lira wertete gegenüber dem Euro und dem US-Dollar stark ab. Die externen Ungleichgewichte sind hoch, und mehrere Agenturen senkten ihr Rating für das Land.

## **Internationaler Währungsfonds rüstet sich für neue Herausforderungen**

Die Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds (IWF) üben ihre Mitsprache in Form von Stimmrechtsgruppen aus. Österreich gehört der zentral- und osteuropäischen (CEE-) Stimmrechtsgruppe an und stellt einen stellvertretenden Vorsitzenden. Den Vorsitz übernahm die Tschechische Republik im November 2016 von der Türkei.

Für seine Geschäftstätigkeit verwendet der IWF die künstlich geschaffene Währung Sonderziehungsrechte (Special Drawing Rights, SZR), deren Wert sich auf Basis eines Korbs der wichtigsten Weltwährungen errechnet. Mit 1. Oktober 2016 wurde der Chinesische Renminbi Yuan (CNY) in den Währungskorb zur Berechnung des Werts der SZR aufgenommen. Der CNY wird nun für die nächsten fünf Jahre neben dem US-Dollar, dem Euro, dem japanischen Yen und dem Pfund Sterling im SZR-Währungskorb enthalten sein. Dadurch steigt auch der SZR-Zinssatz, mit dem Kredite an den IWF verzinst werden, von zuvor 0,05 % auf derzeit 0,16 %.

Die Finanzierung des IWF wird unter den Mitgliedstaaten nach Quoten aufgeteilt. Die Berechnung dieser Quoten wird von Zeit zu Zeit an die veränderten weltwirtschaftlichen Gewichte angepasst. Die 14. Quotenrevision trat am 26. Jänner 2016 in Kraft; die Quoten der 189 IWF-Mitglieder haben sich von 385,5 Mrd SZR auf 477 Mrd SZR (rund 597 Mrd EUR) erhöht. Die Quote Österreichs stieg dabei von 2,11 Mrd SZR (rund 2,7 Mrd EUR) auf rund 3,93 Mrd SZR (5,0 Mrd EUR). Die 15. Quotenrevision soll bis zur Frühjahrstagung 2019 und spätestens bis zur Jahrestagung 2019 verabschiedet werden.

Der IWF hat die Mitgliedstaaten um eine Erneuerung der bilateralen Kreditverträge gebeten, um die bisherige Darlehenskapazität des Fonds aufrechterhalten zu können. Dazu hat der IWF einen neuen Rahmen vorgeschlagen, der der österreichischen Position weitgehend entspricht. Der im Jahr 2012 von Österreich mit dem IWF abgeschlossene Kreditvertrag mit einem maximalen Darlehensvolumen von 6,13 Mrd EUR läuft mit 22. September 2017 aus; er wurde bisher nicht in Anspruch genommen. Nach bereits zwei

Verlängerungen ist eine weitere Verlängerung nicht möglich. Die OeNB hat nun zugesagt, dem IWF bei Bedarf wieder bilaterale Kredite bis zum gleichen Maximalbetrag zur Verfügung stellen zu wollen. Zusätzlich zu den Quoten und den bilateralen Kreditvereinbarungen stellen die New Arrangements to Borrow (NAB) eine wesentliche Finanzierungsquelle des Fonds dar (rund 17,6 % der gesamten IWF-Finanzressourcen). Der österreichische Beitrag beläuft sich derzeit auf rund 1,8 Mrd SZR (rund 2,3 Mrd EUR), was etwa 1 % der gesamten NAB-Mittel entspricht. Im Gegensatz zu den bilateralen Kreditverträgen wurden die NAB-Mittel tatsächlich in Anspruch genommen. Das IWF-Executive-Board hat am 7. November 2016 der Erneuerung der NAB für die nächsten fünf Jahre – ab 17. November 2017 – zugestimmt; Österreich soll dabei in der gleichen Höhe wie bisher beitragen.

Die regelmäßige Überprüfung der österreichischen Wirtschaftspolitik durch den IWF („Artikel-IV-Konsultation“) fand von 2. bis 13. Dezember 2016 in Wien statt. Der IWF traf Vertretungen der öffentlichen Verwaltung sowie Institutionen aus dem privaten Sektor. Der Schwerpunkt lag auf der Anhebung des Wachstumspotenzials, der Sicherung nachhaltiger Budgetpolitik und der Finanzmarktstabilität (siehe auch Abschnitt „Verbesserte externe Einschätzung des österreichischen Bankensektors“). Die Koordination oblag, wie üblich, der OeNB.

## **Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion**

Am 23. Juni 2016 votierte in einem Referendum im Vereinigten Königreich eine Mehrheit für den Austritt aus der Europäischen Union, den „Brexit“. Der Zeitpunkt, die Modalitäten und die Auswirkungen der Umsetzung sind seither Gegenstand von Beratungen und sorgen für Unsicherheit über die Zukunft des Verhältnisses des Vereinigten Königreichs zur EU.

Vor diesem Hintergrund gewinnen Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, um zur Verbesserung der Wirtschaftslage beizutragen, an Bedeutung. Derzeit ist die Europäische Kommission dabei, konkrete

Umsetzungsvorschläge für den 2015 verfassten sogenannten Fünf-Präsidenten-Bericht zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten. Das Projekt Kapitalmarktunion soll als eines dieser Elemente die Möglichkeiten zur Finanzierung der Wirtschaft erweitern. Die OeNB trug dem Thema als Veranstalter von Diskussionsforen Rechnung, in denen die Auswirkungen, Chancen und Risiken für die Finanzierung der österreichischen Wirtschaft besprochen wurden.<sup>4</sup> Im Rahmen eines internationalen Forums wurden im November 2016 in der OeNB wissenschaftliche Konzepte zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion

diskutiert. Auch die Repräsentanz der OeNB in Brüssel organisierte Veranstaltungen zum Thema.

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSD) ist eine Initiative, mit der die Investitionstätigkeit in Europa belebt werden soll. Nach einer positiven Zwischenbilanz nach dem ersten Jahr sollen Laufzeit und Mittelausstattung angehoben werden. Zudem soll in Ergänzung eine Europäische Investitionsoffensive für Drittländer gestartet werden, die nachhaltige Investitionen in Afrika und der europäischen Nachbarschaft (im Süden und Osten) fördert und somit Anreize zur Abwanderung aus diesen Regionen senkt.

<sup>4</sup> Siehe u. a. *Elsinger, H., R. Köck, M. Kropp und W. Waschiczek. 2016. Unternehmensfinanzierung in Österreich im Vorfeld der Kapitalmarktunion. Financial Stability Report 31. OeNB.*



200 Jahre OeNB: Ausstellungseröffnung im Geldmuseum: Die Währungshüterin

## Breit gestreute Mittelveranlagung in Zeiten politischer Unsicherheit und unterschiedlicher geldpolitischer Trends

### Finanzmarktentwicklung reflektierte Geldpolitik und politische Entwicklungen

Sorgen um die chinesische Konjunktur belasteten den Jahresauftakt 2016 an den Finanzmärkten. Erhöhte Devisenabflüsse und eine unerwartete Abwertung des Chinesischen Renminbi Yuan (CNY) sorgten für starke Kursverluste an den internationalen Börsen. Der Deutsche Aktienindex DAX verzeichnete den schwächsten Jahresstart seit über 25 Jahren, und der wichtigste Aktienindex Chinas, der Shanghai Composite Index, brach im Jänner um rund 25 % ein.

Auch der Rohölpreis setzte seinen bereits im Jahr 2014 begonnenen Abwärtstrend fort. Neben den chinesischen Konjunktursorgen belastete die teilweise Aufhebung der Iran-Sanktionen die Erdölpreise. Der Preis für ein Fass der Nordseesorte Brent brach im Jänner auf unter 28 USD ein und verzeichnete somit den tiefsten Stand seit 2003. Im weiteren Jahresverlauf schaffte der Rohölpreis jedoch eine Trendumkehr und legte um rund 100 % zu.

Durch Marktinterventionen seitens der chinesischen Zentralbank konnten die globalen Aktienmärkte Mitte Februar wieder beruhigt

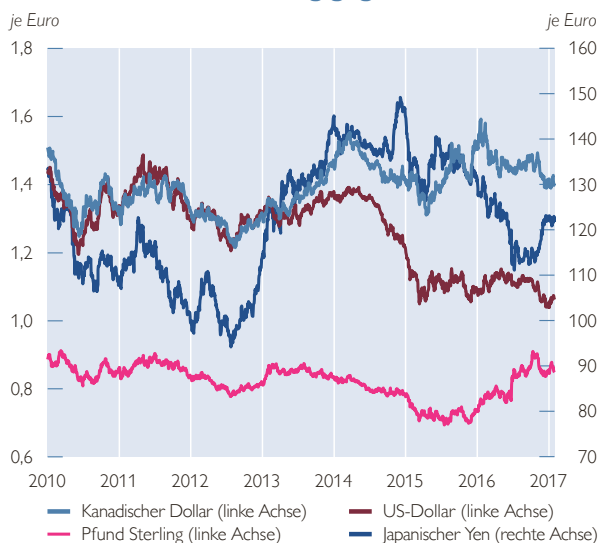
werden. Sie begannen eine kräftige Aufholjagd, die durch das Brexit-Votum des Vereinigten Königreichs vom 23. Juni nur kurz unterbrochen wurde. Während die Aktienmärkte den Brexit-Schock innerhalb weniger Tage hinter sich ließen, fielen die Renditen der als sicher geltenden (zehnjährigen) Staatsanleihen von Deutschland und den USA auf historische Tiefstände von  $-0,205\%$  bzw.  $1,318\%$ . Der Goldpreis profitierte von den Unsicherheiten der ersten Jahreshälfte 2016 und kletterte bis Anfang Juli um knapp 30 % nach oben, bevor er gegen Jahresende den Großteil seiner Gewinne wieder abgab.

Anfang November überraschte der Ausgang der US-Präsidentenwahl die Märkte. Die im Vorfeld prognostizierten Verwerfungen an den Finanzmärkten blieben jedoch aus, die US-Börsen und der US-Dollar profitierten vielmehr von der Ankündigung konjunkturstützender Maßnahmen. Sowohl der S&P500 als auch der Dow Jones verzeichneten Allzeithochstände.

Die seit 2015 andauernde Divergenz der Geldpolitik zwischen der EZB und der US-Notenbank Fed setzte sich 2016 zwar fort, der US-Dollar konnte seine Stärke gegenüber dem Euro jedoch erst nach der US-Präsidentenwahl voll ent-

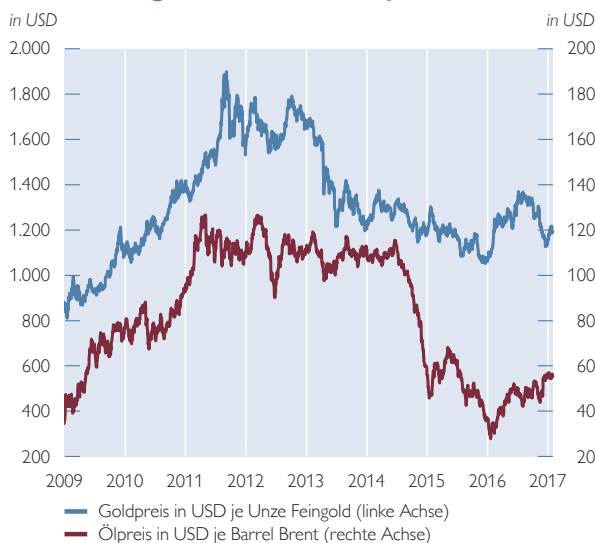
Grafik 16

### Wechselkursentwicklung gegenüber dem Euro



Grafik 17

### Entwicklung des Gold- und Ölpreises



fallen und mit Kursen von unter 1,04 USD/EUR den höchsten Stand seit Jänner 2003 markieren. Deutlicher als am Wechselkurs schlägt sich die divergierende Geldpolitik im Zinsdifferenzial von Staatsanleihen nieder. Der Spread zwischen zehnjährigen US-Treasuries und deutschen Staatsanleihen hat sich im Jahresverlauf 2016 um 0,6 Prozentpunkte ausgeweitet.

### Rohstoffpreisentwicklung beeinflusst Devisenmarkt

Die größten Gewinner am Devisenmarkt des Jahres 2016 waren der Kanadische Dollar (CAD) und der Japanische Yen (JPY) mit Kursgewinnen von jeweils +6,4% gegenüber dem Euro sowie die Norwegische Krone (NOK) mit +5,9%.

#### **ANFA (Agreement on Net Financial Assets)**

Diese Vereinbarung zwischen den nationalen Zentralbanken des Euroraums und der EZB enthält Regeln und Obergrenzen für Finanzanlagen, die mit den nationalen Aufgaben der Zentralbanken in Zusammenhang stehen.

Während der CAD und die NOK von den anziehenden Rohölnotierungen profitieren konnten, kam dem JPY vor allem sein Status als „sicherer Hafen“ zugute. Der größte Verlierer war das Pfund Sterling (GBP), das nach dem Brexit-Votum stark an Wert verlor und somit im Jahresverlauf 13,6% gegenüber dem Euro einbüßte. Die Währungen der Schwellenländer konnten sich im Jahr 2016 hingegen stabilisieren, nachdem sie in den Vorjahren, aufgrund des Rohstoffpreisverfalls und des rückläufigen Welthandels, unter starkem

Abwertungsdruck gestanden waren. Der MSCI Emerging Markets Währungsindex legte gegenüber seiner Basiswährung USD rund 3,5% zu.

### Reservenmanagement der OeNB gekennzeichnet durch breite Diversifikation

Die Veranlagungsentwicklung der OeNB trug den volatilen Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Jahr 2016 Rechnung und war sowohl durch risikoreduzierende Absicherungsmaßnahmen als auch durch eine breite Diversifikation gekennzeichnet. Aufgrund der Schwäche des Euro und des Niedrigzinsumfelds im Euroraum machte sich insbesondere die ausgewogene Währungsallokation bezahlt und verhalf zu einer stabilen Ertragslage in einem schwierigen Marktumfeld.

Die Eigenveranlagung der OeNB-Bestände basiert auf den vorrangigen Zielen von Sicherheit, Liquidität und Ertrag. Die Mittelveranlagung erfolgt unter international üblichen Maßstäben und unterliegt einem umfangreichen Risikomanagementsystem. Im Rahmen des Eurosystems – und damit in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Zentralbanken des Euroraums und der EZB – sichert die OeNB weiterhin die Liquidität der Banken und unterstützt damit die wirtschaftliche Entwicklung. Die ANFA (Agreement on Net Financial Assets)-Bestände der OeNB beliefen sich per 31. Dezember 2016 auf 9,4 Mrd EUR.



### Bedeutung von Gold für Zentralbanken

Gold spielt im internationalen Währungssystem traditionell eine wichtige Rolle. Währungs- und Goldreserven sind ein zentrales Element der Notenbankstrategie zur Krisenvorsorge und -bewältigung und haben in Krisenzeiten ihre vertrauensbildende Funktion stets bestätigt.

Die von der OeNB gehaltenen Goldreserven Österreichs betragen 280 Tonnen; dies entspricht rund 22.400 Goldbarren. Die Goldreserven stehen ausschließlich im Eigentum der OeNB. Sie bilden gemeinsam mit den Goldbeständen aller anderen Zentralbanken der am Euro teilnehmenden Länder einen Teil der Währungsreserven des Eurosystems und dienen somit der Stabilisierung des Euro. Die Goldreserven der OeNB sind seit 2007 unverändert hoch und entsprechen – gemessen an den gesamten Goldreserven des Eurosystems – ungefähr dem EZB-Kapitalanteil der OeNB. Der Goldbestand der OeNB ist aus währungspolitischer Sicht im Verhältnis zur Größe der Währungsreserven und der österreichischen Volkswirtschaft angemessen.

Die weltweiten Goldreserven des öffentlichen Sektors belaufen sich laut IWF auf rund 33.000 Tonnen. Das Land mit den höchsten Goldreserven sind die USA (rund 8.133 Tonnen), gefolgt von Deutschland (rund 3.378 Tonnen) und Italien (rund 2.452 Tonnen). Das Eurosystem insgesamt hält derzeit einen Goldbestand von etwa 10.786 Tonnen. Neben dem physischen Halten von Goldbeständen führen Zentralbanken, je nach Marktsituation, auch Goldleihegeschäfte durch. Unter Goldleihe ist ein Geschäft der Veranlagung von Buchgold gegen Erhalt von Zinsen am Ende der Laufzeit zu verstehen. Aufgrund der aktuellen Marktsituation werden derzeit von der OeNB keine Goldleihegeschäfte getätigt.

Während London und Zürich nach wie vor die bedeutendsten Handelsplätze für physisches Gold sind, werden in New York vor allem Terminkontrakte und Goldderivate gehandelt. Der Preis wird üblicherweise in US-Dollar je Feinunze (31,103 Gramm) ausgedrückt.

### Das Gold-Lagerstellenkonzept der OeNB

Im Jahr 2015 wurde das Gold-Lagerstellenkonzept der OeNB angepasst. Nach dem neuen Konzept wird spätestens im Jahr 2020 die Hälfte des OeNB-Goldbestands in Österreich lagern. Um dieses Ziel zu erreichen, holte die OeNB bereits 30 Tonnen ihres Golds in die eigenen Tresore zurück. Nach Beendigung der Rückholung werden rund 140 Tonnen in Österreich lagern, davon rund 90 Tonnen in den Tresoren der OeNB und rund 50 Tonnen in der Münze Österreich AG. Die im Ausland verbleibenden 140 Tonnen werden sich auf das Vereinigte Königreich und die Schweiz mit voraussichtlich rund 84 bzw. 56 Tonnen verteilen. Somit wird einerseits das Konzentrationsrisiko einzelner Lagerorte reduziert, andererseits aber die Möglichkeit, Gold auf den Handelsplätzen London und Zürich im Anlassfall rasch einzusetzen, offen gehalten.

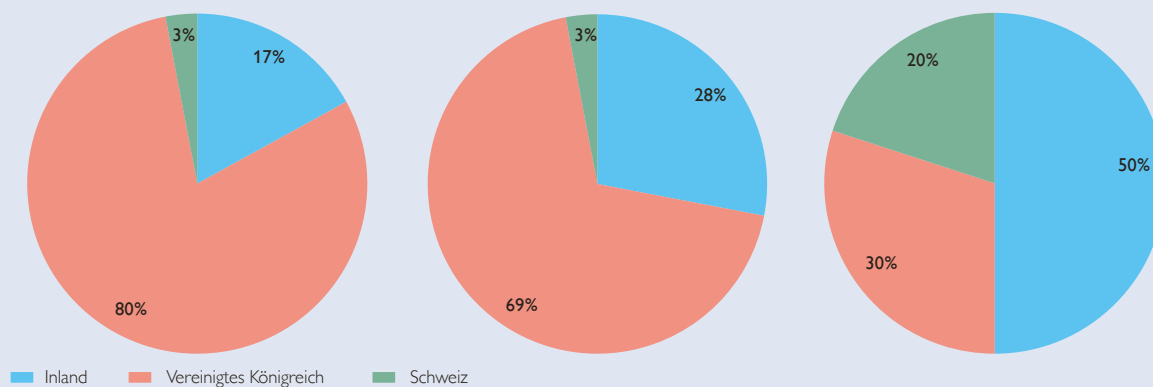
Grafik 18

### Goldbestand nach Lager- bzw. Auslieferungsort

31. Dezember 2014  
(vor neuem Lagerstellenkonzept)

31. Dezember 2016

Lagerstellenkonzept 2020



Quelle: OeNB; Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

# DIE WÄHRUNGSHÜTERIN

## 200 JAHRE OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Als „Bank der Banken“ spielt die Oesterreichische Nationalbank seit 200 Jahren eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung des Geldverkehrs. Hervorgegangen aus den Wirren der Napoleonischen Kriege und vor dem Hintergrund einer damit verbundenen massiven Geldentwertung, wurden Stabilität und Sicherheit zu zwei Leitwerten, denen sich die Nationalbank seit ihrer Gründung verbunden fühlt. Die „privilegierte oesterreichische National-Bank“ wurde am 1. Juni 1816 durch zwei kaiserliche Patente als Privatanstalt (Aktiengesellschaft) gegründet und war das erste Unternehmen, dessen Aktien an den Börsen von Wien und Frankfurt gehandelt wurden. Ausgehend vom Banknotenprivileg bis hin zur Bankenaufsicht wendete sich das Aufgabenspektrum immer wieder und wurde laufend den Erfordernissen der Zeit angepasst. Heute leistet die OeNB im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) einen wichtigen Beitrag zur europäischen Geldpolitik.



200 Jahre OeNB: Eröffnung der Sonderausstellung im Geldmuseum – Die Währungshüterin

## Effektive Aufsicht stärkt Finanzmarktstabilität

### Österreichische Banken stellen sich den Herausforderungen des wirtschaftlichen Umfelds

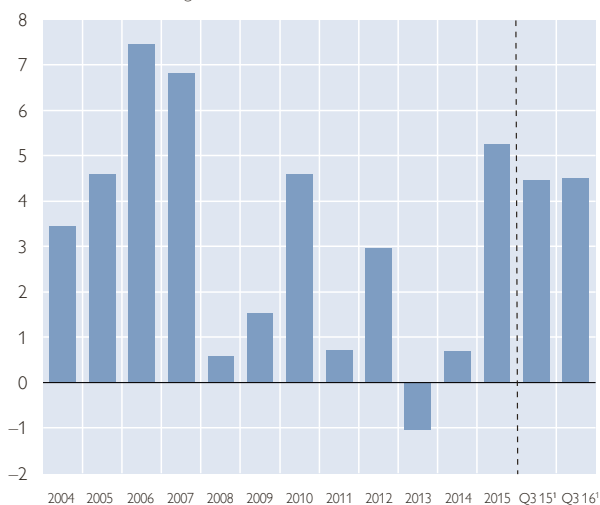
#### Notwendiger Anpassungsprozess gewinnt an Fahrt

Der österreichische Bankensektor war auch 2016 mit einem schwachen Wirtschaftswachstum, anhaltend niedrigen Zinsen und Zinsmargen sowie politischen Unsicherheiten in einigen CESEE-Ländern konfrontiert. In diesem Spannungsfeld haben die österreichischen Banken den notwendigen strukturellen Anpassungsprozess fortgesetzt, um längerfristig Effizienzsteigerungen zur Erhöhung der Profitabilität zu erzielen. Die Gewinne sind im Jahresvergleich in den ersten drei Quartalen 2016 gestiegen (aggregiertes Periodenergebnis: +0,1 Mrd EUR auf 4,5 Mrd EUR), allerdings primär aufgrund geringerer Wertberichtigungen. Die Erträge aus dem Zins- oder Provisionsgeschäft waren im Vorjahresvergleich rückläufig, die Betriebsaufwendungen stiegen hingegen an. Die Banken brachten 2016 weitere Strukturereformen auf den Weg. So kam es zu Umstrukturierungen bei der UniCredit Bank Austria AG, der Fusion zwischen Raiffeisen

Grafik 19

#### Profitabilität des österreichischen Bankensystems

Konsolidiertes Periodenergebnis in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die Q3-Werte sind nicht mit Jahresendwerten vergleichbar.

Zentralbank Österreich AG (RZB) und Raiffeisen Bank International AG (RBI), die im 1. Quartal 2017 abgeschlossen wird, und zu einer weiteren Konsolidierung im Volksbankensektor.

Kosteneffizienz, eine risikoadäquate Bepreisung von Krediten und entsprechende Profitabilität sind nicht nur im Interesse der Banken und ihrer Eigentümerinnen und Eigentümer. Sie sind wichtig, um allfällige Kreditausfälle abzudecken, den internen Kapitalaufbau zu unterstützen sowie den Zugang zum externen Kapitalmarkt zu erhalten. Eine höhere Risikotragfähigkeit von Banken gewährleistet somit eine nachhaltige Kreditvergabe – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Die österreichischen Banken verbesserten im Jahr 2016, auch im Vergleich zu europäischen Vergleichsbanken, ihre Kapitalausstattung weiter. Sie stärkten damit seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 ihre Risikotragfähigkeit deutlich. Eine höhere Kapitalisierung wurde von Investoren und Ratingagenturen gefordert und durch nationale aufsichtliche Maßnahmen unterstützt

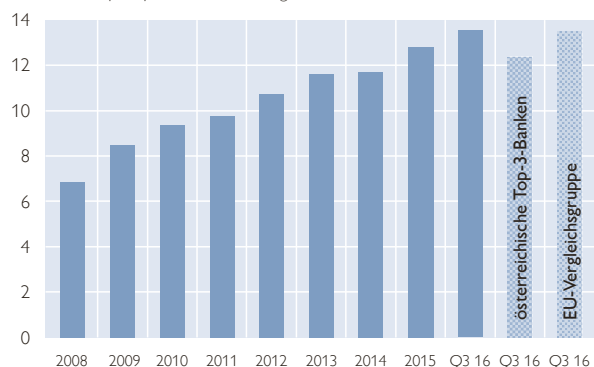
#### Zinsmarge

Für Einlagen zahlt eine Bank Zinsen (Zinsaufwand), für die vergebenen Kredite erhält sie Zinsen (Zinsertrag). Die Differenz zwischen Zinsertrag und Zinsaufwand wird als Nettozins ertrag bezeichnet. Die Zinsmarge ergibt sich aus der Relation des Nettozins ertrags zu den zinstragenden Vermögenswerten (z. B. Krediten) und gilt als wichtiger Indikator für die Ertragskraft von Banken. Sie dient den Banken zur Abdeckung ihrer Betriebsaufwendungen und Kreditrisikokosten (Kosten, die anfallen, wenn ein Kredit ausfällt).

Grafik 20

#### Kapitalisierung des österreichischen Bankensystems

Harte Kernkapitalquote in % der risikogewichteten Aktiva



Quelle: OeNB, S&P Global Market Intelligence.

## **Fünf Fragen zu notleidenden Krediten („non-performing loans“, NPLs) und daraus resultierenden aufsichtlichen Initiativen**

### **Was sind notleidende Kredite?**

Kredite werden als notleidend bezeichnet, wenn Kreditnehmende mit ihren vereinbarten Rückzahlungen mindestens 90 Tage in Verzug sind bzw. wenn ihre Rückzahlungen unwahrscheinlich erscheinen und daher Einzelwertberichtigungsbedarf besteht. Die NPL-Quote ist ein Indikator für die „Gesundheit“ einer Bank. Je höher die NPL-Quote (notleidende Kredite in Prozent der Gesamtforderungen), desto schlechter die Qualität der Aktiva einer Bank.

### **Wie hoch ist die NPL-Quote in Österreich bzw. in Europa?**

In der EU-28 gelten derzeit Kredite in Höhe von etwa 1.000 Mrd EUR (5,4% NPL-Quote) als notleidend. Am stärksten betroffen sind Griechenland (47,1%), Zypern (46,7%), Portugal (19,8%), Italien (16,4%), Slowenien (16,3%) und Irland (14,4%). In Österreich liegt die Quote derzeit bei 5,8%, wobei ein Großteil der zugerechneten Portfolien in CESEE liegt.<sup>1</sup>

### **Welche Folgen ergeben sich für Banken, die ihre NPLs nicht rasch genug abbauen?**

Notleidende Kredite binden Eigenmittel und können die Kreditvergabekapazität belasten, was wiederum die Finanzierung der Realwirtschaft erschwert. Außerdem erfordern notleidende Kredite ein teures und aktives Kreditmanagement. Diese Umstände, gekoppelt mit geringeren Zinserträgen und höheren Refinanzierungskosten, führen letztendlich zu einer Schwächung der Profitabilität.

### **Wie werden notleidende Kredite in der Aufsichtstätigkeit berücksichtigt?**

Der Umgang mit NPLs im europäischen Bankensystem ist im Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) ein wesentlicher Bestandteil der Aufsichtstätigkeit. Beispielsweise überwacht die Aufsicht im Rahmen des jährlichen aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) den Gesamtbestand an notleidenden Krediten der Banken. Zudem wird überprüft, ob Banken das Risiko ihrer Kredite angemessen steuern und überwachen (z. B. Wertberichtigungspraktiken sowie Sicherheitenmanagement). Bereits die Ergebnisse der umfassenden Bewertung der Bilanzaktiva (Comprehensive Assessment) 2014, die im Vorfeld des operativen Inkrafttretens des SSM durchgeführt wurde, zeigten, dass einige Banken in Europa sehr hohe Bestände an notleidenden Krediten in ihren Büchern stehen hatten.

### **Welche aufsichtlichen Maßnahmen setzt der SSM zum Abbau von NPLs?**

Die europäische Aufsicht hat sich zum Ziel gesetzt, dazu beizutragen, dass die in Bankbilanzen schlummernden NPLs rascher abgebaut und angemessen bewertet werden. Der SSM verstärkte nun den Druck auf die bedeutenden Banken im Euroraum und forderte sie auf, die Volumina der notleidenden Kredite zu reduzieren. Zum Umgang mit NPLs wurde im SSM ein Leitfaden erarbeitet, der die qualitativen aufsichtlichen Erwartungen beschreibt und eine Aufforderung an Banken beinhaltet, geeignete quantitative Maßnahmen und Ziele für den Umgang mit NPLs festzulegen und zu implementieren.

<sup>1</sup> Quelle: EBA-Dashboard – Stand 30. September 2016. Diese Zahlen beziehen sich auf ein kleineres Bankensample und weichen daher von der konsolidierten NPL-Quote für das gesamte Bankensystem geringfügig ab.

(siehe auch Abschnitt „OeNB forciert aktive makroprudenzielle Aufsicht in Österreich“).

Ihre Kreditqualität konnten die österreichischen Banken in den ersten drei Quartalen 2016 weiter verbessern. Im Jahr 2016 waren die Übertragung des CESEE-Geschäfts der UniCredit Bank Austria AG an ihre italienische Mutter UniCredit S.p.A. und der Verkauf von Kredit-

portfolios dafür verantwortlich. Damit ist die konsolidierte Quote notleidender Kredite (NPLs) von ihrem Höchststand im Jahr 2012 bereits um 4,1 Prozentpunkte auf 5,3% (September 2016) zurückgegangen. Die in der Vergangenheit getätigten hohen Wertberichtigungen, die die Profitabilität der Banken belasteten, spiegeln sich in einer im Euroraum-Durchschnitt deutlich

höheren Coverage Ratio der österreichischen Banken wider (54% österreichische Banken vs. 44% alle Banken jeweils im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus).

### Banken richten CESEE-Geschäft neu aus

Das leicht verbesserte wirtschaftliche Umfeld in CESEE<sup>1</sup> wirkte sich positiv auf die österreichischen Tochterbanken aus. Das aggregierte Periodenergebnis stieg in den ersten drei Quartalen 2016 im Jahresvergleich deutlich, um 1,3 Mrd EUR auf 3,0 Mrd EUR. Für diesen Anstieg war eine weitere Reduktion der Wertberichtigungen maßgeblich. Hohe Gewinnbeiträge kamen aus der Tschechischen Republik, Russland und der Slowakei. Das CESEE-Geschäft hilft den österreichischen Banken, die unmittelbaren Folgen des Niedrigzinsumfelds im Euroraum und die schwache Profitabilität am Heimatmarkt auszugleichen.

Die Übertragung des CESEE-Geschäfts der UniCredit Bank Austria AG an ihre italienische Mutter UniCredit S.p.A. im Oktober 2016 ver-

änderte die Exponierung der österreichischen Banken in CESEE: So reduzierte sich damit die Bilanzsumme der CESEE-Töchter österreichischer Banken um 40% auf etwas über 180 Mrd EUR. Auch das geografische Risikoprofil veränderte sich stark, da die Exponierung insbesondere gegenüber der Türkei, der Tschechischen Republik, Russland und Kroatien abnahm.

Das im Jahr 2012 lancierte „Nachhaltigkeitspaket“ trägt zur Stärkung der lokalen Refinanzierungsbasis der österreichischen Tochterbanken in CESEE bei. Die Kredit-Einlagen-Quote sank von 117% im Jahr 2008 auf 81% im September 2016, was hauptsächlich auf einen Anstieg der lokalen Spareinlagen zurückzuführen ist.

### Fremdwährungskredite in Österreich und CESEE weiter rückläufig

Wie das stark rückläufige Fremdwährungskreditvolumen gegenüber inländischen Nichtbanken verdeutlicht, wirken sich die im Bereich der

#### Coverage Ratio (Deckungsquote)

Die Deckungsquote setzt die Wertberichtigungen in Relation zum Bestand notleidender Kredite.

Kasten 6

### Profitabilität der österreichischen Bankentöchter in CESEE – eine längerfristige Betrachtung<sup>1</sup>

Das CESEE-Geschäft der österreichischen Banken liefert traditionell einen wichtigen Beitrag zu ihrer Profitabilität. Die österreichischen Tochterbanken konnten in CESEE zwischen 2003 und 2015 etwas mehr als 25 Mrd EUR Gewinn nach Steuern erzielen. Gleichzeitig fielen allerdings Buchwert-Abschreibungen auf Mutterbankenebene in Höhe von 8 Mrd EUR an. Die Profitabilität entwickelte sich je nach Land sehr unterschiedlich: So wurden in Ungarn, der Ukraine und Slowenien in Summe Verluste verzeichnet, während in den anderen CESEE-Ländern Gewinne erzielt wurden. Mehr als die Hälfte der Gewinne (56%) wurden in der Tschechischen Republik und in Russland erwirtschaftet. In Summe erzielten die österreichischen Banken auf ihre durchschnittliche Bilanzsumme 0,9% Rendite.

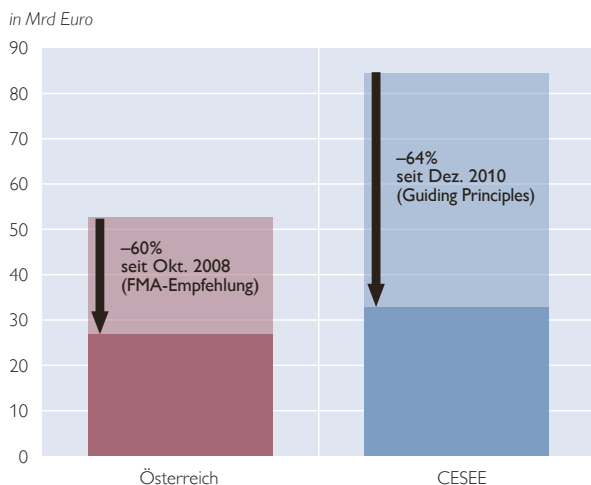
Rasches Kreditwachstum vor der Finanzkrise 2008 führte häufig zu schlechterer Kreditqualität nach der Krise und eingeschränkter Kreditvergabe bei einzelnen Tochterbanken. Trotz eines noch immer erhöhten Kreditrisikos in einigen CESEE-Ländern war über die letzten Jahre eine Reduktion erkennbar. Außerdem konnte die Deckung notleidender Kredite durch Wertberichtigungen (Coverage Ratio) deutlich verbessert werden.

Der Ausblick für die Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE wird durch fallende Nettomargen belastet. Zudem könnten legistische Interventionen im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten zu Herausforderungen für die Banken führen. Die Gewährleistung nachhaltiger Profitabilität erfordert u. a. eine Ertragsdiversifikation, die Beibehaltung der operativen Kostendisziplin, einen Fokus auf risikoadäquat bepreiste Produkte und den weiteren Abbau von notleidenden Krediten.

<sup>1</sup> Kavan, S. et al. 2016. The Profitability of Austrian Banking Subsidiaries in CESEE: Driving Forces, Current Challenges and Opportunities. In: Financial Stability Report 32. OeNB. 64–79.

<sup>1</sup> In diesem Abschnitt wird die CESEE-Region weiter gefasst und schließt Länder wie Russland, Ukraine und Weißrussland ein.

## Fremdwährungskredite österreichischer Banken in Österreich und CESEE<sup>1</sup>



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen.

Anmerkung: Prozentwerte beziehen sich auf währungsbereinigte Veränderungen des Fremdwährungskreditvolumens in Österreich im Zeitraum von Oktober 2008 (FMA-Empfehlung) bis September 2016, in CESEE von Dezember 2010 (Guiding Principles) bis Juni 2016.

Fremdwährungskredite gesetzten Maßnahmen der österreichischen Aufsicht weiterhin positiv aus. Seit der Empfehlung<sup>2</sup> der Finanzmarktaufsicht (FMA) vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte ohne Einkommen in der jeweiligen Fremdwährung zu vergeben, hat sich das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen wechsellkursbereinigt um 60% auf 27 Mrd EUR (September 2016) reduziert.

Ungeachtet dieser rückläufigen Tendenz bleiben die Risiken aus Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten weiterhin hoch. Rund drei Viertel der Fremdwährungskredite an private Haushalte stehen in Verbindung mit einem Tilgungsträger. Eine Mitte 2016 von der OeNB in Kooperation mit der FMA durchgeführte Umfrage über Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite ergab, dass die Deckungslücke<sup>3</sup> per Ende 2015 rund 29% des ausstehenden Volumens

der Tilgungsträgerkredite bzw. rund 6,2 Mrd EUR betrug. Angesichts der bestehenden Risiken empfiehlt die OeNB den Banken, gemeinsam mit Kreditnehmenden die Risikotragfähigkeit zu evaluieren und gegebenenfalls Schritte zur Eindämmung der Risiken zu setzen.

Auch im CESEE-Raum ist das von den österreichischen Tochterbanken vergebene Fremdwährungskreditvolumen weiter rückläufig. Zwischen Ende 2010 und Mitte 2016 fiel das Fremdwährungskreditvolumen um 64% (wechsellkursbereinigt). Mitte 2016 lag das ausstehende Volumen bei 33 Mrd EUR. Der Rückgang um 55% (wechsellkursbereinigt) zwischen Mitte 2015 und Mitte 2016 ist auf die Übertragung des CESEE-Geschäfts der UniCredit Bank Austria AG an ihre italienische Mutter sowie auf die gesetzten legislativen und aufsichtlichen Maßnahmen (Guiding Principles) zurückzuführen.

### Verbesserte externe Einschätzung des österreichischen Bankensektors

Die Aktivitäten der Banken, ihre Geschäftsmodelle zu adaptieren und ihre Risikotragfähigkeit zu stärken, sowie die aufsichtlichen Maßnahmen in Österreich spiegeln sich in externen Einschätzungen zum österreichischen Bankensektor wider. Die Europäische Kommission unterzog Österreich Anfang 2016 im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens erstmalig einer eingehenden Überprüfung. Zentraler Untersuchungsgegenstand in Österreich waren die hohen ausländischen Risikopositionen des österreichischen Finanzsektors und mögliche Auswirkungen auf das Kreditangebot. Dabei gelangte die Europäische Kommission zur Einschätzung, dass kein makroökonomisches Ungleichgewicht bestehe. Sie sah allerdings insbesondere die unterdurchschnittliche Kapitalisierung, die geringe Rentabilität und die verminderte Qualität des Kreditportfolios bei ausländischen Töchtern als Herausforderungen. Im Warnmechanis-

<sup>2</sup> FMA-Mindeststandards zum Risikomanagement und zur Vergabe von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern.

<sup>3</sup> Unter Deckungslücke wird die Differenz zwischen ausstehendem Kreditbetrag in Euro und Wert des Tilgungsträgers am Laufzeitende verstanden.

mus-Bericht der Europäischen Kommission vom Herbst 2016 wurde bestätigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich sowie die des Bankensektors keine weitere eingehende Überprüfung erfordert.

Der IWF beurteilte im Rahmen seiner Artikel-IV-Konsultation im Dezember 2016 den österreichischen Finanzsektor als stabil, strich aber hervor, dass große Banken über geringere Kapitalpuffer als Vergleichsbanken anderer Länder verfügen und dieser Abstand abgebaut werden sollte. Die graduelle Einführung des Systemrisikopuffers sieht der IWF als geeignete Maßnahme, um die Kapitalisierung der Banken weiter zu stärken.

Die Ratingagentur Moody's hob im August 2016 erstmals seit 2009 den Ausblick für das österreichische Bankensystem auf „stabil“ an. Dies ist in erster Linie auf das rückläufige Engagement der österreichischen Banken in einigen CESEE-Ländern mit erhöhtem Risiko zurückzuführen. Weiters wurde auf die Verbesserung der Kapitalisierung verwiesen. Darüber hinaus wiesen die österreichischen Banken ein höheres Preis-Buchwert-Verhältnis als andere Banken im Euroraum auf.

## OeNB forciert aktive makroprudenzielle Aufsicht in Österreich

### Vertiefte Analyse zur Immobilienfinanzierung zeigt derzeit keine systemischen Risiken

Das Platzen von kreditgetriebenen Immobilienpreisblasen und breit angelegte Ausfälle von Immobilienkrediten können weitreichende negative Folgen für die gesamte Finanz- und Realwirtschaft eines Landes haben, da große Teile einer Bankbilanz in Verbindung mit Immobilien stehen (insbesondere als Kreditsicherheit).

In Österreich sind die Wohnimmobilienpreise in den vergangenen Jahren stark gestiegen, nachdem sie – im Gegensatz zu anderen Ländern in der EU – zuvor lange Zeit weitgehend unverändert geblieben waren.

Eine vertiefte Analyse der OeNB zur Immobilienfinanzierung in Österreich zeigt derzeit keine systemischen Risiken, da es keine klaren

Anzeichen für eine exzessive Kreditvergabe, die die Wohnimmobilienpreise treibt, oder deutlich schwächere Kreditvergabestandards, die zu Systemrisiken führen, gibt. Auch der IWF sieht die Risiken in Verbindung mit der Immobilienfinanzierung als begrenzt an. Jedoch wies der IWF in der Artikel-IV-Konsultation darauf hin, dass die Arbeiten an einer präventiven gesetzlichen Verankerung neuer makroprudenzieller Instrumente im Immobilienbereich beschleunigt werden sollten.

### ESRB veröffentlicht Risikohinweis zu Wohnimmobilienmärkten

In einer EU-weiten Analyse der Wohnimmobilienmärkte gab der ESRB (European Systemic Risk Board – Europäischer Ausschuss für Systemrisiken) im November 2016 an acht Länder, darunter Österreich, einen rechtlich unverbindlichen Risikohinweis ab. Für Österreich wurden folgende spezifische, mittelfristige Risiken gesehen: (i) starkes Immobilienpreiswachstum, (ii) robustes Kreditwachstum sowie (iii) das Risiko einer Lockerung der Kreditvergabestandards. Der ESRB kam zum Schluss, dass die von den österreichischen Institutionen bereits gesetzten präventiven Aktivitäten nicht ausreichen dürften, um zukünftige negative Entwicklungen vollständig abzufedern.

Die OeNB teilt die Einschätzung des ESRB nur eingeschränkt und erachtet die gesetzten Maßnahmen angesichts des aktuellen Immobilienpreis- und Kreditzyklus als adäquat. So vernachlässige der ESRB relevante Faktoren, nämlich die in Österreich relativ geringe Hypothekarkreditverschuldung, die große Bedeutung des sozialen und geförderten Wohnbaus wie auch des Mietmarkts (vor allem in Wien), das international relativ niedrige Ausgangsniveau des Preisanstiegs und die im internationalen Vergleich konservativen Kreditvergabestandards.

#### ESRB (European Systemic Risk Board, Europäischer Ausschuss für Systemrisiken)

Der ESRB ist für das Erkennen und Analysieren systemischer Risiken für das europäische Finanzsystem verantwortlich. Wenn bedeutende Risiken für das europäische Finanzsystem festgestellt werden, kann der ESRB rechtlich unverbindliche Risikohinweise abgeben. Darüber hinaus kann der ESRB – sofern notwendig – Empfehlungen für konkrete Maßnahmen aussprechen.

### **Österreich rüstet sich gegen allfällige Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung**

Die OeNB analysiert seit Jahren die Entwicklung der Wohnimmobilienfinanzierung. So wurden bereits im Jahr 2003 gemeinsam mit der FMA Mindeststandards für die Neuvergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten (die insbesondere zur Wohnimmobilienfinanzierung dienen) erarbeitet. Durch eine Empfehlung der FMA im Jahr 2008, keine Fremdwährungskredite an private Haushalte ohne Einkommen in der jeweiligen Fremdwährung mehr zu vergeben, wurde die Wohnimmobilienfinanzierung in Österreich konservativer. Die OeNB führte auch im Jahr 2016 bei ausgewählten Banken eine Hypothekarkreditumfrage durch. Die Ergebnisse zeigen, dass die Kreditvergabestandards noch im nachhaltigen Bereich liegen.

Auf Basis von OeNB-Arbeiten empfahl das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) im Juni 2016 die präventive gesetzliche Verankerung von makroprudenziellen Instrumenten im Immobilienkreditbereich, damit die Handlungsfähigkeit der makroprudenziellen Aufsicht auch im Fall steigender Systemrisiken gewährleistet ist. Außerdem forderte das FMSG im September 2016 die Beachtung nachhaltiger Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung (insbesondere konservative Beleihungsquoten; Verschuldungsniveaus, die die Rückzahlungsfähigkeit der Kreditnehmenden auch unter Stressszenarien gewährleisten).

Der makroprudenziellen Aufsicht stehen derzeit primär Instrumente zur Verfügung, die direkt auf die Banken und auf ihre Kapitalausstattung wirken. Um Systemrisiken im Zusammenhang mit dem Wohnimmobilienmarkt zielgerecht begegnen zu können, ist allerdings eine Ausweitung auf kreditnehmerorientierte Instrumente, die Mindestanforderungen an Kreditvergabestandards setzen, notwendig (z. B. die Beleihungsquote, die Schuldendienstquote und die Schuldenquote).

Außerdem hat die OeNB vielfältige Anstrengungen unternommen, die Datenverfügbarkeit

zu verbessern und die Kontakte mit Marktteilnehmern zu intensivieren. Zudem erstellt sie auf Basis von Mikrodaten privater Haushalte Analysen und arbeitet an regionalisierten Wohnimmobilienpreisindizes. Die OeNB wird weiterhin die Entwicklungen genau beobachten und gegebenenfalls Handlungsnotwendigkeiten aufzeigen (siehe Kasten 3).

### **Einführung und regelmäßige Evaluierung makroprudenzieller Kapitalpuffer**

Zur Abfederung von langfristigen, nicht zyklischen systemischen Risiken ist seit 1. Jänner 2016 der von der OeNB vorgeschlagene und vom FMSG empfohlene Systemrisikopuffer in Kraft, der von den betroffenen Banken graduell bis 2019 auf bis zu 2 % aufzubauen ist.<sup>4</sup>

Auf Basis regelmäßiger OeNB-Analysen empfahl das FMSG der FMA den antizyklischen Kapitalpuffer auf 0 % der risikogewichteten Aktiva festzulegen, da kein exzessives Kreditwachstum festzustellen war.

### **OeNB-Teilnahme an Konsultation der Europäischen Kommission zur Überarbeitung des makroprudenziellen Rahmens der EU**

Die OeNB hat in enger Abstimmung mit der FMA und dem BMF eine Stellungnahme zur Konsultation der Europäischen Kommission bezüglich der Überarbeitung des makroprudenziellen Rahmens der EU abgegeben. Ziel der österreichischen Stellungnahme war, auf bestehende Defizite im Rahmenwerk hinzuweisen, die Effizienz und Administration der Prozesse in der makroprudenziellen Aufsicht zu hinterfragen und Lösungsvorschläge zur Hebung von Synergien zu unterbreiten. Außerdem wurden Ergänzungen im makroprudenziellen Instrumentenkasten vorgeschlagen.

Eines der vier Hauptanliegen der österreichischen Stellungnahme zielt auf die Reduktion der Komplexität in der makroprudenziellen Regulierung ab. Weiters wurde auf die Notwendigkeit

<sup>4</sup> *Presseaussendungen des Finanzmarktstabilitätsgremiums vom 1. Juni und 7. September 2015.*



der Stärkung der Effizienz und Treffsicherheit der makroprudenziellen Aufsicht hingewiesen. Zudem sollte der ESRB als zentrale Koordinations- und Informationsplattform für makroprudenzielle Aufsicht gestärkt werden. Das vierte Hauptanliegen der österreichischen Stellungnahme betrifft die Ausweitung der Aktivitäten der makroprudenziellen Aufsicht über den Bankensektor hinaus („beyond banking“). Außerdem wurde die Schaffung einer europäischen Rechtsgrundlage im Zusammenhang mit makroprudenziellen Instrumenten in der Immobilienfinanzierung (wie Beleihungsquote, Schuldenquote etc.) gefordert.

### Integrierte Bankenaufsicht im SSM hat sich bewährt

#### OeNB leistet wesentliche Beiträge zu Aufsichtsarbeiten

Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) zielt darauf ab, die Sicherheit und Zuverlässigkeit des europäischen Bankensystems sowie die Stabilität des Finanzsystems in der EU zu gewährleisten. Die Risikotragfähigkeit der europäischen Banken hat sich in den vergangenen Jahren auch aufgrund verschärfter regulatorischer Vorschriften erhöht. Im Durchschnitt verbesserte sich beispielweise die Kernkapitalquote der Banken im SSM zwischen Mitte 2008 und Mitte 2016 von 9% auf 12,9%.<sup>5</sup>

Die EZB ist seit 4. November 2014 für die Beaufsichtigung der Banken im SSM zuständig und beaufsichtigt direkt die 126 bedeutendsten Bankengruppen (Significant Institutions, SIs) auf die knapp 85% der Gesamtaktiva des Euroraums entfallen.<sup>6</sup> Darunter befinden sich acht Banken<sup>7</sup> aus Österreich; diese umfassen knapp 50% der

konsolidierten heimischen Bankaktiva.<sup>8</sup> In der täglichen Aufsichtspraxis teilen sich die nationalen Aufsichtsbehörden (National Competent Authority, NCA) und die EZB die Aufsichtsarbeit. Ein Großteil der aufsichtlichen Aufgaben verbleibt weiterhin bei den nationalen zuständigen Aufsichtsbehörden. In Österreich sind die FMA und die OeNB weiterhin intensiv mit der laufenden wirtschaftlichen Analyse der Banken, der Durchführung des jährlichen Kapital- und Liquiditätsadäquanzverfahrens, der Analyse von Sanierungsplänen, Vor-Ort-Prüfungen, der laufenden Modellaufsicht und Modellvalidierung, der Bearbeitung von Anträgen der Banken sowie der Vorbereitung von aufsichtlichen Entscheidungen befasst, da die heimischen Aufseher über regionales Spezialwissen verfügen.

Die unmittelbare Beaufsichtigung über die weniger bedeutenden Banken (Less Significant Institutions, LSIs) verbleibt hingegen bis auf wenige Ausnahmen<sup>9</sup> bei der jeweils zuständigen nationalen Aufsichtsbehörde. Die Intensität der Beaufsichtigung hängt von der systemischen Bedeutung und vom Risikoprofil des jeweiligen LSIs ab (Grundsatz der Proportionalität). Im SSM gibt es ungefähr 3.100 LSIs. Österreich rangiert mit knapp 500 LSIs<sup>10</sup> nach Deutschland an zweiter Stelle, an dritter Stelle folgt Italien. Die OeNB ist zusammen mit der FMA sehr stark in die operative Aufsichtsarbeit im Bereich der LSIs eingebunden. Sie ist für die gesamte Einzelbankanalyse und für die Durchführung sämtlicher Vor-Ort-Prüfungen zuständig. Der Schwerpunkt

#### „beyond banking“

In der makroprudenziellen Aufsicht bedeutet „beyond banking“, den Fokus der Analyse und der Instrumente über den Bankensektor hinaus auf den Nichtbankensektor, wie etwa den Versicherungsektor oder die Pensions- und Investmentfonds, zu legen. Grund für die Ausweitung ist die steigende Bedeutung dieser Akteure für die Finanzmarktstabilität.

<sup>5</sup> Quelle: SSM, Stand 30. September 2016. Details zum österreichischen Bankensektor siehe Abschnitt „Österreichische Banken stellen sich den Herausforderungen des wirtschaftlichen Umfelds“.

<sup>6</sup> Stand 15. November 2016. Die aktuelle Liste der SIs findet sich auf der Website der EZB.

<sup>7</sup> Erste Group Bank AG, Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, Raiffeisenbankengruppe OÖ Verbund eGen, Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien reg.Gen.m.b.H., Promontoria Sacher Holding N.V. („BAWAG P.S.K.“), Volksbank Wien AG, Sberbank Europe AG, VTB Bank (Austria) AG.

<sup>8</sup> Gemeinsam mit UniCredit Bank Austria AG, die über ihr italienisches Mutterinstitut am SSM teilnimmt, werden knapp 60% der heimischen Bankenaktiva direkt durch die EZB beaufsichtigt.

<sup>9</sup> Erteilung und Entzug von Konzessionen; Beurteilung von Erwerb und Entzug von Beteiligungen.

<sup>10</sup> Bedingt durch die spezielle Struktur des Raiffeisensektors, der sehr viele kleine, lokal tätige Banken umfasst.

dieser Prüfungen lag in der Beurteilung des Kreditrisikos sowie des Gesamtbankrisikomanagements. Zudem wurden erstmals Prüfungen bei Einlagensicherungseinrichtungen in Österreich durchgeführt.

Der Schwerpunkt der Zahlungssystemaufsicht lag 2016 auf der Prüfung der wichtigsten

#### **Institute mit hoher Priorität (high priority LSIs)**

Im SSM werden auch die LSIs auf Basis von Größe, Struktur, Risiken sowie Art und Komplexität des Geschäftsmodells in Kategorien (hohe, mittlere, niedrige Priorität) eingeteilt. Die Einstufung der LSIs wirkt sich unmittelbar auf die Aufsichtsintensität sowie auf den Umfang der Berichterstattungs- und Beaufsichtigungsverpflichtungen der nationalen Aufsichtsbehörden gegenüber der EZB aus. In Österreich werden acht österreichische Banken unter „high priority“ eingestuft.

österreichischen Finanzmarktinfrastrukturen zur Abwicklung von Interbankzahlungen und von Wertpapiertransaktionen. Die Aufsicht wird durch technologische Innovationen und neue Anbieter vor neue Herausforderungen gestellt. Mit der novellierten Zahlungsdienste-Richtlinie (Payment Services Directive 2) wird

eine angepasste Aufsichtsgrundlage geschaffen, die die Sicherheit bei Zahlungsdiensten erhöht.

#### **Gute Fortschritte bei der Annäherung der Aufsichtspraktiken und -prozesse**

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten im SSM zahlreiche Maßnahmen zur weiteren Harmonisierung der Aufsichtsprozesse und zur Förderung einer gemeinsamen Aufsichtskultur umgesetzt werden.

#### **Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess – SREP**

Zu den wichtigsten aufsichtlichen Aktivitäten des SSM zählt die jährliche Durchführung des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) und die damit zusammenhängende Vorschreibung bankspezifischer Kapitalquoten. Die SREP-Kapitalvorgabe spiegelt unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs und der Komplexität der Aktivitäten einer Bank das erforderliche Minimum zur Gesamtrisikodeckung wider. Sollte die SREP-Entscheidung

für LSIs über die gesetzlich vorzuhaltende Mindesteigenmittelquote (Säule 1) hinausgehen, dann ist ein Kapitalzuschlag (Säule 2), der in eine Anforderung („Pillar 2-Requirement“) und eine Empfehlung („Pillar 2-Guidance“) unterteilt wird, zu verhängen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die SREP-Methodik zur Kapitalfestsetzung für 2016 verfeinert und soll auch in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden. Aus den Ergebnissen des SREP geht hervor, dass die Kapitalvorgaben für die acht österreichischen LSIs für das Jahr 2017 im Vergleich zum vorangegangenen SREP weitgehend stabil bleiben.

Mit der Umsetzung der EBA-Leitlinien zu Jahresbeginn haben sich FMA und OeNB verpflichtet, auch die LSIs nach der SREP-Methodologie einheitlich zu bewerten und zu überprüfen. Vor diesem Hintergrund wurde zur Sicherstellung einheitlicher Aufsichtsprozesse und gleicher Wettbewerbsbedingungen eine harmonisierte SREP-Methodik für LSIs erarbeitet. OeNB und FMA konnten bisher für 18 Banken ihre SREP-Analysen abschließen. Die ersten Bescheide ergingen im Jänner 2017.

#### **Einheitliche Nutzung der im Unionsrecht eröffneten Optionen und Ermessensspielräume**

Das Projekt zur Harmonisierung nationaler Wahlrechte und Ermessensspielräume (Options and National Discretions, ONDs), die das Unionsrecht den nationalen Aufsichtsbehörden bei der Auslegung einzelner Aufsichtsbestimmungen einräumt, wurde im Sommer 2016 abgeschlossen.<sup>11</sup> Die Harmonisierung von Aufsichtsregeln wurde auf die LSIs ausgedehnt und soll im ersten Quartal 2017 abgeschlossen werden.

#### **EBA-Stresstest brachte für die beiden teilnehmenden österreichischen Banken die erwarteten Ergebnisse**

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlichte am 29. Juli 2016 die Ergebnisse ihres Stresstests. Unter den 51 bedeutendsten grenzüberschreitend tätigen Banken des Euro-

<sup>11</sup> Insgesamt wurden 130 ONDs festgestellt, deren einheitliche Ausübung durch die EZB in einer Verordnung und einem Leitfaden geregelt ist.

päischen Wirtschaftsraums, die einer strengen Stresssimulation unterzogen wurden, befanden sich auch Erste Group Bank AG sowie Raiffeisen Zentralbank Österreich AG.<sup>12</sup> Im Gegensatz zu früheren Stresstests gab es keinen offiziellen Schwellenwert für das Bestehen der Übung. Die Ergebnisse des Stresstests wurden von der Aufsicht im Rahmen ihrer SREP-Analyse mitberücksichtigt.

### Schaffung effizienterer Entscheidungsstrukturen

Zur Bewältigung der hohen Anzahl von Beschlussvorlagen können ab Frühjahr 2017 Entscheidungsbefugnisse im Hinblick auf die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit von Mitgliedern des Leitungsorgans und von Inhabern von Schlüsselpositionen und im Falle von Änderungen im Größenkriterium vom Aufsichtsgremium (Supervisory Board, SB) an das EZB-Management übertragen werden.

### Regulatorische Maßnahmen als Antwort auf die Finanzkrise vor Abschluss

Die Europäische Kommission präsentierte Ende November ein umfassendes Reformpaket mit dem Ziel, die als Reaktion auf die Finanzkrise vorgeschlagenen regulatorischen Maßnahmen weitgehend abzuschließen.<sup>13</sup> Die weitreichenden Vorschläge umfassen beispielsweise die Ausräumung von Schwachstellen und Ergänzungen in Rechtsakten betreffend Eigenkapital<sup>14</sup> und Abwicklung.<sup>15</sup> Darüber hinaus sollen diese durch bisher noch in Umsetzung stehende Maßnahmen ergänzt werden. Dazu zählen die Vorgaben des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Einhaltung einer verbindlichen Verschuldungsquote (Leverage Ratio, LR) sowie jene zur Aufrechterhaltung einer stabilen Refinanzierungsstruktur (Net Stable Funding Ratio, NSFR). Schließlich sollen

Konzepte zur Verlusttragung im Abwicklungsfall (siehe Kasten 7), die sich aus den Empfehlungen des Finanzstabilitätsrats bzw. aus dem korrespondierenden EU-Abwicklungsregelwerk ergeben, umgesetzt werden. Der damit initiierte Gesetzgebungsprozess wird 2017 eine intensive Einbindung und Begleitung durch die OeNB erfordern.

### Aufsichtliche Arbeitsschwerpunkte

Die europäische Bankenaufsicht fokussiert sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte: (i) Geschäftsmodelle und Bestimmungsfaktoren der Ertragskraft, (ii) Kreditrisiko mit Schwerpunkt auf NPLs und Konzentrationsrisiken sowie (iii) Risikomanagement. Zur Stärkung der Glaubwürdigkeit der internen Modelle werden diese einer gezielten Überprüfung (Targeted Review of Internal Models, TRIM) unterzogen.

### Einheitliches Europäisches Einlagensicherungssystem weiterhin in Diskussion

Mittlerweile sind zwei (Einheitliche Bankenaufsicht, Einheitliche Abwicklung) der drei Säulen der Bankenunion vollständig umgesetzt. Die Europäische Kommission hat zwar im November 2015 einen Vorschlag für die dritte Säule, das einheitliche Europäische Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS), veröffentlicht, doch stößt dieser Vorschlag bei einigen EU-Mitgliedstaaten auf erheblichen Widerstand. Bis zur endgültigen Umsetzung von EDIS kommt den gemäß Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG) aufgestellten nationalen Einlagensicherungssystemen eine zentrale Rolle zu. Einleger genießen gemäß diesen Vorschriften einen Schutz ihrer jeweiligen Einlagen bis zur maximalen Höhe von 100.000 EUR pro Bank.

<sup>12</sup> Mittlerweile wurde das Spitzeninstitut des Raiffeisensektors, RZB, mit der börsennotierten Osteuropatochter RBI verschmolzen.

<sup>13</sup> Davon unberührt sind die im Rahmen der „Basel III-Rekalibrierung“ erarbeiteten und zum Teil noch in Diskussion stehenden Vorschläge: überarbeiteter Standardansatz für Kreditrisiko, Überarbeitung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA), Einführung einer Untergrenze für interne Modelle („Output Floor“), neuer Standardansatz für operationelle Risiken.

<sup>14</sup> Eigenkapitalrichtlinie (CRD – Capital Requirements Directive), Eigenkapitalverordnung (CRR – Capital Requirements Regulation).

<sup>15</sup> Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Banking Recovery and Resolution Directive) und Verordnung zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-VO; SRM-R – Single Resolution Mechanism Regulation).

## TLAC/MREL – Konzepte zur Erhöhung der Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit sowie Gläubigerbeteiligung („Bail-in“) im Rahmen der Abwicklung

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass insbesondere systemrelevante und grenzüberschreitend tätige Banken mit finanziellen Schwierigkeiten nicht in Insolvenz hätten geschickt werden können, ohne dabei möglicherweise die Stabilität des Finanzmarkts zu gefährden. Daher mussten diese Banken angesichts fehlender einheitlicher Regeln und Instrumente für einen geordneten Marktaustritt („Abwicklung“) mit dem Einsatz öffentlicher Gelder gerettet werden. Als Antwort darauf wurde ein einheitlicher Abwicklungsrahmen (Single Resolution Mechanism, SRM)<sup>1</sup> mit zentralisiertem europäischem Entscheidungs- und Finanzierungsmechanismus eingerichtet, der seit 1. Jänner 2016 den SSM ergänzt.

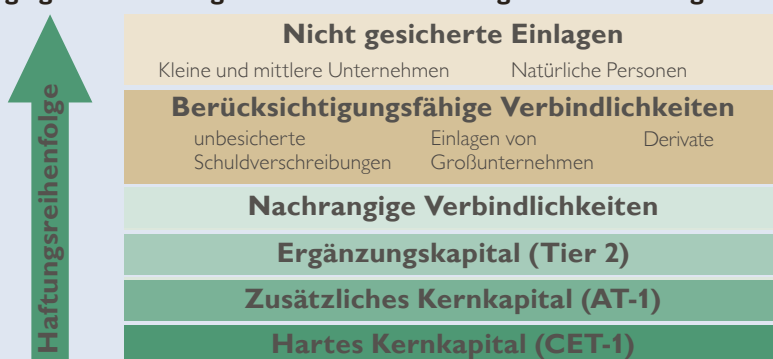
Das neue Abwicklungssystem soll auch sicherstellen, dass im Fall eines Zusammenbruchs einer systemrelevanten Bank in erster Linie die Anteilseigner und die Gläubiger die Abwicklungskosten tragen („Bail-in“). Für den Fall, dass die Abwicklungskosten nicht gänzlich durch diese Maßnahmen gedeckt werden können, kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auf die Mittel aus dem Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) zurückgegriffen werden. Der SRF befindet sich noch bis Ende 2023 in der Aufbauphase und soll im Endausbau mit voraussichtlich 55 Mrd EUR dotiert sein.<sup>2</sup>

Das Financial Stability Board (FSB) präsentierte mit TLAC (Total Loss Absorbing Capacity) ein Konzept zur Messung der Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit für global systemrelevante Banken, um damit deren Abwicklungsfähigkeit, die Aufrechterhaltung kritischer Funktionen und gegebenenfalls die Fortführung überlebensfähiger Unternehmensteile sicherzustellen. Auf europäischer Ebene wurde im Rahmen der Abwicklung (BRRD, SRM) ein ähnliches Konzept zur Festlegung einer Mindestquote an vorzuhaltendem Kapital und Verbindlichkeiten, MREL (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities), entwickelt. Im Unterschied zur TLAC ist die Anwendung der MREL für alle Banken in der EU verpflichtend. Beide Konzepte verfolgen das Ziel, dass Banken im Abwicklungsfall adäquat kapitalisiert sind. Banken sollen über ein ausreichendes Maß an Fremdkapital verfügen, das verlässlich und rechtssicher herabgeschrieben bzw. in Eigenkapital umgewandelt werden kann (Bail-in, Gläubigerbeteiligung), damit die Inanspruchnahme öffentlicher Finanzmittel möglichst vermieden wird.

Die Höhe der zu haltenden MREL ist von der jeweiligen Bank abhängig und wird individuell von der Abwicklungsbehörde festgesetzt. Die Vorschläge zu TLAC müssen noch in europäisches Recht umgesetzt werden. Die Europäische Kommission hat zum Zusammenspiel zwischen TLAC und MREL bereits einen Vorschlag unterbreitet, der derzeit diskutiert wird.

Die mit der Abwicklung betrauten Abwicklungsbehörden haben umfangreiche Befugnisse und können beispielsweise mit dem Instrument des „Bail-in“ anordnen, dass Verbindlichkeiten<sup>3</sup> in Eigenkapital umgewandelt oder herabgeschrieben werden. Die diesem „Bail-in“ unterliegenden Finanzinstrumente nehmen nach einer gesetzlich vorgegebenen Reihenfolge (Haftungskaskade) an der Verlusttragung teil. Dabei gilt, dass eine untere Klasse erst nach vollkommener Ausschöpfung der ihr vorstehenden Klasse herangezogen werden darf. Innerhalb einer Klasse sind die Gläubiger jedenfalls gleich zu behandeln („Pari-passu-Prinzip“). Zudem gilt das „No-Creditor-Worse-Off-Prinzip“, wonach in einem Abwicklungsverfahren kein Gläubiger schlechter gestellt werden darf als in einem Konkursverfahren. Sollte das Prinzip durchbrochen werden, sind die Betroffenen in Höhe des erlittenen Schadens durch Mittel aus dem Abwicklungsfonds zu entschädigen.

### Haftungsreihenfolge gemäß Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG)



<sup>1</sup> Der SRM basiert auf zwei Gesetzgebungsakten, die die Abwicklungs- und Sanierungsprozesse harmonisieren und effizienter gestalten: Verordnung zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Banken.

<sup>2</sup> Der SRF wird seit 1. Jänner 2016 durch finanzielle Beiträge der Banken gespeist, wobei sich die individuelle Beitragshöhe auf Basis der Größe und des Risikoprofils des jeweiligen Kreditinstituts errechnet. Zu Beginn der Aufbauphase ist der SRF noch in nationale Kammern unterteilt. Er wird schrittweise bis 2024 zu einem einheitlichen Fonds zusammengeführt.

<sup>3</sup> Ausgenommen vom „Bail-in“ sind insbesondere durch Einlagensicherungssysteme geschützte Einlagen, besicherte Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Beschäftigten.

## Leistungsfähiges Statistikangebot für Österreichs Bevölkerung und Wirtschaft

Offizielle Wirtschafts- und Finanzstatistiken unterstützen in vielen Bereichen Bevölkerung und Wirtschaftstreibende sowie bei politischen Entscheidungsprozessen. Sie beeinflussen Investitionsentscheidungen, haben Auswirkungen auf Börsenkurse, sind Basis für die Ausgestaltung wirtschaftspolitischer Programme und ermöglichen fundierte Entscheidungen rund um das Sparen und Veranlagen, den Abschluss von Kreditverträgen oder die Wahl der Wohnform. Zuverlässige Wirtschafts- und Finanzstatistiken sind damit unverzichtbar für alle Teile der Gesellschaft.

Die OeNB trägt diesem – im Verlauf der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise nochmals deutlich gestiegenen – Informationsbedarf mit zahlreichen Produkten und Leistungen Rechnung. Mehr als 300 auf der OeNB-Webseite verfügbare statistische Tabellen bieten aktuelle wie auch historische Daten zu Zinssätzen und Wechselkursen, zum Finanzverhalten privater Haushalte und Unternehmen, zu Zahlungsmitteln oder internationalen Finanzströmen. Eine Smartphone-App richtet sich an mobile Nutzer dieses Services.

Eine Reihe regelmäßig oder anlassbezogen erscheinender statistischer Berichte und Analysen stellt zusätzliche spezifische Informationen zu Wirtschaftsgeschehnissen bereit. Die Statistik-Hotline der OeNB beantwortet auch telefonisch Fragen rund um das Datenangebot.

Gleichzeitig stellt die OeNB nationalen wie auch internationalen Organisationen im Rahmen verpflichtender Lieferprogramme eine Vielzahl von Statistiken zur Verfügung. Zu den Adressaten zählen europäische Institutionen wie EZB und Eurostat, internationale Organisationen wie IWF oder BIZ ebenso wie Behörden des SSM, des Systems der Bankenaufsicht in Europa.

Ein leistungsfähiges nationales, gleichzeitig aber auch reibungslos in den Euroraum integriertes Statistiksistem, das auf moderne IT-Infrastruktur sowie gut ausgebildete Fachkräfte zurückgreifen kann, ist Voraussetzung für diese in Umfang und Qualität zunehmend anspruchsvollen Lieferverpflichtungen.

### Wesentliche Neuerungen innerhalb der Aufsichtsstatistik

Im Jahr 2016 unterstützte der Statistikbereich aktiv alle Weiterentwicklungen im Rahmen des SSM. Er lieferte damit einen wertvollen Beitrag zur Sicherheit und Zuverlässigkeit des europäischen Bankensystems sowie zur Stabilität des Finanzsystems in der EU. So wurden etwa die laufenden operativen Meldeprozesse europaweit harmonisiert. Dazu zählte die Etablierung von Standards in der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralbanken bzw. Aufsichtsbehörden und der EZB im Bereich Datenvalidierung bzw. Datenweiterleitung.

Gleichzeitig wurden für diverse Aufsichtszwecke Ad-hoc-Datenanfragen der EZB, der EBA, des Single Resolution Board sowie der österreichischen FMA durchgeführt, die nicht im regulären statistischen Meldewesen abgedeckt sind. Dazu zählen ein Pilotprojekt zu Ad-hoc-Datenabfragen des SSM, die Impact Studies der EBA zu Basel III, Anfragen für Zwecke der Einlagensicherung sowie für die Evaluierung eines zukünftigen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) im Rahmen des SSM.

Darüber hinaus wurden neue harmonisierte Meldevorgaben des SSM im Bereich Financial Reporting (FinRep) umgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde ein Mapping unterschiedlicher nationaler Rechnungslegungsstandards auf ein einheitliches internationales Meldeformat fertiggestellt.

Des Weiteren kam es zu einer Anpassung von Meldeanforderungen der EBA und EZB im Bereich FinRep an die künftigen internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS9), die Ansatz und Bewertung von Finanzinstrumenten regeln sollen. Die OeNB arbeitete intensiv an der Weiterentwicklung des einheitlichen europäischen Meldewesens mit (European

#### Financial Reporting (FinRep)

Bei den FINREP-Meldungen handelt es sich um eine standardisierte bzw. auf europäischer Ebene harmonisierte Erhebung von Finanzdaten (Bilanz, Ertragslage, Wertberichtigungen, notleidende Kredite etc.). Ursprünglich war diese Meldung ausschließlich für die Übermittlung von konsolidierten Konzernabschlüssen nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften vorgesehen. Im Rahmen des SSM wurde die Meldepflicht jedoch auch auf die Übermittlung von Konzern- bzw. Einzelabschlüssen nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften erweitert.

Reporting Framework – ERF) und übernahm auch Führungsverantwortung in der entsprechenden Arbeitsgruppe.

Auf dem Gebiet der Bonitätsbeurteilung (Common Credit Assessment System – CoCAS) wurden neue Bestimmungen für die Identifikation und Zählweise von Ausfällen in der Kalibrierung und Validierung von Ratingsystemen entwickelt.

### **Fortschritte in der Umsetzung des integrierten Datenmodells**

Im Zuge des Projekts Start II wurde neben der Neukonzeption der IT-Systeme in der Statistik auch beschlossen, das zugrunde liegende Datenmodell für meldepflichtige Banken neu zu gestalten, um in Zukunft bei steigenden Datenanforderungen flexibler und kostengünstiger reagieren bzw. eine möglichst hohe Konsistenz zwischen allen Endprodukten gewährleisten zu können.

Eine effiziente Kommunikation mit den Banken bei der Weiterentwicklung des Meldewesens spart in späterer Folge viel Zeit für Erklärungen und Nachbearbeitungen. Die strategische und inhaltliche Zusammenarbeit mit den Banken erfolgt seit 2014 im Rahmen des Standing Committee (SCom). 2016 konnten im Rahmen des SCom deutliche Fortschritte bei der Entwicklung des für das gemeinsame Meldewesen zentralen Datenmodells erzielt werden. Im Juni 2016 erzeugten aus diesem Datenmodell die meisten betroffenen Banken die Aufsichtsmeldung „FinRep solo“. Im Oktober wurde daraus die EZB-Monetärstatistik erstmals produktiv generiert. Sie wird von der EZB hauptsächlich für die Ableitung von geldpolitischen Informationen und andere Analysezwecke verwendet. Damit wurde in Österreich eine zukunftsichere Lösung gewählt, die auch im Eurosystem beispielhaft ist.

Auch bei der 2016 eingeführten EZB-Versicherungsstatistik werden Melder durch Synergien mit Aufsichtsdaten entlastet, was den analytischen Nutzen der Daten erheblich steigert. Basis für die Neuaufstellung dieser Statistik war die Solvency II-Richtlinie der EU, mit der das euro-

päische Versicherungsaufsichtsrecht grundlegend reformiert wurde.

### **Projekt Elektronische Nichtfinanzielle Daten (END)**

Das gesamte österreichische Kreditwesen – wie auch die OeNB – erfasst Jahresabschlüsse gegenwärtig manuell, da sie beinahe ausschließlich im PDF-Format oder in Papierform vorliegen – ein sowohl aus betriebs- als auch aus volkswirtschaftlicher Sicht verbesserungswürdiger Umstand. Das Projekt END soll nun Wege zur Optimierung der Bereitstellung von Jahresabschlüssen analysieren.

Zusammen mit der Wirtschaftskammer Österreich, der Industriellenvereinigung, der Statistik-Austria, der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und dem Bundesministerium für Justiz u. a. hat sich die OeNB das Ziel gesetzt, über dieses Projekt vollständige handelsrechtliche Jahresabschlüsse in einem standardisierten elektronischen Format für das Firmenbuch bereitstellen zu können. Im Ergebnis soll eine Kostenersparnis für Unternehmen und Verwaltung erzielt werden.

### **Österreich tritt dem IWF-Datenstandard SDDS Plus bei**

Österreich ist am 10. Jänner 2017 dem Datenstandard SDDS Plus (Special Data Dissemination Standard Plus) – des IWF – beigetreten und erfüllt damit eine Reihe strenger Vorgaben für Erstellung, Verbreitung und Dokumentation von statistischen Daten.

Verlässliche, rasch verfügbare und international vergleichbare Statistiken sind ein unerlässlicher Wegweiser durch das zunehmend globalisierte und komplexe Wirtschaftsgeschehen unserer Zeit. Der Beitritt zum SDDS Plus dokumentiert den hohen Entwicklungsgrad und die Transparenz des statistischen Systems, woraus ein wertvoller Beitrag für die Attraktivität eines Wirtschafts- und Finanzplatzes resultiert. Österreich befindet sich in einem kleinen Kreis von weltweit nur dreizehn Ländern, die diesem inter-

national derzeit anspruchsvollsten Qualitätsstandard gerecht werden können. Der SDDS Plus wurde als Reaktion auf die 2007 einsetzende Wirtschafts- und Finanzkrise geschaffen und richtet sich insbesondere an jene Länder, deren Finanzmärkte infolge ihrer Größe und/oder – wie im Fall Österreichs – ihrer internationalen Vernetzung für das globale Finanzsystem von Bedeutung sind.

Zusätzlich zu den schon geltenden Vorgaben des SDDS, dem Österreich bereits 1996 beitrug, fordert der SDDS Plus umfangreiche Datenlieferungen in neun weiteren Kategorien wie etwa Indikatoren zur Stabilität des österreichischen Finanzsektors oder Informationen zu grenzüberschreitenden Finanztransaktionen. Die neuen Indikatoren betreffen sowohl real- als auch finanzwirtschaftliche Statistiken und richten sich an eine Reihe österreichischer Statistikersteller, die ihre Meldungen ab nun unter der Koordination der OeNB verbindlich an den IWF zu melden haben.

### 30 Jahre Zentrales Kreditregister (ZKR)

Das Zentrale Kreditregister (ZKR, vormals Großkreditevidenz, GKE) bedient bereits heute

viele Anwendungsfelder. Liegen Forderungen bzw. Forderungsrahmen gegenüber einem Kreditnehmenden zum Monatsultimo bei bzw. über 350.000 EUR, wird die Meldepflicht ausgelöst. Neben den verschiedenen Rückmeldeschienen an die Melder werden die Daten von bzw. für Aufsicht, Statistik, Geldpolitik, Volkswirtschaft, Finanzmarktstabilität, Risikokontrolle und Sicherheitenmanagement genutzt.

Für die Zukunft verspricht das EZB-Projekt AnaCredit (Analytical Credit Dataset) eine Ausweitung und zugleich Harmonisierung der Meldedaten: Ab September 2018 werden von Kreditinstituten innerhalb des Euroraums Einzelkreditdaten ab einer Meldegrenze von 25.000 EUR erhoben. National soll mittels integrierter Erhebung auf Basis des zentralen Datenmodells der User-Nutzen maximiert und Redundanzen minimiert werden.

#### Zentrales Kreditregister (ZKR)

Das ZKR erfasst Obligo- und Risikoinformationen von Forderungen und Bonitätseinstufungen österreichischer Kredit- und Finanzinstitute sowie Vertragsversicherungen gegenüber in- und ausländischen Kreditnehmenden. Die Idee zur Errichtung einer zentralen Auskunftsstelle für Banken, die es ihnen ermöglicht, sich über die Gesamtverschuldung von Kreditnehmenden zu informieren, hat ihren Ursprung in den 1960er-Jahren. 1979 schuf das Kreditwesengesetz (KWG) eine solide rechtliche Basis für eine Großkreditevidenz (GKE). Im Jahr 1986 wurde mit einer Novelle des Kreditwesengesetzes die Funktion einer Großkreditevidenzstelle an die OeNB übertragen.



200 Jahre OeNB: Empfang im Wiener Rathaus

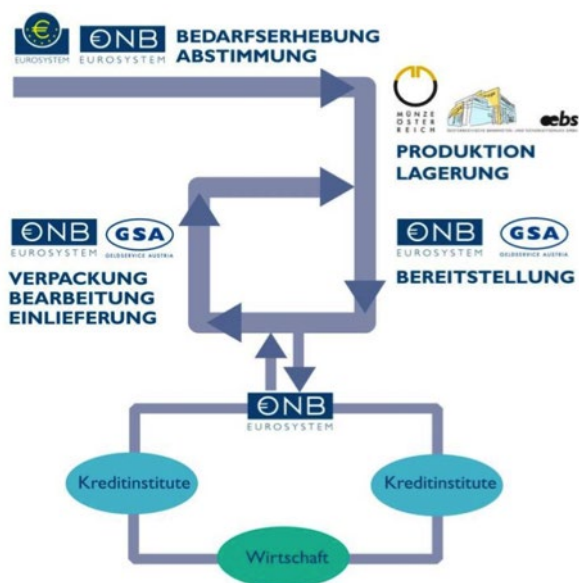


## Vorstellung der vierten Banknote der Europa-Serie und Migration des österreichischen Finanzplatzes auf T2S

### Die Rolle der OeNB im Bargeldkreislauf

Die OeNB gewährleistet in Zusammenarbeit mit ihren Zweiganstalten und Tochterunternehmen, der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS), der Münze Österreich Aktiengesellschaft (MÜNZE) und der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination GmbH (GSA), eine effiziente und sichere Bargeldversorgung. Zu dieser Kernaufgabe der OeNB gehört die Planung und Produktion ebenso wie die Bereitstellung, sichere Lagerung und ausreichende Reservehaltung des Bargelds. Somit nimmt die OeNB im Bargeldkreislauf Österreichs eine Schlüsselposition ein.

Mit ihren umfassenden Erfahrungen im Bereich Bargeldorganisation konnte sich die OeNB angesichts der internationalen Bedeutung des Euro auch über die Grenzen Österreichs hinaus als „Bargelddrehscheibe“ etablieren. Durch die Geschäftstätigkeit einiger österreichischer Banken in CESEE-Ländern, in denen der Euro zwar noch nicht offizielles Zahlungsmittel ist, häufig jedoch für Zahlungen und Wertaufbewahrung verwendet wird, ist die OeNB ein wichtiger Partner für diese Nachbarländer geworden.



### Neue 50-Euro-Banknote vorgestellt

Am 5. Juli 2016 wurde die vierte Banknote der Europa-Serie vorgestellt. Die Ausgabe der neuen 50-Euro-Banknote startet am 4. April 2017. Das Design wurde – wie schon bei der 5-, 10- und 20-Euro-Banknote der Europa-Serie – modernisiert und die bekannten Sicherheitsmerkmale analog zur 20-Euro-Banknote technisch aufgerüstet.

Im Rahmen der Einführung der Banknoten der Europa-Serie legt die OeNB besonderen Wert darauf, die Bevölkerung über Innovationen bei Sicherheitsmerkmalen und Bargeldsicherheit zu informieren. So bestand bereits im Sommer 2016 im Rahmen der österreichweiten Euro-Bus-Tour die Gelegenheit, sich vorab mit den Sicherheitsmerkmalen der neuen 50-Euro-Banknote vertraut zu machen.

Ein weitere Maßnahme betrifft die umfassende Information über den Auf- und Umrüstungsbedarf für Hersteller von Banknotenbearbeitungsgeräten und deren Nutzer (Banken, Automatenbranche, Handel und Werttransportfirmen), damit sie rechtzeitig die notwendigen Schritte für Änderungen an den Geräten durchführen können. In diesem Zusammenhang stellt die OeNB bereits seit Juli 2016 die neue 50-Euro-Banknote für Testzwecke zur Verfügung.

### Nachfrage nach Bargeld weiter gestiegen

Der Euro-Bargeldumlauf (inkl. Münzen) belief sich Ende 2016 auf 1.153,1 Mrd EUR. Dies entspricht einer Steigerung von 3,9 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Einerseits ist Bargeld in den Ländern des Euroraums weiterhin ein wichtiges Zahlungsmittel, andererseits ist der kontinuierliche Anstieg auch auf die zunehmende Bedeutung des Euro als internationale Reservewährung zurückzuführen. Rund ein Viertel des wertmäßigen Euro-Banknotenumlaufs entfällt schätzungsweise auf Länder außerhalb

### Fortsetzung der Europa-Serie

Am 2. Mai 2013 begann die Ausgabe der Banknoten, die im Design der neuen Europa-Serie gestaltet sind. Nach der erfolgreichen Einführung der neuen 5-, 10- und 20-Euro-Banknote wurde am 5. Juli 2016 die neue 50-Euro-Banknote vorgestellt. Sie wird am 4. April 2017 in Umlauf gebracht.

Die neue 50-Euro-Banknote zeigt weiterhin das bekannte Design „Zeitalter und Stile“, ihre Optik wurde aber modernisiert. Wie die 20-Euro-Banknote erhält sie dieselben leicht zu überprüfenden Sicherheitsmerkmale: das Porträt-Wasserzeichen, die Smaragdzahl und das durchsichtige Porträt-Fenster mit dem Abbild der mythologischen Gestalt Europa, der Namensgeberin der neuen Banknoten-Serie. Das Eurosystem setzt damit abermals einen wichtigen Schritt in Richtung Fälschungssicherheit. Die Echtheitsprüfung kann wie gewohnt mit FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN ohne technische Hilfsmittel durchgeführt werden.

Die übrigen Stückelungen der Europa-Serie werden in den nächsten Jahren eingeführt. Basierend auf der EZB-Rats-Entscheidung vom 4. Mai 2016 endet die Europa-Serie mit der Ausgabe der 200-Euro-Banknote. Die 500-Euro-Banknote wird mit Ende 2018 nicht mehr ausgegeben, bleibt jedoch weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel.



des Euro-Währungsgebiets, hauptsächlich auf Nachbarregionen des Euroraums.<sup>1</sup>

Grafik 22 stellt die Entwicklung der Nachfrage nach einzelnen Stückelungen der Euro-Banknoten dar. Von den sieben Stückelungen sind vor allem Banknoten mit niedrigem und mittlerem Nennwert, die normalerweise über Geldautomaten ausgegeben werden, bei täglichen Zahlungen am geläufigsten. Es zeigt sich, dass die 50-Euro-Banknote mit 9,2 Mrd Stück im Euroraum die wichtigste Banknote darstellt. Sie wird sowohl im täglichen Zahlungsverkehr als auch für Bargeldhortung verwendet. An Bedeutung gewonnen hat die 100-Euro-Banknote, nicht zuletzt aufgrund der EZB-Rats-Entscheidung vom 4. Mai 2016, die 500-Euro-Banknote nicht mehr zu produzieren und ab Ende 2018 nicht mehr auszugeben. Die 500-Euro-Banknote wird aber weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel bleiben.

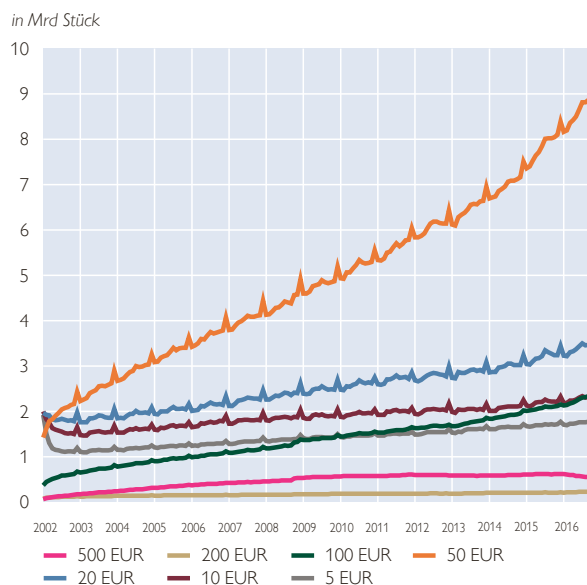
Die in Umlauf befindlichen 500-Euro-Banknoten behalten weiterhin ihre Gültigkeit und können zeitlich unbefristet bei den nationalen Zentralbanken des Eurosystems umgetauscht werden.

Da es im gemeinsamen Währungsraum nicht mehr möglich ist, exakte Umlaufzahlen der ein-

zelnen Länder zu ermitteln, schätzt die OeNB den österreichischen Bargeldumlauf auf Basis von Erstausgabemengen, tatsächlichen Einlieferungen, Banknotenbearbeitung außerhalb der OeNB/GSA sowie Informationen aus dem Banknotengroßhandel. Aktuellen Schätzungen der

Grafik 22

### Gesamter Euro-Bargeldumlauf nach Stückelung



<sup>1</sup> Siehe dazu EZB. 2011. *The International Role of the Euro*. European Central Bank. Juli.

OeNB zufolge befinden sich Banknoten im Wert von etwa 28,6 Mrd<sup>2</sup> EUR in Österreich im Umlauf.

OeNB und GSA haben im Jahr 2016 insgesamt 1,48 Mrd Stück Banknoten an Banken ausgeliefert und 1,6 Mrd Stück Banknoten bzw. 2,2 Mrd Stück Münzen aus dem Bargeldkreislauf zur Bearbeitung erhalten.

Rückgelieferte Banknoten werden durch die OeNB gemeinsam mit der GSA bearbeitet und nach Echtheits- und Qualitätsprüfung wieder für den Bargeldkreislauf zur Verfügung gestellt. Damit sorgt die OeNB für eine hohe Umlaufqualität des Euro-Bargelds und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Bargeldsicherheit in Österreich. Fälschungen können dadurch schnell und effizient aus dem Umlauf gezogen werden.

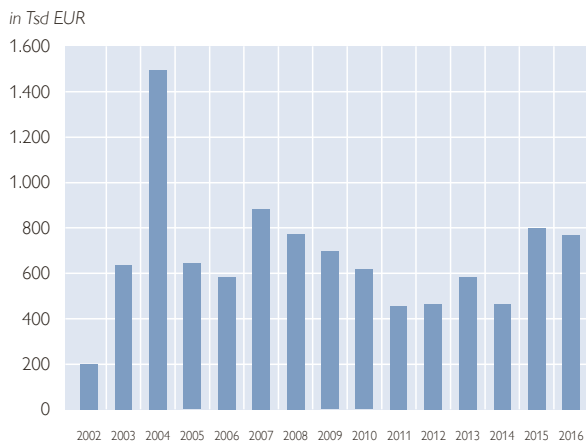
### Falschgeldaufkommen in Österreich weiterhin gering

In Österreich wurden im Jahr 2016 insgesamt 12.234 Stück Fälschungen von Banknoten aus dem Umlauf sichergestellt. 2015 waren es noch 14.502 Stück. Europaweit ist die 50-Euro-Banknote der ersten Serie mit 42,5 % die am häufigsten gefälschte Banknote. Gemeinsam mit der 20-Euro-Banknote ist sie in Europa für rund 90 % des Falschgeldaufkommens 2016 verantwortlich. In Österreich bietet sich ein ähnliches Bild. Hier machen 50- und 20-Euro-Banknoten rund 74 % aller Fälschungen aus.

Der Schwerpunkt des österreichischen Falschgeldaufkommens lag mit rund 43 % unverändert im Ballungsraum Wien. Insgesamt beträgt 2016 der durch Falschgeld verursachte Schaden 768.515 EUR, gegenüber 798.440 EUR im Jahr 2015 (Grafik 23). Der Anteil Österreichs am gesamten Fälschungsaufkommen im Euroraum blieb mit 1,79 % wie in den Vorjahren relativ niedrig. Für Privatpersonen in Österreich besteht nach wie vor nur eine geringe Wahrscheinlichkeit, mit Falschgeld in Berührung zu kommen. Mittels der einfachen Prüfschritte FÜHLEN –

Grafik 23

### Finanzieller Schaden durch Euro-Fälschungen



Quelle: OeNB.

SEHEN – KIPPEN ist eine Fälschung auch ohne technische Hilfsmittel zu erkennen.

### Zahlreiche vorbereitende Gerätetests für die zweite Euro-Banknotenserie

Auch 2016 hat das OeNB-Testzentrum entsprechend den EZB-Vorgaben Prüf-, Zähl- und Sortiergeräte sowie die dazugehörigen Innovationen aus dem Bereich Banknoten-Prüfsensorik kostenlos getestet. Dabei wurden mit 15 internationalen Herstellern insgesamt 209 Maschinentests abgeschlossen und zahlreiche Tests für die 20-Euro-Banknoten und vorbereitende Tests für die 50-Euro-Banknoten der Europa-Serie durchgeführt, um eine problemlose und flächendeckende Annahme der neuen Banknoten sicherzustellen. Die Ergebnisse der Gerätetests werden sowohl auf der OeNB- als auch auf der EZB-Website veröffentlicht.

### Effiziente und sichere Zahlungssysteme für den Finanzplatz Österreich

Die OeNB stellt zusammen mit dem Eurosystem leistungsfähige, sichere und effiziente Interbanken-Zahlungsverkehrssysteme für den Finanz-

<sup>2</sup> Der geschätzte Euro-Banknotenumlauf unterscheidet sich von dem in der Bilanz ausgewiesenen buchhalterischen Banknotenumlauf, der auf Grundlage des EZB-Kapitalschlüssels berechnet wird. Der geschätzte Umlauf berücksichtigt darüber hinaus nationale Besonderheiten im Zahlungsverhalten.

### Zahlungsmittelnutzung der österreichischen Bevölkerung

Die OeNB führte Ende 2015/Anfang 2016 eine Umfrage zum Zahlungsverhalten der österreichischen Bevölkerung durch. In einem sogenannten Zahlungstagebuch erfassten die Umfrageteilnehmer an drei aufeinander folgenden Tagen sämtliche Zahlungen mit Ausnahme von „regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen, die im Allgemeinen bargeldlos bezahlt bzw. vom Konto abgebucht werden“. Neben dem bezahlten Betrag wurden die Zahlungsart, der Ort sowie andere Charakteristika erfasst.<sup>1</sup>

Obwohl rund 95 % der Befragten angaben, über eine Zahlungskarte zu verfügen, bestätigen die jüngsten Umfrageergebnisse, dass Bargeld weiterhin klar die österreichische Zahlungsmittellandschaft dominiert: 82 % aller Transaktionen und 65 % des Volumens wurden 2016 laut Umfrage bar abgewickelt. Mittels Bankomatkarte wurden 10,9 % der Transaktionen bzw. 17,3 % des Volumens durchgeführt, während 2,7 % der Transaktionen und damit immerhin 6,1 % des Volumens mit Kreditkarte getätigt wurden. Auf Lastschriften und Überweisungen entfielen 8,2 % des Volumens und 1,7 % der Transaktionen. Zahlungsinnovationen (z. B. Bezahlen per Handy, kontaktloses Bezahlen) spielen insgesamt betrachtet noch eine geringfügige Rolle. Bemerkenswert selbst im internationalen Vergleich ist, dass Bargeld in Österreich nicht nur für Kleinbeträge unter 25 EUR, sondern auch überproportional oft für Transaktionen mit hohen Beträgen zum Einsatz kommt: Fast die Hälfte (47,2 %) der Transaktionen über 100 EUR wurde in bar beglichen.

Die Unterschiede in der Barzahlungsneigung verschiedener soziodemografischer Gruppen entsprechen weitgehend den Ergebnissen internationaler Studien: Ältere nutzen Bargeld etwas stärker als jüngere (76 % des Werts der Zahlungen in bar versus 71 %). Einkommensschwächere zahlen deutlich mehr bar als Einkommensstärkere (83 % versus 59 %). Insgesamt betrachtet sind die Baranteile jedoch in sämtlichen betrachteten soziodemografischen Gruppen hoch. Befragt nach ihren Präferenzen („Wie würden Sie gerne bezahlen?“) antwortet etwas mehr als die Hälfte der Befragten (55 %), dass sie am liebsten mit Bargeld zahlen. Weitere 30 % bevorzugen die Karte, 16 % äußern keine Präferenz.

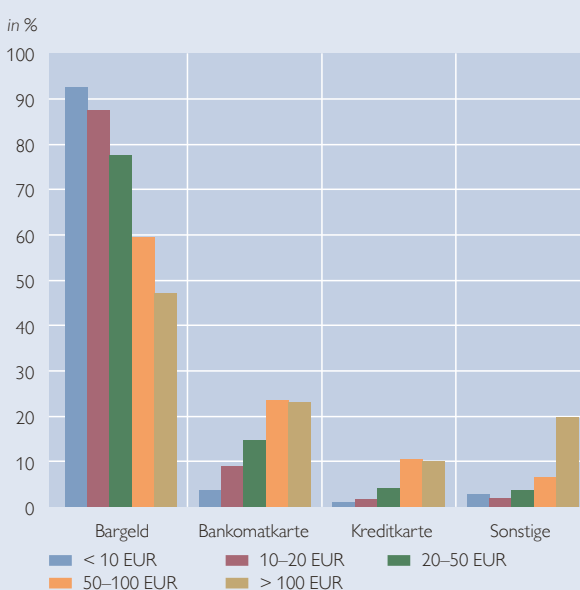
Diese deskriptiven Ergebnisse sowie weitere Analysen einer in diesem Zusammenhang verfassten Studie<sup>2</sup> lassen den Schluss zu, dass sich trotz der rasanten Veränderungen am Zahlungsmittelmarkt an der Stellung von Bargeld als wichtigstes Zahlungsmittel in Österreich in den nächsten Jahren wenig ändern wird.

<sup>1</sup> Das Design der Umfrage wurde im Vergleich zu älteren OeNB-Umfragen zum Zahlungsverhalten mittels Zahlungstagebuch in wesentlichen Punkten geändert. Die aktuellen Ergebnisse können deshalb nicht mit früheren Ergebnissen verglichen werden.

<sup>2</sup> Rusu, C. und H. Stix. 2017. Von Bar- und Kartenzahlern – Aktuelle Ergebnisse zur Zahlungsmittelnutzung in Österreich. In: Monetary Policy & the Economy Q1/17. OeNB. Im Erscheinen.

Grafik 24

#### Zahlungsmittelanteile (nach Transaktionen)



Quelle: OeNB-Umfrage zum Zahlungsverhalten 2016.

Anmerkung: Die Anteile beziehen sich auf Transaktionen in einer Betragsklasse, z. B. sind bei Transaktionen unter 10 EUR 92,4 % aller Transaktionen bar.

platz Österreich zur Verfügung. TARGET2, das Zahlungsverkehrssystem des Eurosystems, dient der Abwicklung von Großbetragszahlungen. Es wird von Zentral- und Geschäftsbanken zur Verarbeitung von Euro-Zahlungen in Echtzeit verwendet. HOAM.AT (Home Accounting Mo-

dule Austria) ist das nationale Buchungssystem der OeNB und steht Kontoinhabern für Liquiditätsüberträge, Bargeldgeschäfte und ständige Fazilitäten (Einlage- und Spitzenrefinanzierungsfazilität) sowie zur Überwachung der Mindestreserve zur Verfügung. Für den Finanzplatz Öster-

reich wurden über TARGET2 und HOAM.AT im Jahr 2016 rund 3,1 Mio Zahlungsaufträge in Höhe von rund 15.200 Mrd EUR abgewickelt.

Die Weiterentwicklung und Konsolidierung bestehender Eurosystem-Infrastrukturen sowie die Vorbereitung neuer Vorhaben auf Eurosystem- bzw. ESZB-Ebene stehen im Mittelpunkt der Überlegungen des Eurosystems in der „Vision 2020“. Aktuell liegt der Fokus auf der Konsolidierung von TARGET2 und TARGET2-Securities (T2S), der Harmonisierung und Zentralisierung des Eurosystem Collateral Managements und auf dem Thema Instant Payments.

### T2S: Migration des österreichischen Marktes erfolgreich

T2S ist eine Plattform des Eurosystems und bietet Wertpapier-Zentralverwahrern die Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Wertpapiertransaktionen in einer technischen Plattform in Echtzeit, in Zentralbankgeld, nach einheitlichen Regeln und zu transparenten und einheitlichen Konditionen. T2S unterstützt die Umsetzung des EU-Binnenmarkts im Wertpapier-Nachhandel, da es Barrieren in der grenzüberschreitenden Wertpapierabwicklung abbaut.

Die Migration der Wertpapier-Zentralverwahrer findet in insgesamt fünf Wellen von Juni 2015 bis Oktober 2017 statt. Seit der Migrationswelle 3 am 12. September 2016 stellt die OeNB in T2S Geldkonten zur Verfügung (Teilmigration). Mit der vierten Migrationswelle am 6. Februar 2017 ist der gesamte österreichische Markt mit der OeKB CSD GmbH – dem österreichischen Wertpapier-Zentralverwahrer – auf T2S migriert. Mit der finalen Migrationswelle im September 2017 werden 24 europäische Wertpapier-Zentralverwahrer T2S nutzen. Danach werden rund 75 % des gesamten europäischen Wertpapiervolumens über T2S abgewickelt.

### Tochterunternehmen unterstützen die OeNB bei der Aufgabenerfüllung

Die Gesellschaften Münze Österreich Aktiengesellschaft (MÜNZE) und Oesterreichische Banknoten und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS)

und GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) unterstützen die OeNB bei der Erfüllung ihrer Kernaufgaben im baren und unbaren Zahlungsverkehr. In der Erfüllung ihrer Aufgaben agieren diese Unternehmen betriebswirtschaftlich eigenständig. Durch ihre Kundenorientierung tragen sie auch zur Stärkung des Vertrauens in die OeNB bei. Durch gezielte Arbeitsteilung mit ihren Tochterunternehmen steigert die OeNB den gesamtwirtschaftlichen Nutzen der Leistungserstellung. Die Kriterien Qualität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sind nach wie vor Hauptkriterien bei der Aufgabenerfüllung der OeNB und ihrer Beteiligungen.

Die MÜNZE ist im Rahmen der europäischen Währungsunion die offizielle Prägestätte der Republik Österreich. Durch die Bestimmungen des Scheidemünzengesetzes, die vorsehen, dass ausschließlich die MÜNZE berechtigt ist, in Österreich Scheidemünzen zu prägen, in Verkehr zu setzen und einzuziehen, wird die einmalige Position dieses Unternehmens geregelt. Die Gesellschaft deckt den inländischen Bedarf am Zahlungsmittel Scheidemünzen entsprechend den geltenden gesetzlichen Grundlagen. Im Jahr 2016 lieferte die MÜNZE insgesamt 103 Mio Stück Euro-Münzen im Gegenwert von 47,3 Mio EUR an die OeNB. Die MÜNZE ist hinsichtlich Technologie und Produkten weltweit führend im Know-how für Edelmetallverarbeitung und Goldherstellung. Innovative Produktentwicklung und ständige Optimierung der Produktpalette sichern ihre Marktposition.

Neben wertvollen Forschungs- und Entwicklungsleistungen auf dem Gebiet des Banknoten- und Sicherheitsdrucks produziert die OeBS unter Einsatz hochwertiger Technologien vorrangig Banknoten. Im Eurosystem übernimmt sie den Druck jenes Anteils am jährlichen Produktionsvolumen der Euro-Banknoten, der Österreich

#### Instant Payments

Elektronische Lösungen für den Massenzahlungsverkehr, die rund um die Uhr und jeden Tag im Jahr zur Verfügung stehen und bei der zwischen Sendung und Empfang der Mittel nur wenige Sekunden vergehen. Damit ist das überwiesene Geld sofort verfügbar.

#### Zentralbankgeld

Das von Zentralbanken geschaffene Geld existiert in Form von Buchgeld der Geschäftsbanken auf Konten der betreffenden Zentralbank oder als Bargeld in Form von Banknoten und Münzen.

auf Basis des Kapitalschlüssels zugeteilt wird. Im Jahr 2016 waren dies 176,4 Mio Stück 100-Euro-Banknoten der ersten Serie.

Im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungs-Strategie (F&E-Strategie) des Eurosystems werden einzelne Aufgaben an Zentralbanken vergeben. So finden im Rahmen der Weiterentwicklung des Euro-Banknotendrucks beispielsweise F&E-Testdrucke statt. Weiters soll die Patentüberwachung zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten im Bereich der Banknoten-F&E-Produktion innerhalb des Eurosystems zentral von einer Notenbank ausgeführt werden. Als Ausdruck der High-Level-Performance der OeBS wurde die OeNB bzw. die OeBS mit diesen Aufgaben betraut.

Die GSA, führend in der Bargeldlogistik, wurde in Form einer Private-Public-Partnerschaft gegründet. Mehrheitseigentümerin der GSA ist die OeNB mit einer Beteiligung von 95,34%, die übrigen Anteile halten österreichische Geschäftsbanken. Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen OeNB und Geschäftsbanken werden Synergien genutzt. Damit trägt die GSA zur gesamtwirtschaftlichen Effizienz der Bargeldversorgung bei.

In den Cash-Centern der GSA in Wien, Linz, Graz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck und Bregenz werden die im Umlauf befindlichen Banknoten bearbeitet. Die Banknoten werden auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft und danach wieder in den Bargeldkreislauf gebracht. In Wien betreibt die GSA das sogenannte Master Center, wo täglich 3 Mio Stück Euro-Banknoten bearbeitet

werden. Das entspricht einem jährlichen Aufkommen von etwa 700 Mio Stück. Die Banknotenbearbeitungssysteme in Wien wurden im Lauf des Jahres 2016 modernisiert, der Automatisierungsgrad weiter erhöht.

Als weiteres Geschäftsfeld betreibt die GSA ein Clearinghaus für die Abwicklung von nationalen Interbanken-Massenzahlungen, das Clearing Service.Austria (CS.A). Damit schafft die GSA eine Infrastruktur, die die Effizienz und Sicherheit im österreichischen Zahlungsverkehr erhöht. Im Jahr 2016 wurden im CS.A 589 Mio Transaktionen abgewickelt.

Im Auftrag der OeNB ist die GSA auch für den operativen Betrieb des Clearing Service International (CS.I) verantwortlich, über das österreichische Geschäftsbanken grenzüberschreitende SEPA-Zahlungen abwickeln können. Im Jahr 2016 wurden 48,1 Mio Transaktionen im CS.I abgewickelt.

Die Aufgabe der IG-Immobilien-Gruppe ist es, das für die OeNB in Immobilien veranlagte Vermögen bestmöglich zu bewirtschaften. Zu ihrer Aufgabe gehört es, den Wert der Immobilien zu erhalten, Wertsteigerungen zu ermöglichen sowie den laufenden Ertrag der Objekte zu optimieren. Die Betriebs-Liegenschafts-Management-Gruppe dient insbesondere der Bereitstellung von Liegenschaften, die von der OeNB bzw. ihren Tochterunternehmen zur Betriebsausübung benötigt oder benutzt werden.

Eine Gesamtdarstellung der direkten und indirekten Beteiligungen der OeNB findet sich im Beteiligungsspiegel.

Die OeNB –  
ein nachhaltiges Unternehmen



200 Jahre OeNB: Festakt in der Volkshalle des Wiener Rathauses



## Das intellektuelle Kapital der OeNB

### Effiziente und sparsame Mittelverwendung

Die OeNB sieht sich als moderne Zentralbank, die neben der Verfolgung ihrer Hauptziele – Preisstabilität, Finanzmarktstabilität und Gewährleistung des baren und unbaren Zahlungsverkehrs – auch innerbetrieblich effiziente Prozesse vorantreibt. Ihren hohen Anspruch an betriebswirtschaftliches Handeln unterstreicht die OeNB mit dem Festhalten an der 2015 abgeschlossenen Optimierungsanalyse „OPAL“, die neben einem zielgerichteten Einsparungsplan bis 2020 auch die für dessen Einhaltung erforderlichen betriebswirtschaftlichen Steuerungsstrukturen etabliert hat. Als zentrales Element wurde das „Betriebswirtschaftliche Steuerungskomitee“ (BWS) installiert, dem eine unternehmensweit koordinierte Abstimmung und Entscheidungsvorbereitung betriebswirtschaftlich relevanter Fragestellungen unter der Maßgabe der engen Einsparungsprämissen obliegt. Das erste volle Geschäftsjahr in dieser Struktur bewährte sich in Form plangemäß realisierter Einsparungen sowie ergebnisorientierter Planungsansätze im Sinne einer nachhaltigen Zielerreichung.

### Moderne Personalstrategie der OeNB

Das Personalmanagement der OeNB orientiert sich an den Erfordernissen der OeNB in den

unterschiedlichen Geschäftsfeldern und unterstützt so die gesamte Belegschaft bei ihren herausfordernden Tätigkeiten. Ziel ist es, durch Bereitstellung geeigneter Personalinstrumente und einer Unternehmenskultur, die auf Offenheit, Respekt und Achtung basiert, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem herausragende Leistungen erbracht werden können.

Die OeNB bekennt sich zu einer aktiven Gleichstellungspolitik, die alle Kerndimensionen von Diversität berücksichtigt, und ist diesem Ziel auch gesetzlich verpflichtet. So hat sich die OeNB im Bereich Gender und Frauenförderung mit dem Frauenförderungsplan 2016–2021 das klare Ziel gesetzt, den Frauenanteil in der OeNB insgesamt sowie in allen Bereichen ausgehend vom Vorjahresniveau um einen Prozentpunkt pro Jahr zu erhöhen, bis Gleichverteilung erreicht ist. Beim gesamten Personalstand konnte der Frauenanteil bereits auf 40 % erhöht werden, auf Funktionsebene konnte die Steigerung des Frauenanteils jedoch noch nicht umgesetzt werden.

2016 wurde darüber hinaus ein Arbeitsschwerpunkt zum Thema sexuelle Orientierung gesetzt, da auch dieser Aspekt der Diversität – der im Unterschied zu Alter und Geschlecht nicht sichtbar ist – genauso prägend ist. Die OeNB erfüllt in diesem Bereich seit Jahren alle rechtlichen Anforderungen und möchte in Zukunft zusätzliche Akzente setzen. So fanden im

Tabelle 2

### Indikatoren zu den wissensbasierten Prozessen

Indikator	Einheit	2013	2014	2015	2016
<b>Effiziente Prozessabläufe</b>					
Zertifizierte Geschäftsbereiche	Anzahl	8	10	10	9
Einträge in der OeNB-Terminologiedatenbank	Anzahl	21.260	21.545	21.892	22.289
Automatisierungsgrad des Einkaufs	%	43	31	45	39
Reklamationsfreie Zahlungsverkehrstransaktionen	%	99,97	99,96	99,98	99,97
Verbesserungsvorschläge	Anzahl	60	26	36	36
<b>Technische Infrastruktur</b>					
IT-Services für das ESZB/Eurosystem	Anzahl	4	4	3	3
IT-Großprojekte	Anzahl	7	6	6	6
Mobile Endgeräte (ohne Mobiltelefone)	Anzahl	776	800	871	911

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Definition der Indikatoren siehe „Gesamtliste der Indikatoren ab 2014“, <https://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Geschäftsbericht/Wissensbilanz.html>.

Jahr 2016 mehrere Veranstaltungen mit externer Beteiligung zu diesem Thema statt.

Weitere wichtige Aspekte sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Anforderungen in der neuen Arbeitswelt hinsichtlich Flexibilisierung. Der hohe Stellenwert, den die OeNB diesen Themen einräumt, wird unter anderem an der seit 2012 jährlichen Zertifizierung im Rahmen des Audits „berufundfamilie“ und am umfangreichen und den aktuellen Gegebenheiten jeweils angepassten Angebot an verschiedenen Beschäftigungsmodellen wie Teilzeit, Sabbatical und Teleworking sichtbar.

Die Weiterentwicklung der Mitarbeitenden sowohl auf persönlicher als auch auf fachlicher Ebene ist der OeNB ebenfalls ein großes Anliegen und Voraussetzung für die Notwendigkeit, den

großen und komplexen Herausforderungen gerecht zu werden. Dies zeigt sich auch grundsätzlich in den Kennzahlen zum Wissenserwerb. So ist die Quote jener Beschäftigten, die mindestens eine Ausbildung besucht haben, auf 81,3 und damit deutlich gestiegen. Dies ist im Jahr 2016 neben einer Umstellung der Berechnungsmethode (es werden nun auch Halbtagsstrainings erfasst) auch auf eine verstärkte Inanspruchnahme des Ausbildungsangebots zurückzuführen. Gleichzeitig fiel die durchschnittliche Anzahl der Aus- und Weiterbildungstage, dem Trend von kürzeren Ausbildungseinheiten entsprechend, mit 4,5 Tagen pro Beschäftigten im Jahr 2016 etwas niedriger aus als im Vorjahr.

Die weiterhin niedrige Fluktuationsrate von 1,7% – bei einer nahezu unveränderten Anzahl

Tabelle 3

### Indikatoren zu den Investitionen in das wissensbasierte Kapital

Indikator	Einheit	2013	2014	2015	2016
<b>Personalstruktur</b>					
Personalstand (in Personalressourcen, Jahresende) <sup>1</sup>	Anzahl	1.089,1	1.084	1.085,9	1.091,8
bis 30 Jahre	%	12,8	11,3	10,6	11,5
30 bis 40 Jahre	%	24,4	27,6	28,1	28,4
ab 41 Jahre	%	62,8	61,1	61,3	60,1
Fluktuationsrate	%	0,9	1,7	1,9	1,7
Personal mit akademischer Ausbildung	%	54,1	56,4	59,3	61,5
Leitungsspanne	Anzahl	7,2	6,8	6,8	7,1
<b>Gender-Management</b>					
Frauenanteil am Personalstand	%	39,0	39,1	38,5	39,5
Frauenanteil in Fachkarriere	%	35,0	37,6	37,0	35,8
Frauenanteil in Führungskarriere	%	25,0	25,5	27,5	27,9
<b>Flexible Arbeitszeitformen</b>					
Teilzeitarbeit	%	11,2	11,6	11,6	13,9
Teleworking	%	6,3	7,6	8,9	9
Sabbaticals	Anzahl	4	6	4	2
<b>Mobilität</b>					
Interne Jobrotations	Anzahl	39	46	42	46
Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Organisationen (externe Jobrotations)	Anzahl	42	48	45	52
Arbeitsaufenthalte in der OeNB (incoming) <sup>2</sup>	Anzahl	5	3	1	3
Praktika	Anzahl	54	56	55	67
<b>Wissenserwerb</b>					
Aus- und Weiterbildungstage (pro Personalressource pro Jahr)	Tage	3,8	3,7	4,8	4,5
Aus- und Ausbildungsquote (mindestens eine Ausbildung pro Jahr) <sup>3</sup>	%	61,6	57,6	61,3	81,3

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Definition der Indikatoren siehe „Gesamtliste der Indikatoren ab 2014“, <https://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Geschäftsbericht/Wissensbilanz.html>.

<sup>1</sup> Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

<sup>2</sup> EWE-Aufenthalte und SSM-Trainees.

<sup>3</sup> Ab 2016 Änderung der Berechnungsmethode: Es werden nun auch Halbtagsstrainings erfasst.

von Beschäftigten – zeigt, dass diese Investitionen und Maßnahmen von der Belegschaft angenommen und wertgeschätzt werden.

Auf fachlicher Ebene prägten dieses Jahr auch die Etablierung des SSM und die damit einhergehende Vernetzung innerhalb des SSM die OeNB-Personalarbeit.

Im Jahr 2016 konzipierte eine Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Vertretern von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, unter Mitwirkung der OeNB und Einbeziehung des bereits vorhandenen Seminarangebots mehrere Trainings-Curricula für unterschiedliche Zielgruppen. Neben diesen Trainingsprogrammen wurden auch weitere maßgeschneiderte fachliche Trainings für die Mitarbeitenden im Bereich Aufsicht konzipiert und angeboten. Neben diesen 30 fachspezifischen Seminaren gewährleisteten auch Initiativen zur Förderung der Mobilität im ESZB und SSM die Vernetzung und den Austausch im Aufsichtsbereich. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist bereits 2016 durch eine erhöhte Anzahl von Arbeitsaufenthalten bei nationalen und internationalen Organisationen sichtbar.

### Vorgaben der Compliance stärken und schützen Unternehmen und Belegschaft

#### Hinweisgebersystem

Mit Juli 2016 wurde vorschriftsgemäß – nach Abschluss einer Betriebsvereinbarung und der Genehmigung durch die Datenschutzbehörde – ein elektronisches Hinweisgebersystem eingeführt. Über dieses System ist es möglich, wenn gewünscht in anonymer Form, Unregelmäßigkeiten oder Verstöße gegen bestehende Regelungen in der OeNB aufzuzeigen. Es handelt sich dabei um eine internetbasierte Plattform eines international anerkannten Dienstleisters, die völlig unabhängig von der IT-Struktur der OeNB arbeitet. Damit ist die Herkunft der Meldungen nicht rückverfolgbar. Richtet der Melder einen elektronischen Briefkasten ein, können unter Wahrung der Anonymität auch Rückfragen gestellt werden.

#### Umsetzung des Ethik-Rahmens des ESZB

Im Jahr 2015 wurde vom EZB-Rat je eine Leitlinie zur Festlegung von Grundsätzen eines Ethik-Rahmens für das Eurosystem und für den SSM beschlossen, die im Jahr 2016 umgesetzt wurden. Die OeNB hatte, um diesen Vorgaben zu genügen, bereits in einigen Gebieten ausreichende Regelungen (z. B. Geschenke-/Einladungs-Richtlinie), in manchen Teilen bedurfte es aber erheblicher Anpassungen. So wurde die „Richtlinie zur Vermeidung von bzw. Umgang mit Interessenkonflikten“ grundlegend angepasst.

Auch die Bestimmungen zur Insider-Compliance wurden wesentlich geändert. Insbesondere wurde der Kernbereich „Geldpolitik“ neu eingeführt, um die Ausnutzung von Insiderwissen vor geldpolitischen EZB-Ratssitzungen zu vermeiden. Dem Umstand, dass durch den SSM in der OeNB auch Insiderinformationen über Kreditinstitute des gesamten Euroraums vorliegen, wurde mit einer entsprechenden Erweiterung des Handelsverbots für bestimmte Wertpapiere Rechnung getragen.

#### Compliance-Standards in den Tochtergesellschaften

Den 100-prozentigen Tochtergesellschaften der OeNB wurde 2015 der inhaltliche Rahmen vorgegeben. Seither setzen sie die Vorgaben aus entsprechenden Regelwerken betreffend Interessenkonflikte und Nebenbeschäftigungen um. Weiters führten sie Risiko-Erhebungen (über „Guided Self-Assessments“) durch, die 2017 fertiggestellt und einen Gesamtüberblick über die Compliance-Risiken im jeweiligen Tochterunternehmen geben sollen.

#### Bundes Public Corporate Governance Kodex

Der B-PCGK wurde am 30. Dezember 2012 vom Ministerrat beschlossen und beinhaltet Grundsätze der Unternehmens- und Beteiligungsführung für Unternehmen des Bundes. Ziel des Kodex ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen. Dementsprechend enthält der B-PCGK beispielsweise Regelungen zu den Rechten und Pflichten der Anteilseigner, Grundsätze über das Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan oder über Bestellung und Tätigkeit der Geschäftsleitung.



200 Jahre OeNB: Gemeinsame Konferenz mit der BIZ zum Thema „Central banking in times of change“

## Risikomanagement

### Finanzielle Risiken

Die für die OeNB relevanten finanziellen Risiken bestehen aus Markt-, Kredit- und Marktliquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem Rulebook, das vom OeNB-Direktorium beschlossen wurde, festgelegt. Dem OeNB-Treasury wird auf Vorschlag des Risikokomitees ein vom Direktorium festgelegtes Risikobudget zugeteilt, das die gewünschte Risikobegrenzung des Direktoriums darstellt. Die ständige Einhaltung des Risikobudgets wird anhand spezifischer Risikomesssysteme und -methoden überprüft und durch das Risikokomitee überwacht. Dabei werden Markt- und Kreditrisiken quantifiziert, wobei die Neubewertungskonten bei der Berechnung des Risikos im Ausmaß ihrer Deckungsfähigkeit reduzierend berücksichtigt werden. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an das Risikokomitee und in weiterer Folge an das Direktorium. Neue Währungen und Veranlagungsarten sowie die zur Risikobemessung verwendeten Methoden und Limite sind nach eingehender Analyse vom Direktorium zu bewilligen.

### Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen von Marktpreisen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Veränderungen der Wechselkurse und Zinssätze, beeinflusst. Das Risikobudget wird vom Investmentkomitee in der Veranlagungsstruktur berücksichtigt. Vom Direktorium werden Konzentrationslimite pro Währung sowie eine für Zentralbanken übliche und relativ risikoarme Standardallokation vorgegeben. Das Wechselkurs- und das Zinsänderungsrisiko werden innerhalb der Grenzen des Risikobudgets gesteuert. Die Kontrolle der Einhaltung des Treasury-Risikobudgets erfolgt mit dem Risikomaß Value at Risk (VaR) für das Marktrisiko. Die Marktrisiken aus der einheitlichen Geldpolitik werden von der EZB mittels Expected Shortfall (ES)-Risikomaß ermittelt. Die Berechnungen mittels VaR und ES werden einheitlich

mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% durchgeführt. Zusätzlich wird zur Risikobandbreitenermittlung auch ein Drei-Monats-Risikohorizont herangezogen.

Die Risikoposition richtet sich nach dem aktuell veranlagten Eigenbestand inklusive Gold und dem Bestand an nicht abgesicherten SZR sowie der Eigenmittelveranlagung und zweckgewidmeten Veranlagungen.

Zudem sorgt die OeNB auch entsprechend ihrem eingezahlten Kapitalanteil für das Risiko der Veranlagungen der EZB und für die von der EZB eingegangenen Risiken aus der einheitlichen Geldpolitik vor.

Das Risiko aus der Immobilienbeteiligung wird von der OeNB anhand eines Immobilienindex, ebenfalls auf Basis des VaR mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% berechnet.

### Kreditrisiko

Das Kreditrisiko stellt die Gefahr, die von einem teilweisen oder vollständigen Ausfall vertraglich vereinbarter Zahlungen ausgeht, dar. Das Management in der Eigenverwaltung erfolgt grundsätzlich über ein Veranlagungs-Limitsystem, in dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Das Kreditrisiko aus der einheitlichen Geldpolitik wird von der EZB berechnet und im Risikoberichtswesen der OeNB anteilig berücksichtigt. Das Kreditrisiko aus dem OeNB-Eigenbestand und der Eigenmittelveranlagung wird von der OeNB berechnet und in der Ausnützung des Risikobudgets mitberücksichtigt. Die Kreditrisikoberechnungen des ES und VaR der EZB und der OeNB werden jeweils mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% durchgeführt.

### Marktliquiditätsrisiko

Das Marktliquiditätsrisiko besteht darin, dass aufgrund eines engen und nicht in vollem Umfang aufnahmefähigen Marktes Finanzpositionen nicht zur Gänze, nicht genügend schnell und eventuell

nur mit Preisabschlüssen geschlossen werden können. Aus diesem Grund werden Finanzprodukte auf deren Marktliquidität hin analysiert, Positionsgrößen vom Emissionsvolumen abhängig gemacht und die maximalen Restlaufzeiten der Geschäfte limitiert. Dabei wird auf Sicherheit und Liquidität vorrangig Bedacht genommen und die Rentabilität diesen nachgereiht.

### Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in internen Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das Management des operationellen Risikos der OeNB ist im ORION-Handbuch für Operationelles Risikomanagement, Business Continuity und Contingency und Krisenmanagement geregelt. Es wird dabei nach der Schwere und Eintrittswahrscheinlichkeit einzelner Risiken auf Reputation, Unternehmensziele und eventuell entstehende finanzielle Schäden bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine regelmäßige Berichterstattung an das Management.

### IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum bei der Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit sowie um IT-Sicherheitsrichtlinien in Kraft zu setzen,
  - dem IT-Sicherheitsmanager bzw. der IT-Sicherheitsmanagerin, der bzw. die die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
  - den IT-Sicherheitsexperten bzw. IT-Sicherheitsexpertinnen, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
  - den fachlichen Produktverantwortlichen zu.
- Im Rahmen des IT-Sicherheitsprozesses erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

## OeNB im Dialog mit Bevölkerung und Wirtschaft

### Zielgruppengerechte OeNB-Publikationen

#### OeNB intensiviert Social-Media-Aktivitäten

Das Jahr 2016 stand medial ganz im Zeichen der 200-Jahr-Jubiläums-Feierlichkeiten (siehe Kasten 10). In der klassischen Pressearbeit wie auch im Bereich neuer Medien blickt die OeNB auf ein intensives Jahr zurück. Einerseits war eine Steigerung bei Presseaussendungen zu verzeichnen, andererseits stiegen im Zuge des Trends in Richtung Online-Publikation statt Printausgabe die Downloadzahlen bei Fachpublikationen mit +46% markant an (auf rund 43.000). Rund 13.100 Personen haben einen OeNB-Newsletter abonniert. Das Angebot auf dem YouTube-Kanal der OeNB hat sich mit 69 eigenproduzierten Kurzvideos fast verdoppelt, wobei inhaltlich stets Aktualität und Aufgaben der Zentralbank im Fokus stehen. Neben Goldreserven, Geldpolitik und Preisstabilität zählte auch die Euro-Info-Tour zu den beliebtesten Themen. Begann man im Herbst 2015 vereinzelt mit Tweets, intensivierte die OeNB im Jahr darauf ihren Twitter-Account mit 540 Tweets und zählte bereits 680 Follower. Die Inhalte reichen von Presseaussendungen über Publikationen bis hin zu Teasern jeglicher Art sowie Stellenausschreibungen. Über Twitter kommend besuchten auch immer mehr User die OeNB-Website [www.oenb.at](http://www.oenb.at). Die regelmäßig durchgeführte Medienresonanzanalyse verdeutlicht die Akzeptanz der OeNB-Expertise in der Öffentlichkeit. Studien und Analyseergebnisse wurden positiv reflektiert. Eine Cyber-Attacke auf die OeNB sowie die zu Jahresbeginn 2016 intensive Diskussion um eine mögliche Bargeldabschaffung haben die mediale Aufmerksamkeit ebenfalls erhöht. Besonders positive Resonanz in den Medien haben die Aktivitäten um das 200-Jahr-Jubiläum der OeNB hervorgerufen.

#### OeNB erweitert Finanzbildungsangebot

Nach dem Launch der Finanzbildungsplattform [www.eurologisch.at](http://www.eurologisch.at) im Jahr 2015 hat die OeNB ihr Finanzbildungsangebot 2016 weiter ausgebaut. Ähnlich wie im Ö3-Gewinnspiel „Das schnelle Quiz rund ums Geld“ können Interessierte im

Euro-Quiz spielerisch ihr Wissen zu den Themenbereichen Preisstabilität, Finanzmarktstabilität, Zahlungsmittel und Umgang mit Geld testen. Der Taschengeldleitfaden „Mein erstes Geld“ bietet wertvolle Tipps für Erziehungsberechtigte, die ihre Kinder im Umgang mit ihrem ersten Geld unterstützen möchten.



Neu ist auch das Vortragsangebot für Schulgruppen, „Euro-Aktiv“, in Kombination mit einer Führung im Geldmuseum. Ablauf und Inhalt des Programms werden an Schulstufe, Wissensstand und Interesse der Schulkinder angepasst. Neben Informationen über die Kernaufgaben der OeNB wird auch der persönliche Umgang mit Geld thematisiert.



Darüber hinaus intensiviert die OeNB durch eine explizite Kooperationsvereinbarung ihre langjährige Forschungs- und Lehrkooperation mit der Wirtschaftsuniversität Wien. Im Mai 2016 haben beide Institutionen einen Rahmenvertrag zur Förderung der Finanzbildung geschlossen mit dem Ziel, das Thema in Österreich voranzutreiben.

Mit „Wissenstest“, einem neuen Online-Tool, kann das persönliche Finanzwissen anhand eines Fragensets der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) getestet werden. Neben dem eigenen Ergebnis werden auch die Vergleichswerte der Österreich-Studie zu Finanzwissen dargestellt.

Das Geldmuseum eröffnete anlässlich des Jubiläums im April die Sonderausstellung „Die Währungshüterin – 200 Jahre Oesterreichische Nationalbank“. Im Mai wurde der 7. Österreichische Numismatikertag in Zusammenarbeit mit der Universität Wien, dem Kunsthistorischen Museum und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ausgerichtet. Mit fast 1.000 Besuchern war auch die Lange Nacht der Museen sehr erfolgreich.

Ihre Expertise unterstreicht die OeNB im Rahmen von Vorträgen zu aktuellen wirtschaftlichen Themen, wie etwa bei den Lehrkräfte-

### Highlights der 200-Jahr-Jubiläums-Aktivitäten der OeNB im Jahr 2016

Das 200-Jahr-Jubiläum der OeNB im Jahr 2016 wurde auch mit der Herausgabe spezifischer Produkte und mit einschlägigen Veranstaltungen begangen. Damit konnte einer breiten Öffentlichkeit die wichtige Rolle der OeNB im österreichischen Geldwesen seit dem Jahr 1816 vermittelt werden.

- Im Jänner präsentierten die Münze Österreich AG und die Österreichische Post AG mit dem Gouverneur der OeNB eine 1-Euro-Jubiläumsbriefmarke sowie eine umlauffähige 2-Euro-Sondermünze.
- Im Jänner wurden zwei Jubiläumsbücher im Beisein von Zeitzeugen der Öffentlichkeit präsentiert: ein illustrierter Band zur Geschichte der OeNB und ein Buch zur Währungspolitik in Österreich von 1816 bis 2016.
- Die Sonderausstellung im Geldmuseum „Die Währungshüterin – 200 Jahre Oesterreichische Nationalbank“ erreichte von April 2016 bis Dezember 2016 rund 9.000 Personen. Die Ausstellung ist bis 1. September 2017 geöffnet.
- Im April war die „European Association for Banking and Financial History“ mit ihrer Jahreskonferenz zu Gast in der OeNB, im Mai folgte der 7. Österreichische Numismatikertag mit einer Tagung zum Thema „Stabilität und Instabilität von Geldsystemen“.
- In einer Kooperation mit dem Radiosender Hitradio Ö3 zu Finanzwissen vermittelte die OeNB im Rahmen des Gewinnspiels „Das schnelle Quiz rund ums Geld“ Grundwissen zu den Themen Preisstabilität, Finanzmarktstabilität, Bargeld/Zahlungsverkehr und persönlicher Umgang mit Geld. Mit diesem Quizspiel wurden insgesamt rund 4 Mio Personen erreicht.
- Am 1. Juni 2016 hielt der EZB-Rat seine geldpolitische Sitzung in Wien ab. Bei einem Festakt im Wiener Rathaus tags darauf folgten die EZB-Ratsmitglieder und rund 400 Gäste den Vorträgen internationaler Experten zum Thema „Central Bank Policies – Past Challenges and Future Perspectives“.
- In der ORF-Sendereihe „Universum History“ sahen rund 300.000 Menschen am 3. Juni die ORF-Dokumentation „Geld und Leben“ über die 200-jährige Geschichte der OeNB im Kontext der österreichischen und europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik.
- Eine hochkarätige Konferenz der OeNB und der BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) bildete im September den Abschluss der Jubiläumsaktivitäten. Rund 180 Gäste diskutierten zum Thema „Central Banking in Times of Change“.
- Auf [www.oenb.at](http://www.oenb.at) sind neben der im Dezember veröffentlichten Sonderausgabe der Quartalspublikation *Monetary Policy & the Economy* zum Thema „Two Hundred Years of Central Banking in Austria: Selected Topics“ alle weiteren Informationen zum 200-Jahr-Jubiläum zu finden. Videos und Interviews können auf dem YouTube-Kanal der OeNB abgerufen werden.

Seminaren in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft oder dem jährlichen OeNB-Workshop an der Wirtschaftsuniversität Wien.

### OeNB unterstützt Wissensaustausch

#### Joint Vienna Institute (JVI) als nachhaltige Ausbildungsinstitution

Seit seiner Gründung im Jahr 1992 zählte das JVI 39.332 Kursteilnehmer. Gemeinsam mit dem BMF und dem IWF finanziert die OeNB das JVI. Bei ihrem Besuch im Juni 2016 zeigte sich die Geschäftsführende Direktorin des IWF beeindruckt von der Erfolgsbilanz des Instituts. Die positive Außenwirkung des JVI stärkt das Image der Stadt Wien als Stützpunkt internationaler Einrichtungen und als zentrale Informationsdrehscheibe für Osteuropa.

111 Kurswochen standen am JVI im Jahr 2016 auf dem Programm. Die Kurse wurden

von 2.060 Experten und Expertinnen aus der öffentlichen Verwaltung und aus Zentralbanken, zum größten Teil aus der CESEE-Region und aus den GUS-Ländern, besucht. Der leichte Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist durch die umfassende Überarbeitung des IWF-Curriculums bedingt. Daneben wird auch Online-Learning immer wichtiger. Die OeNB konzipierte und leitete 2016 sieben Kurse in folgenden Themenbereichen: Aufsicht und Finanzmarktstabilität, Stress-Tests, Europäische Integration, Bargeld und Zahlungsverkehr sowie Monetär- und Finanzstatistik.

#### Technische Kooperation zugunsten der Westbalkanländer

Die Kooperation des ESZB mit den EU-Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländern des Westbalkans wurde organisatorisch auf eine neue Basis gestellt. Ein Steering Committee unter



Leitung der Deutschen Bundesbank, in dem auch die OeNB vertreten ist, wurde eingerichtet. Seine wichtigste Aufgabe ist, neue Projekte, die aus zentral verwalteten EU-Geldern finanziert werden, zu akquirieren und ESZB-weit zu koordinieren.

### OeNB trägt soziale Verantwortung

„Anissa“, eine für geflüchtete Menschen errichtete Unterkunft im Seminar- und Freizeitgelände der OeNB, wurde 2015 für 70 Personen konzipiert und erreichte 2016 seine volle Auslastung. Aufgrund der Kooperation mit der Caritas der Erzdiözese Wien sowie der tatkräftigen Unterstützung durch zahlreiche Freiwillige aus der OeNB und des freundlichen Umgangs miteinander sind die Erfahrungen mit den lernerfrigen Jugendlichen und Familien durchwegs positiv. Beim „Langen Tag der Flucht“ gab es im Rahmen eines Tags der offenen Tür die Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen.

Darüber hinaus haben sich OeNB-Beschäftigte anlässlich der großen Flüchtlingsbewegung auch für andere Flüchtlingsprojekte von Caritas und Arbeiter-Samariter-Bund engagiert und Geld innerhalb der Kollegenschaft gesammelt. Diese Initiative wurde vom Direktorium der OeNB unterstützt, organisiert wurde sie vom Verein „Entwicklungshilfegruppe in der OeNB“, der seit nunmehr 30 Jahren von engagierten Freiwilligen getragen wird. Ziel ist nach wie vor, den UN-Millenniums-Entwicklungszielen entsprechend Hunger und extreme Armut zu reduzieren, Kindern eine Grundschulbildung zu ermöglichen, die Gesundheit von Müttern und Kindern zu verbessern, die wirtschaftliche Beteiligung von Frauen zu fördern und einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen zu sichern. Im Jahr 2016 hat der Verein Entwicklungshilfeprojekte in Kenia, Burkina Faso, Simbabwe, Ghana, Niger, Vietnam und Bangladesch unterstützt.

Tabelle 4

### Indikatoren zum wissensbasierten Output

Indikator	Einheit	2013	2014	2015	2016
<b>Kooperation und Vernetzung</b>					
Nationale Gremien mit OeNB-Beteiligung	Anzahl	83	78	82	86
Internationale und europäische Gremien mit OeNB-Beteiligung (ESZB u. a.) <sup>1</sup>	Anzahl	244	278	287	303
Technische Zentralbankkooperation mit CESEE/GUS	Tage	569	565	563	410
Teilnehmende an Kursen des Joint Vienna Institute (JVI)	Anzahl	2.145	2.286	2.197	2.060
Nationale und internationale Veranstaltungen der OeNB	Tage	255	194	181	163
Externe Vorträge	Anzahl	771	665	686	760
<b>Kommunikation und Information</b>					
Auskünfte der OeNB-Hotlines	Anzahl	27.235	25.212	17.376	14.518
Externe Forschungsk Kooperationen	Anzahl	74	56	90	83
Besuche im Geldmuseum, Personen	Anzahl	18.733	16.059	13.732	11.703
Bargeldschulungen (inklusive Euro-Shop-Tour), Personen <sup>2</sup>	Anzahl	17.342	14.192	15.322	8.279
Bei Schulaktivitäten erreichte Kinder und Lehrkräfte	Anzahl	19.179	20.182	18.802	23.546
Kontakte bei der Euro-Info-Tour	Anzahl	41.956	36.103	35.892	30.143
Pressekonferenzen	Anzahl	14	14	12	18
Presseausendungen	Anzahl	192	187	153	190
<b>Publikationen</b>					
Fachartikel von OeNB-Mitarbeitenden	Anzahl	125	117	139	106
davon referierte Artikel	Anzahl	47	40	39	35
<b>Vertrauen und Image</b>					
Vertrauensindikator im 2. Halbjahr	%	57	57	57	61
Imageindex im 2. Halbjahr (positiv, wenn Wert zwischen 5,5 und 10,0)	Wertebereich	6,6	6,8	6,3	6,5

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Definition der Indikatoren siehe „Gesamtliste der Indikatoren ab 2014“, <https://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Geschaeftsbericht/Wissensbilanz.html>.

<sup>1</sup> Anstieg aufgrund vermehrter Gremien im Zuge des SSM.

<sup>2</sup> Da im Jahr 2016 keine neue Banknote eingeführt wurde, gab es keine Euro-Shop-Tour.



200 Jahre OeNB: Konzert der Wiener Philharmoniker im Musikverein (Wien)

## OeNB fördert Forschung, Wissenschaft, Kunst und Kultur

### OeNB unterstützt Grundlagenforschung ...

Vor 50 Jahren, am 27. April 1966, wurde anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der OeNB der Jubiläumsfonds mit Beschluss der Generalversammlung ins Leben gerufen und damit eine Tradition der Forschungsförderung begründet. Wie es in den Gründungsakten heißt, sollte mit dem Jubiläumsfonds eine „Einrichtung von dauerhaftem und allgemeinem Wert“ geschaffen werden.

Im Jahr 2016 hat die OeNB die Finanzierung von 93 Forschungsprojekten mit rund 9,34 Mio EUR aus Mitteln des Jubiläumsfonds ermöglicht. Insgesamt gab es mit 649 Förderanträgen eine anhaltend hohe Anzahl von Einreichungen.

Die Förderungen teilen sich wie folgt auf:

- Wirtschaftswissenschaften (28 Projekte): 2,96 Mio EUR
- Medizinische Wissenschaften (34 Projekte): 3,45 Mio EUR
- Sozialwissenschaften (17 Projekte): 1,62 Mio EUR
- Geisteswissenschaften (14 Projekte): 1,31 Mio EUR

Darüber hinaus wurde im Rahmen des Sonder Schwerpunkts „Migration, Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum“ die Förderung von insgesamt sieben Anträgen mit einer Gesamtsumme von 1 Mio EUR beschlossen.

Um das Angebot für Nachwuchsforschende zukünftig attraktiv und effizient zu gestalten, hat der Jubiläumsfonds eine neue Richtlinie erarbeitet, die ab 1. Jänner 2017 in Kraft ist. Sie wurde im Herbst 2016 im Zuge einer Informationsveranstaltungsreihe bei den wichtigsten Empfängerinstitutionen vorgestellt.

Einen Beitrag zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den verschiedensten ökonomischen Sachgebieten leistet die OeNB auch in Form von Preisen und Stipendien.

### ... und Kunst und Kultur

Im Herbst 2016 wurden zwei Violinen von Giovanni Battista Guadagnini angekauft. Somit

besteht die Sammlung historischer Streichinstrumente der OeNB aus 40 Instrumenten, alle stammen von den berühmtesten Vertretern der klassischen italienischen Geigenbaukunst. Die Sammlung enthält auch eine Violine von Jacobus Stainer aus Absam/Tirol. Diese Instrumente werden österreichischen Musikerinnen und Musikern unentgeltlich zur Verfügung gestellt und tragen so zu Österreichs herausragendem internationalen Ruf als Musiknation bei.

Im Zuge der 200-Jahr-Feierlichkeiten der OeNB wurde eine Symphonie in Auftrag gegeben, die von Thomas Larcher komponiert und von den Wiener Philharmonikern im Musikverein uraufgeführt wurde.

Angekauft wurde für die Kunstsammlung der OeNB zudem das Triptychon „Subway 1-3“ von Franz Zadrazil, das größte und wichtigste Werk dieses österreichischen Künstlers.

Der Albertina wurden im Rahmen ihres Schwerpunkts Internationale Moderne für eine Ausstellung, die die „Neue Sachlichkeit“ auch anhand von Werken aus der Sammlung der OeNB zeigen soll, insgesamt 16 Gemälde für die Dauer der Ausstellung befristet verliehen.

Darüber hinaus hat die OeNB 2016 eine neue Sammelstrategie mit nachstehenden Eckpfeilern beschlossen:

- Die Sammlung konzentriert sich auf herausragende Werke der bildenden Kunst Österreichs nach 1918.
- Die Sammlung wird jährlich nur um wenige, dafür aber hochwertige Werke ergänzt.
- Ein kleiner Teil des jährlichen Budgets wird künftig für den Ankauf junger zeitgenössischer Kunst aus Österreich verwendet.
- Leihen an renommierte Museen/Institutionen/Ausstellungen erfolgen befristet und unentgeltlich.

Zusätzlich achtet ein externes Beratungsgremium darauf, dass die hohe Qualität der OeNB-Kunstsammlung erhalten bleibt, diese strategiekonform ergänzt und damit weiterhin ausgebaut wird.



200 Jahre OeNB: Konzert im Wiener Musikverein

## Umwelterklärung 2016: 20 Jahre zertifiziertes Umweltmanagement

### Aktualisierte Umwelterklärung gemäß EMAS-VO (EG) Nr. 1221/2009

Vor 20 Jahren erfolgte der Startschuss für den zertifizierten Umweltschutz in der OeNB. 1996 wurde per Direktoriumsbeschluss entschieden, die damalige Abteilung „Druckerei für Wertpapiere“ gemäß der internationalen Umweltschutznorm ISO 14001 zu zertifizieren.



1999 folgte die Teilnahme am europäischen Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS-Verordnung). Das EMAS-Zertifikat zeichnet umweltbewusstes Verhalten jener Unternehmen aus, die sich freiwillig zur kontinuierlichen Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes verpflichtet haben und dies durch Einhaltung der strengen Kriterien nachweisen.

Die OeNB dokumentiert damit, dass sie – über die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben hinaus – Anstrengungen zur Verbesserung der betrieblichen Umweltleistungen unternimmt.

Der EMAS-Management-Vertreter/Vertreterin der OeNB legt die Umweltpolitik der OeNB fest und stellt sicher, dass die in der EMAS-Verordnung festgelegten Verpflichtungen (wie Umweltgesetze, umweltbezogene Zielsetzungen, kontinuierlicher Verbesserungsprozess) eingehalten werden. Die Umweltorganisation in der OeNB<sup>1</sup> erzielte mit Spezialisten und Spezialistinnen im Energie- und Abfallbereich, Umweltcontrolling in den Abteilungen, regelmäßigen Umweltaudits und Abstimmungen im Umwelt-Jour fixe in den vergangenen zwei Jahrzehnten wichtige Erfolge in der Umsetzung der OeNB-Umweltpolitik. So wurde der Wärmeverbrauch um rund 40 % reduziert, der Papierverbrauch sogar um rund 75 %. Dennoch gibt es noch weiteres Verbesserungspotenzial für künftige Vorhaben im Umweltprogramm.

Anlass dazu gibt unter anderem auch der internationale Klimavertrag von Paris 2015, mit dem die Übereinkunft erreicht wurde, die globale

Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Das „Paris Agreement“ verpflichtet alle teilnehmenden Staaten, ihre Treibhausgasemissionen zurückzufahren. Diese internationale Klimaschutz-Vereinbarung im Gefolge des Kyoto-Protokolls 1997 wurde im Österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament bereits ratifiziert. Das von weltweit 195 Staaten gesteckte Ziel gilt es nun durch viele Maßnahmen seitens der Wirtschaft, staatlicher Institutionen und der Gesellschaft lokal umzusetzen. Die OeNB ist weiterhin bestrebt, in diesem Zusammenhang ihren Beitrag zu leisten.

### Grünes Energiemanagement mit Fernwärme, Fernkälte und Energiezertifikat

Im Berichtsjahr konnten durch die Nutzung der Fernkälte die prognostizierten Erfolge bei der Energieeinsparung großteils erzielt werden. Die vollständige Darstellung der Energieeinsparung durch den Bezug von Fernkälte kann erst nach Vollbetrieb über ein gesamtes Kalenderjahr dargestellt werden, was bislang noch nicht der Fall war. Strom- und Frischwasserverbrauch konnten weiter reduziert werden.

Weiterhin bezieht die OeNB Strom aus ausschließlich erneuerbaren Quellen, zertifiziert mit dem Österreichischen Umweltzeichen. Weitere Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase sind die Neuorganisation des Energiemanagements, Wärmerückgewinnung, eine fassadenintegrierte Photovoltaikanlage, optimiertes Fuhrparkmanagement, Verbesserung von Haustechnik wie Pumpen- und Jalousien-Steuerungen, Bewusstseinsförderung der Belegschaft (z. B. Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel bei Wegen von und zur Arbeitsstätte und bei Dienstreisen) und die Unterstützung von Forschungsprogrammen. Das erstmals im Jahr 2014 erworbene Energiezertifikat ISO 50001 unterstreicht die Bestrebungen für einen effizienten Energieeinsatz.

<sup>1</sup> Für Details siehe umfassende Umwelterklärung im Rahmen des Geschäftsberichts 2015 der OeNB.

## Ökologische Kennzahlen der OeNB

	Standort	2014	2015	2016	Einheit <sup>1</sup>	Richtwerte <sup>2</sup>		
						+	~	-
<b>Energie</b>								
Stromverbrauch, pro Personalressource <sup>3</sup>	Wien	6,68	6,44	6,03	MWh/PR	< 4,5	6	> 8
Wärmeverbrauch	Wien	55	62	52	kWh/m <sup>2</sup>	< 110	130	> 150
Fernkälte	Wien	–	35	31	kWh/m <sup>2</sup>			
Gesamtenergieverbrauch <sup>4</sup>	Wien	9.428	12.066	9.012	MWh			
davon erneuerbar <sup>5</sup>	Wien	5.748	6.417	5.523	kWh			
<b>Wasser</b>								
Wasserverbrauch <sup>4</sup>	Wien	88	98	80	Liter/PR/Tag	< 60	100	> 120
<b>Material- und Produktverbrauch</b>								
Papierverbrauch gesamt <sup>6</sup>	Alle	78	56	68	kg/PR	< 100	200	> 500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch	Alle	7.066	4.098	6.037	Blatt/PR	< 8.000	10.000	> 12.000
Recyclinganteil bei Kopierpapier	Alle	85	85	85	%	> 30%	20%	< 10%
Reinigungsmittelverbrauch <sup>7</sup>	Wien	18	15	15	g/m <sup>2</sup>	keine Angaben		
<b>CO<sub>2</sub>-Emissionen, insgesamt<sup>8</sup></b>								
	Alle	1,46	1,47	1,93	t/PR	< 2,8	4	> 4,5

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> PR = Personalressource.

<sup>2</sup> Quelle: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., „Leitfaden der Österreichischen Gesellschaft für Umweltschutz und Technik“.

<sup>3</sup> Der Rückgang beim Stromverbrauch resultiert aus Optimierungen und dem Bezug von Fernkälte ab 2014.

<sup>4</sup> Ab 2014 Ausbau der Büroraumkühlung und Fernkältebezug (Erhöhung des Gesamtenergieverbrauchs aufgrund technischer bedingter Unterbrechung Ende 2015/Anfang 2016).

<sup>5</sup> Seit 2010 bezieht die OeNB zertifizierten Ökostrom.

<sup>6</sup> Der Papierverbrauch enthält Einkaufszahlen und somit auch Lagerware.

<sup>7</sup> Gesamtverbrauch 2016: 970 kg.

<sup>8</sup> Betrieb und Dienstreisen; gesamt 2016: 2.112 Tonnen; Erhöhung 2016 aufgrund aktualisierter Umrechnungsfaktoren lt. Umweltbundesamt Jänner 2017. Einbezogen werden Energieverbrauch, Dienstreisen, Transporte und Notstromaggregate.

Anmerkung: Folgende, von EMAS vorgesehene Indikatoren werden mangels Relevanz nicht angeführt: biologische Vielfalt (Flächenverbrauch) sowie Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen wie z. B. CH<sub>4</sub>, N<sub>2</sub>O, HFC, PFC, SF<sub>6</sub> bzw. SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub> und Feinstaub.

## Umweltcontrolling in der OeNB schafft Transparenz

In der internen Datenbank EcoControl sind nicht nur die Daten des Materialverbrauchs erfasst, sondern auch Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem Umweltrecht. Aufgabenmonitoring und interne Audits stellen sicher, dass alle Vorgaben eingehalten werden und die Termine im Plan sind.

Tabelle 5 zeigt Reduktionen bei Energie- und Wasserverbrauch. Der erhöhte CO<sub>2</sub>-Äquivalenzwert begründet sich neben den angeführten Umwelterfolgen durch vermehrte Flugreisen und aktualisierte Umrechnungsfaktoren.

Zur Abfallbilanz kann festgestellt werden, dass durch sorgsame Abfalltrennung und Verwertung von Holz und Almetall einzelne Positionen wie „Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall“ deutlich reduziert werden konnten. Gleichzeitig sind die Werte in einzelnen Positionen wie Altpapier erhöht, da einige Abteilungen umge-

siedelt und im Zuge dessen Archive geräumt wurden.

## Umwelleistungen und Umweltprogramm

Die für die nähere Zukunft geplanten Umweltmaßnahmen sind der Tabelle „Umwelleistungen bis zum Jahr 2016 und Umweltprogramm 2017“ zu entnehmen. Ergänzend ist anzumerken, dass

Tabelle 6

## Transportleistungen

	2014	2015	2016
Flug-Dienstreisen, in km	2.638.900	2.656.300	2.871.330
PKW-Dienstreisen, in km	520.300	527.800	459.186
Bahn-Dienstreisen, in km	168.000	208.200	195.000
Treibstoffe für Transporte, in Liter	35.829	36.865	36.940

Quelle: OeNB.

Tabelle 7

## Abfallaufkommen der OeNB von 2014 bis 2016

Schlüsselnummer	2014	2015	2016
	in kg		
<b>Nicht gefährliche Abfälle</b>	<b>102.910</b>	<b>84.075</b>	<b>101.420</b>
Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall <sup>1</sup>	91101	83.960	68.080
Elektronikschrott <sup>2</sup>	35202	1.694	3.545
Elektro Großgeräte	35221	176	135
Sperrmüll <sup>3</sup>	91401	6.420	10.624
Altholz unbehandelt, behandelt <sup>3</sup>	17201, 17202	3.160	12.036
Sandfanginhalte	94704	7.500	7.000
Nicht gefährliche Abfälle pro Personalressource		95	77
<b>Gefährliche Abfälle</b>	<b>43.319</b>	<b>6.421</b>	<b>10.638</b>
Altlacke, Altfarben, Lösemittel	55502, 59405	52	0
Kühlgeräte	35205	90	194
Kühl- und Klimageräte	35206	0	0
Batterien unsortiert, Lithiumakkus	35338	241	489
Bleiakkumulatoren <sup>4</sup>	35322	38.264	112
Ölabscheiderinhalte <sup>5</sup>	54702	3.660	4.280
Ölverunreinigte Betriebsmittel	54930	0	0
Bild-/Leuchtstoffröhren, Kondensatoren PCB-frei	35210, 35339, 35209	3	186
Laborabfälle	59305	52	116
Bildschirm-/elektronische/Groß-Geräte	35212, 35201, 35220	914	1.231
Reinigungs- und Lösemittelabfälle <sup>6</sup>	59405, 55377	0	4.000
Gase in Stahldruckflaschen (Feuerlöscher), Spraydosen	59802, 59803	13	0
Altmedikamente	53510	30	30
Gefährliche Abfälle pro Personalressource		40	6
<b>Altstoffe</b>	<b>185.705</b>	<b>111.333</b>	<b>177.460</b>
Buntglas	31469	1.810	2.720
Weißglas	31468	1.810	2.720
Metall/Dosen	35315	2.840	2.840
Bio-Sammlung <sup>7</sup>	91701	12.890	12.890
Kunststoff-Verpackungen <sup>8</sup>	57118	5.800	7.560
Kunststoff-PET	57130	0	0
Alteisen <sup>9</sup>	35103, 35105	63.880	51.470
Altpapier <sup>2</sup>	18718	86.570	93.460
Styropor	57108	0	200
Papier und Pappe, beschichtet	18702	10.105	3.600
<b>Insgesamt</b>	<b>331.934</b>	<b>201.829</b>	<b>289.518</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Konsequente Abfalltrennung und Verwertung von Wertstoffen reduzierten diese Abfälle.

<sup>2</sup> Erhöhung aufgrund von Übersiedelungen.

<sup>3</sup> Möbel wurden zerlegt und als Holz bzw. Altmetall entsorgt, im Jahr 2015 daher kein Sperrmüll.

<sup>4</sup> Erneuerung der unterbrechungsfreien Stromversorgung im Jahr 2014.

<sup>5</sup> Ölabscheider in der Garage.

<sup>6</sup> Erhöhung aufgrund Tankreinigung.

<sup>7</sup> Inkl. Grünschnitt (Gartenabfall).

<sup>8</sup> Neuordnung der Magistratsabteilung 48.

<sup>9</sup> Metallcontainer waren im Jahr 2014 und 2016 auszuscheiden.

der Tochtergesellschaft IG Immobilien 2016 abermals das Zertifikat für ethisches Handeln von der Österreichischen Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft (ÖGNI) verliehen wurde. Die intensiven Aktivitäten seit der Erstzertifizierung im Jahr 2013 wurden im Rahmen

der Konformitätsprüfung bestätigt, was ein Beleg für die bei IG Immobilien praktizierte Transparenz und Nachhaltigkeit ist. Damit nimmt die IG eine Vorreiterrolle in Fragen der Korruptionsbekämpfung und Ethik in der Immobilienwirtschaft ein.

## Umwelleistungen bis zum Jahr 2016 und Umweltprogramm 2017

	Verantwortlich	Termin	Status
<b>Weitere Ökologisierung der Beschaffung</b> Neues Konzept für die Nutzung von Laptops, Tabletcomputern	Fachabteilung	2016	Umgesetzt
<b>Sorgsamer Umgang mit Ressourcen, Verringerung der Emissionen, weitere Reduktion des Stromverbrauchs um 2%</b> Weiterentwicklung des Energiemanagements, Evaluierung von Energieeinsparpotenzialen Analyse betreffend Zusammenlegung der Kellerlüftungsanlagen Steuerung der Raumkühlung mittels Fenstersensoren (Ausbau) Fortgesetzter Bezug von zertifiziertem Ökostrom Pumpen-Effizienzsteigerung zur Minimierung des Energieverbrauchs Bedarfsabhängiges Beleuchtungskonzept bei Arbeitslampen Reinigungsmiteleinsatz mit Dosiergeräten Projekte zur Einsparung von elektrischem Strom LED-Sicherheits- und Gangbeleuchtung im Hauptgebäude und im Bürogebäude Nord LED-Sicherheits- und Gangbeleuchtung im Geldzentrum Haustechniklüftungszentrale Tausch des Warmwasserspeichers im Bürogebäude Nord	Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung Fachabteilung	laufend 2017/2018 2017 2016 2016 2016 laufend 2015/2016 2017 2016 2016	In Realisierung Geplant Geplant Umgesetzt Umgesetzt Fortsetzung Umgesetzt Umgesetzt Geplant In Realisierung In Realisierung
<b>Stärkung des Umweltbewusstseins, Schulungen</b> Förderung umweltfreundlicher Mobilität (Fahrrad, Verleihsystem „City Bike“) Aktionen „Autofreier Tag“ und „Tag der Sonne“: Motivierung der Belegschaft, umweltschonende Alternativen zu nutzen	Fachabteilung Umweltteam	2017 2017	Geplant Geplant
<b>Vernetzung und Kommunikation</b> Informationsinitiative z. B. mit Vorträgen, Erweiterung der Intranetinformationen Kooperationen mit Umweltpartnern wie WWF, Clube of Rome, B.A.U.M. Audit bei Entsorger	Umweltteam Umweltteam Abfallbeauftragter	2017 2017 2017	Geplant Fortsetzung Geplant

Quelle: OeNB.

### Gültigkeitserklärung nach EMAS

Die vorliegende aktualisierte Umwelterklärung der Oesterreichischen Nationalbank, Otto-Wagner-Platz 3, A-1090 Wien, wurde im Rahmen einer Begutachtung nach EMAS-VO von der Quality Austria Trainings, Zertifizierungs- und Begutachtungs GmbH, Zelinkagasse 10/3, 1010 Wien, Österreich, AT-V-0004 geprüft.



Der leitende Gutachter der Quality Austria Trainings-, Zertifizierungs- und Begutachtungs GmbH bestätigt hiermit, dass die Umweltpolitik, das Umweltprogramm, das Umweltmanagementsystem, die Umweltprüfung und das Umweltbetriebsprüfungsverfahren der Organisation mit der Verordnung (EG) Nr.1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Nov. 2009 (EMAS-VO) übereinstimmen und erklärt die relevanten Inhalte der Umwelterklärung nach Anhang IV Abschnitt B, Buchstaben a – h, für gültig.

Wien, am 31. Jänner 2017

Mag. Martin Nohava, Leitender Umweltgutachter

Die nächste aktualisierte Umwelterklärung wird im April 2018 publiziert.



## Beteiligungsspiegel

Tabelle 9

## Beteiligungen der OeNB zum 31. Dezember 2016

Anteil in %	Gesellschaft	Nennkapital
100	Münze Österreich Aktiengesellschaft, Wien	6.000.000,00 EUR
100	Schoeller Münzhandel GmbH, Wien	1.017.420,00 EUR
(100)	100 Schoeller Münzhandel Deutschland GmbH, Freiburg (Deutschland)	6.000.000,00 EUR
50	PRINT and MINT SERVICES GmbH, Wien	35.000,00 EUR
30,04	Argor Heraeus SA, Mendrisio (Schweiz)	6.369.000,00 CHF
(30,04)	100 Argor-Heraeus Deutschland GmbH, Pforzheim (Deutschland)	25.000,00 EUR
(30,04)	100 Argor-Heraeus Italia S.p.A., Cavenago Brianza (Italien)	520.000,00 EUR
(15,02)	50 Argor-Aljba SA, Mendrisio (Schweiz)	1.300.000,00 CHF
( 3,00)	10 Argor-Heraeus Latin America SpA, Santiago de Chile (Chile)	500.000,00 USD
16,67	World Money Fair Holding GmbH, Berlin (Deutschland)	30.000,00 EUR
(16,67)	100 World Money Fair Berlin GmbH, Berlin (Deutschland)	25.000,00 EUR
(16,67)	100 World Money Fair AG, Basel (Schweiz)	300.000,00 CHF
100	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH, Wien	10.000.000,00 EUR
50	PRINT and MINT SERVICES GmbH, Wien	35.000,00 EUR
95,34	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H., Wien	3.336.336,14 EUR
25	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H., Wien	100.000,00 EUR
100	IG Immobilien Invest GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	Austrian House S.A., Brüssel (Belgien)	5.841.610,91 EUR
100	City Center Amstetten GmbH, Wien	72.000,00 EUR
100	EKZ Tulln Errichtungs GmbH, Wien	36.000,00 EUR
100	HW Hohe Warte Projektentwicklungs- und ErrichtungsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
100	IG Belgium S.A., Brüssel (Belgien)	19.360.309,87 EUR
100	IG Döbling Herrenhaus-Bauträger GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Hungary Irodaközpont Kft., Budapest (Ungarn)	11.852,00 EUR
100	IG Immobilien Beteiligungs GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Immobilien M97 GmbH, Wien	120.000,00 EUR
100	IG Immobilien Management GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Immobilien Mariahilfer Straße 99 GmbH, Wien	72.000,00 EUR
100	IG Immobilien O20-H22 GmbH, Wien	110.000,00 EUR
100	IG Netherlands N1 and N2 B.V., Uithoorn (Niederlande)	91.000,00 EUR
40	U2 Stadtentwicklung GmbH, Wien	100.000,00 EUR
100	BLM Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	BLM-IG Bauträger GmbH, Wien	35.000,00 EUR
100	OWPS Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH, Wien	35.000,00 EUR

Quelle: OeNB, Beteiligungsgesellschaften.

Anmerkung: Werte in Klammer sind durchgerechnete Anteile der direkten Beteiligungen; Werte ohne Klammer sind die Anteile der direkt anteilhaltenden Gesellschaft.

Die Anteile der OeNB zum 31. Dezember 2016 an der Europäischen Zentralbank (EZB), Frankfurt (Deutschland), betragen 1,9631 % vom gezeichneten Kapital in Höhe von 10.825.007.069,61 EUR. Weiters hält die OeNB an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel (Schweiz), 8.000 Stück Aktien zu je 5.000 SZR und 564 Stück Aktien ohne Stimmrecht sowie an der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.), La Hulpe (Niederlande), 83 Anteile zu je 125,00 EUR.

Tabelle 9 zeigt gemäß § 68 Abs. 4 NBG die direkten und indirekten Beteiligungen der OeNB.



200 Jahre OeNB: Festakt in den Räumlichkeiten des Wiener Rathauses

Jahresabschluss 2016  
der Oesterreichischen Nationalbank

# Bilanz zum 31. Dezember 2016

## Aktiva

	31. Dezember 2016 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2015 <i>in EUR</i>
<b>1 Gold und Goldforderungen</b>	9.884.732.593,30	8.761.080.931,00
<b>2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	12.209.715.056,93	11.636.788.533,60
2.1 Forderungen an den IWF	3.049.210.388,05	2.828.026.715,02
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	9.160.504.668,88	8.808.761.818,58
<b>3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet</b>	1.939.890.544,19	1.220.515.937,97
<b>4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	1.245.741.625,67	1.489.326.678,01
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	1.245.741.625,67	1.489.326.678,01
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
<b>5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet</b>	11.346.040.000,00	14.222.680.000,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	1.510.000.000,00	3.465.000.000,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	9.836.040.000,00	10.657.680.000,00
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	100.000.000,00
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
<b>6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet</b>	87.637,80	69.350,30
<b>7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	46.192.165.558,32	29.700.582.449,04
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	37.087.132.326,18	19.256.340.779,30
7.2 Sonstige Wertpapiere	9.105.033.232,14	10.444.241.669,74
<b>8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte</b>	401.493.685,48	404.821.759,66
<b>9 Intra-Eurosystem-Forderungen</b>	30.317.848.467,51	29.594.344.377,51
9.1 Beteiligung an der EZB	221.613.272,84	221.613.272,84
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.137.636.924,67	1.137.636.924,67
9.3 Forderungen aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen <sup>1</sup>	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	28.958.598.270,00	28.235.094.180,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
<b>10 Schwebende Verrechnungen</b>	–	–
<b>11 Sonstige Aktiva</b>	9.018.108.322,36	9.956.941.576,94
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	93.357.387,19	122.650.338,21
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	141.058.691,31	144.577.830,63
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.247.992.853,52	7.889.507.099,91
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	–	–
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	567.109.902,12	472.620.419,83
11.6 Sonstiges	968.589.488,22	1.327.585.888,36
	<b>122.555.823.491,56</b>	<b>106.987.151.594,03</b>

<sup>1</sup> Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

## Passiva

	31. Dezember 2016 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2015 <i>in EUR</i>
<b>1 Banknotenumlauf</b>	28.893.071.480,00	27.795.370.995,00
<b>2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet</b>	27.445.812.846,01	21.531.959.034,62
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	23.154.812.846,01	20.208.959.034,62
2.2 Einlagefazilität	4.291.000.000,00	1.323.000.000,00
2.3 Termineinlagen	–	–
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
<b>3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet</b>	–	–
<b>4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen<sup>1</sup></b>	×	×
<b>5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	11.500.089.412,20	6.602.240.905,93
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	3.370.275.230,40	839.880.105,05
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	8.129.814.181,80	5.762.360.800,88
<b>6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	998.927.977,92	736.565.464,04
<b>7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	74.312,65	164.047,57
<b>8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	–	–
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	–	–
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
<b>9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte</b>	2.213.105.640,86	2.209.980.275,92
<b>10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten</b>	31.138.074.757,88	29.146.892.384,38
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven <sup>1</sup>	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	31.138.074.757,88	29.146.892.384,38
<b>11 Schwebende Verrechnungen</b>	–	288,96
<b>12 Sonstige Passiva</b>	439.616.240,52	706.057.217,57
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	109.429.508,14	28.971.528,13
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	19.643.789,05	13.617.743,74
12.3 Sonstiges	310.542.943,33	663.467.945,70
<b>13 Rückstellungen</b>	5.952.984.639,92	5.830.859.500,92
<b>14 Ausgleichsposten aus Neubewertung</b>	9.661.973.913,68	8.124.950.685,27
<b>15 Kapital und Rücklagen</b>	4.294.016.348,43	4.245.667.590,72
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.282.016.348,43	4.233.667.590,72
<b>16 Bilanzgewinn</b>	18.075.921,49	56.443.203,13
	<b>122.555.823.491,56</b>	<b>106.987.151.594,03</b>

<sup>1</sup> Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

## Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016

	Geschäftsjahr 2016 <i>in EUR</i>	Geschäftsjahr 2015 <i>in EUR</i>
1.1 Zinserträge	1.227.636.175,45	939.900.056,78
1.2 Zinsaufwendungen	-577.336.146,79	-306.354.021,51
1 Nettozinsergebnis	650.300.028,66	633.546.035,27
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	108.852.078,89	287.835.623,28
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-110.910.126,36	-68.916.992,40
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken	-150.000.000,00	-350.000.000,00
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-152.058.047,47	-131.081.369,12
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	5.543.197,80	4.583.656,11
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-4.440.627,29	-4.032.813,35
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	1.102.570,51	550.842,76
4 Erträge aus Beteiligungen	146.544.486,56	635.361.245,89
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	17.241.888,10	-14.783.929,91
6 Sonstige Erträge	29.783.629,93	24.293.802,71
<b>Nettoerträge insgesamt</b>	<b>692.914.556,29</b>	<b>1.147.886.627,60</b>
7 Personalaufwendungen	-156.893.523,61	-141.925.769,03
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-142.066.310,06	-122.034.764,98
9 Sachaufwendungen	-83.863.170,38	-84.736.068,41
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-14.549.936,73	-16.333.841,86
11 Aufwendungen für Banknoten	-15.116.586,96	-14.577.242,40
12 Sonstige Aufwendungen	-12.633.599,10	-15.702.899,22
<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>-425.123.126,84</b>	<b>-395.310.585,90</b>
<b>Geschäftliches Ergebnis</b>	<b>267.791.429,45</b>	<b>752.576.041,70</b>
13 Körperschaftsteuer	-66.947.857,36	-188.144.010,43
	<b>200.843.572,09</b>	<b>564.432.031,27</b>
14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-182.767.650,60	-507.988.828,14
<b>15 Bilanzgewinn</b>	<b>18.075.921,49</b>	<b>56.443.203,13</b>

## Anhang zum Jahresabschluss 2016

### Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

#### Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984<sup>1</sup> (NBG), BGBl. Nr. 50/1984 idgF, unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Artikel 26.4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB/EZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die ESZB-Rechnungslegungsvorschriften<sup>2</sup> wurden von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) übernommen und werden im vorliegenden Jahresabschluss in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Vorschriften keine Vorgaben enthalten, gelten die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und gemäß § 67 Abs. 3 NBG ergänzend die Bestimmungen des Dritten Buchs des Unternehmensgesetzbuchs (UGB). Ausnahmen von der Anwendung des UGB bestehen u. a. hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 199 UGB (Haftungsverhältnisse) und der §§ 244ff. UGB (Konzernabschluss). § 68 Abs. 3 NBG nimmt auch spezifische Lageberichtsangaben des § 243 UGB von der Anwendung aus. Die Aufstellung einer Steuerbilanz ist aufgrund § 72 NBG nicht notwendig. Damit kann es zu keinen Differenzen zwischen unternehmens- und steuerrechtlichen Wertansätzen für die OeNB kommen.

#### Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz und der GuV richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

#### Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, sind unionsrechtlich harmonisierte Rechnungslegungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die darin enthaltenen allgemeinen Rechnungslegungsgrundsätze sind: Bilanzwahrheit, Bilanzklarheit, Bilanzvorsicht, Stichtagsbezogenheit, Wesentlichkeit, Unternehmensfortführung, Periodenabgrenzung, Stetigkeit und Vergleichbarkeit.

Die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden durch die erstmalige Anwendung des UGB in der Fassung des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 (RÄG 2014) nicht berührt. Durch das RÄG 2014 war es erforderlich, zusätzliche Angaben im Anhang über den Gewinnverwendungsvorschlag und zu den Ereignissen nach dem Bilanzstichtag zu machen.

#### Erfassungszeitpunkt

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am Abschlussstag des Geschäfts) zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Wertpapiergeschäfte (inklusive Aktieninstrumenten) in Fremdwährung, die auf Grundlage des Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen einschließlich Aufschlag oder Abschlag werden taggenau ab dem Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit

<sup>1</sup> Das NBG wurde zuletzt mit Wirksamkeit zum 29. Dezember 2015 geändert.

<sup>2</sup> Leitlinie der EZB vom 3. November 2016 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2016/34).

zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlusstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Euro-Kurs erfasst.

### Bewertungsansatz

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte.<sup>3</sup>

Die Bewertung von Fremdwährungsbeständen umfasst die gesamte Position in einer Währung (einschließlich außerbilanzieller Geschäfte). Darüber hinaus werden Bestände an Sonderziehungsrechten (SZR) einschließlich bestimmter einzelner Fremdwährungsbestände, die der Absicherung des SZR-Währungsrisikos dienen, als ein Bestand behandelt. Die im Rahmen der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltenen Devisen werden als eine eigene Währungsposition geführt. In Fremdwährung denominierte Aktieninstrumente (Aktien und Aktienfonds), die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* auszuweisen sind, werden ebenso in einer separaten Währungsposition geführt.

Bei Wertpapieren und Fondsanteilen umfasst die Neubewertung die jeweilige Position in einer Wertpapiergattung, d. h. alle Wertpapiere mit derselben internationalen Wertpapier-Kennnummer.

Der aktuelle Bestand an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke ist zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen zu bilanzieren. Marktfähige Wertpapiere (außer Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden<sup>4</sup>) und vergleichbare Forderungen sind entweder zum Mittelkurs oder auf Grundlage der Renditenstrukturkurve am Bilanzstichtag auf Einzelwertpapierbasis zu bewerten. In Wertpapiere eingebettete Optionen werden nicht separat bewertet. Für das abgelau-

fene Geschäftsjahr wurden die Mittelkurse vom 30. Dezember 2016 herangezogen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene marktfähige Wertpapiere, nicht marktfähige Wertpapiere und illiquide Anteilspapiere werden allesamt zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bilanziert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert jeder Gesellschaft.

### Erfolgsermittlung

Realisierte Gewinne und Verluste können nur bei Transaktionen entstehen, die zu einer Verminderung einer Wertpapier- oder Währungsposition führen. Sie ergeben sich aus dem Vergleich des Transaktionswertes mit dem nach der Durchschnittsmethode ermittelten Anschaffungswert und müssen in der GuV erfasst werden.

Buchmäßige Gewinne und Verluste entstehen bei der Neubewertung durch Vergleich des Marktwertes mit dem nach der Durchschnittsmethode ermittelten Anschaffungswert. Buchmäßige Gewinne dürfen nicht erfolgswirksam vereinnahmt werden. Sie sind auf einem passivisch ausgewiesenen Neubewertungskonto zu buchen. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die GuV eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsergebnisses berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

<sup>3</sup> Da im Eurosystem-Bilanzschema keine außerbilanziellen Posten enthalten sind, werden solche Positionen als in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten geführt und dargestellt.

<sup>4</sup> Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind Wertpapiere mit fixen oder bestimmbaren Rückzahlungen und einer fixen Endfälligkeit, welche die OeNB beabsichtigt, bis zur Endfälligkeit zu halten.



**Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände**

*Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände* werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen. Bei Sachanlagen mit Anschaffungskosten von unter 10 Tsd EUR inklusive Umsatzsteuer erfolgt die Abschreibung im Anschaffungsjahr. Ausgenommen sind Zugänge von Streichinstrumenten, von Kunstgegenständen und zur Münzensammlung: Diese werden zu Anschaffungskosten aktiviert und es erfolgt keine lineare Abschreibung, da sie keinem regelmäßigen Wertverzehr unterliegen. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt. Eine Zuschreibung zu den fortgeschriebenen Anschaffungskosten bei Wegfall der Abwertungsgründe

wird den ESZB-Rechnungslegungsvorschriften entsprechend nicht vorgenommen. Die Abschreibungsdauer der einzelnen Vermögensgegenstände ist Tabelle 1 zu entnehmen.

**Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016**

Die realisierten Gewinne und Verluste sowie die Bewertungsdifferenzen sind in Tabelle 2 dargestellt.

**Banknotenumlauf, vorläufige EZB-Gewinnausschüttung und Intra-Eurosystem-Salden**

**Banknotenumlauf**

Die Ausgabe der Euro-Banknoten erfolgt durch die EZB und die nationalen Zentralbanken der 19 Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem bilden. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) anteilig auszuweisende Euro-Banknotenumlauf wird rechnerisch mit dem dafür vereinbarten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (logistischer Banknotenumlauf) werden 8 % auf die EZB und 92 % auf die nationalen Zentralbanken verteilt, wobei die 92 % nach den

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungsdauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR inklusive Umsatzsteuer (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über GuV) in Tsd EUR	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über GuV) in Tsd EUR	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2 (Verrechnung über GuV) in Tsd EUR	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten) in Tsd EUR
Gold	–	–	–	+1.123.652
Fremdwährungen Eigenbestand	37.228	–9.120	–198	+269.811
Wertpapiere Eigenbestand	91.621	–51.020	–58.139	+165.785
Eigenmittelveranlagung	59.506	–19.365	–1.685	–15.309
Geldpolitische Operationen	3	–	–	–
Beteiligungen der Eigenmittelveranlagung	–	–	–50.888	+5.816
<b>Insgesamt</b>	<b>188.358</b>	<b>–79.505</b>	<b>–110.910</b>	<b>+1.549.755</b>

Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Banknoten wird in der Bilanz im Passivposten 1 *Banknoten-umlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und ihrem Anteil am logistischen Banknoten-umlauf ergibt eine verzinsliche Intra-Eurosystem-Forderung oder Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit. Überwiegt der logistische Banknoten-umlauf, weist die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknoten-umlaufs innerhalb des Eurosystems* aus; überwiegt der nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende Nettoforderungen.

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vergleich zu den Werten vor der Euro-Bargeldeinführung nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-Salden in den ersten fünf Jahren nach der Einführung eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Banknoten-umlauf jeder nationalen Zentralbank im Referenzzeitraum und dem errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung der Ertrag aus dem Banknoten-umlauf (Seigniorage) nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird, der wiederum auf dem Kapitalanteil beruht, den jede nationale Zentralbank bei der EZB eingezahlt hat. Im Berichtsjahr waren die Anpassungen auf die Euro-Bargeldeinführung in Litauen (im Jahr 2015), Lettland (im Jahr 2014) und Estland (im Jahr 2011) zurückzuführen. Die Einschleifphasen enden mit Jahresende 2020, 2019 und 2016.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozins-ergebnis* erfasst.

### **Vorläufige EZB-Gewinnausschüttung**

Laut Beschluss des EZB-Rats steht den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ein Teil des Einkommens der EZB in dem Geschäftsjahr, in dem es erwirtschaftet wurde, zu. Dies betrifft den Ertrag der EZB aus ihrem 8-prozentigen Anteil am Euro-Banknoten-umlauf (Seigniorage der EZB) sowie den Ertrag, den die EZB mit den Wertpapierbeständen erzielt hat, die sie im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme, SMP), im Rahmen des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Third Covered Bond Purchase Programme, CBPP3), im Rahmen des Ankaufprogramms für forderungsbesicherte Wertpapiere (Asset-Backed Securities Purchase Programme, ABSPP) und im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors an den Sekundärmärkten (Public Sector Purchase Programme, PSPP) aufgebaut hat. Dieses Einkommen wird jeweils im darauffolgenden Jänner in Form einer vorläufigen Gewinnausschüttung verteilt, sofern der EZB-Rat keinen gegenteiligen Beschluss fasst. Es wird nur zur Gänze ausgeschüttet, wenn es unter dem jährlichen Nettogewinn der EZB liegt und der EZB-Rat keine Zuführung zur Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken beschließt. Auf Beschluss des EZB-Rats kann die Seigniorage auch um Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung gekürzt werden.

Der von der EZB an die OeNB ausgeschüttete Betrag ist im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* ausgewiesen.

### **Intra-Eurosystem-Salden**

Intra-Eurosystem-Salden fallen in erster Linie bei Auslandszahlungen innerhalb der EU an, die in Zentralbankgeld in Euro abgewickelt werden. Die Abwicklung erfolgt hauptsächlich im Rahmen des TARGET2-Zahlungsverkehrs. Im Zuge dessen gehen die Zentralbanken der EU-Länder bilaterale Forderungen oder Verbindlichkeiten auf ihren TARGET2-Konten ein. Die bilateralen Salden werden täglich verrechnet und auf die

EZB übertragen, sodass jede nationale Zentralbank nur eine bilaterale Nettoposition – nämlich gegenüber der EZB – ausweist. Die Intra-Eurosystem-Salden der OeNB gegenüber der EZB im Rahmen des TARGET2-Zahlungsverkehrs sowie sonstige auf Euro lautende Intra-Eurosystem-Salden (z. B. vorläufige Gewinnausschüttung der EZB an die nationalen Zentralbanken, Verteilung der monetären Einkünfte) werden in der Bilanz der OeNB saldiert unter Passivposten 10.4 *Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)* ausgewiesen. Intra-ESZB-Salden gegenüber nicht dem Eurosystem angehörenden nationalen Zentralbanken, die außerhalb des TARGET2-Zahlungsverkehrs anfallen, werden als *Forderungen oder Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets* ausgewiesen.

Intra-Eurosystem-Forderungen aus der EZB-Beteiligung der OeNB werden in der Bilanz unter Aktivposten 9.1 *Beteiligung an der EZB* ausgewiesen.

Intra-Eurosystem-Forderungen, die aus der Übertragung von Währungsreserven der OeNB an die EZB im Rahmen ihres Beitritts zum Eurosystem resultieren, werden unter Aktivposten 9.2 *Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven in Euro* ausgewiesen.

Intra-Eurosystem-Salden, die aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels resultieren, werden saldiert unter Aktivposten 9.4 *Netto-*

*forderungen aus der Verteilung des Euro-Banknoten-umlaufs innerhalb des Eurosystems* ausgewiesen.

### Risikovorsorgen für finanzielle Risiken und Mittel zur Verlustabdeckung

Dieser Posten umfasst direkt zur Risikobedeckung wie auch zur Verlustabdeckung verwendbare finanzielle Vorsorgen. Sie sind Bestandteile des Net Equity der OeNB und in Tabelle 5 dargestellt. Dem Gesamtbedeckungsgrundsatz der OeNB Rechnung tragend sind alle finanziellen Risiken den dafür vorgesehenen finanziellen Vorsorgen gegenüberzustellen. Für die Risikoberechnung werden die Neubewertungskonten unter Berücksichtigung des Netting-Verbots risikoreduzierend berücksichtigt. Zum Bilanzstichtag 2016 standen Risikovorsorgen für finanzielle Risiken in angemessener Höhe zur Verfügung.

Die Risikovorsorgen für finanzielle Risiken und die Mittel zur Verlustabdeckung zu den Bilanzstichtagen 2015 und 2016 sind in Tabelle 3 dargestellt.

### Nahestehende Unternehmen und Personen

Gemäß § 238 Abs. 1 Z12 UGB ist eine Angabe im Anhang zum Jahresabschluss vorgesehen, sofern Geschäfte mit nahestehenden Unterneh-

Tabelle 3

	31.12.2015 in Tsd EUR	Zunahme in Tsd EUR	Abnahme in Tsd EUR	31.12.2016 in Tsd EUR
<b>I. Risikovorsorgen für finanzielle Risiken</b>				
P 15.2 Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
P 13 Risikorückstellung (Rückstellung mit Rücklagencharakter)	3.525.000	+150.000	–	3.675.000
	<b>5.498.263</b>	<b>+150.000</b>	<b>–</b>	<b>5.648.263</b>
<b>II. Mittel zur Verlustabdeckung</b>				
P 15.2 Gewinnglättungsrücklage	74.980	+39.243	–	114.224
P 15.2 Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung <sup>1</sup>	1.500.000	–	–	1.500.000
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	+6.000	–	37.500
	<b>1.606.480</b>	<b>+45.243</b>	<b>–</b>	<b>1.651.724</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>7.104.743</b>	<b>+195.243</b>	<b>–</b>	<b>7.299.986</b>

<sup>1</sup> Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung  
Anmerkung: P = Passiva.

men und Personen („related parties“) für den Jahresabschluss wesentlich sind und unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden. In diesem Zusammenhang sind in der OeNB ein entsprechendes Berichtswesen und interne Kontrollmaßnahmen etabliert.

Sofern von der OeNB im Jahr 2016 Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen durchgeführt wurden, erfolgten diese zu marktüblichen Konditionen.

Die OeNB förderte im Geschäftsjahr 2016 Wirtschaftsforschungsinstitute (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Wien (WIFO), Institut für Höhere Studien (IHS), Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)), die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) sowie das Joint Vienna Institute (JVI) mit insgesamt 6.751 Tsd EUR (2015: 6.457 Tsd EUR).

Die Republik Österreich ist Alleineigentümerin der OeNB. Gemäß § 69 Abs. 3 NBG ist ein 90-prozentiger Anteil des Bundes am verbleibenden Reingewinn der OeNB (nach Körperschaftsteuer) sowie gemäß Beschluss der Generalversammlung zusätzlich vom restlichen Teil des Reingewinns eine Dividende von höchstens 10% des Anteils am Grundkapital vorgesehen.

## Nettowährungsposition der OeNB

Die Nettowährungsposition der OeNB zu den Bilanzstichtagen 2015 und 2016 ist in Tabelle 4 dargestellt.

## Net Equity

Die Definition des Net Equity richtet sich für Eurosystem-Zentralbanken nach den Darstellungen der EZB (Tabelle 5).

## Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

### Aktiva

#### 1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2016	<b>9.884.733</b>	
31.12.2015	8.761.081	
Veränderung	+1.123.652	(+12,8%)

Der Goldbestand beläuft sich per 31. Dezember 2016 auf 9.002.111,563 Unzen Feingold (ozf) oder 279.996,97 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 1.098,046 EUR/ozf (d. s. 35.303,00 EUR/kgf) ergibt sich der

Tabelle 4

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	9.884.733	8.761.081	+1.123.652	+12,8
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	12.209.715	11.636.789	+572.927	+4,9
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.939.891	1.220.516	+719.375	+58,9
Sonstige Aktiva	58.803	50.073	+8.731	+17,4
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	74	164	-90	-54,7
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	2.213.106	2.209.980	+3.125	+0,1
Sonstige Passiva	6.513	11.525	-5.012	-43,5
Ausgleichsposten aus Neubewertung <sup>1</sup>	51.012	58.534	-7.522	-12,9
	<b>21.822.436</b>	<b>19.388.254</b>	<b>+2.434.181</b>	<b>+12,6</b>
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	-1.817.777	-5.063.998	+3.246.222	+64,1
<b>Insgesamt</b>	<b>20.004.659</b>	<b>14.324.256</b>	<b>+5.680.403</b>	<b>+39,7</b>

<sup>1</sup> Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren und Derivaten in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Tabelle 5

	31.12.2015	Zunahme	Abnahme	31.12.2016
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
P 13 Risikorückstellung (mit Rücklagencharakter)	3.525.000	+150.000	–	3.675.000
P 14 Neubewertungskonten <sup>1</sup>	8.124.951	+1.537.023	–	9.661.974
P 15.1 Kapital	12.000	–	–	12.000
P 15.2 Rücklagen				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
Gewinnglättungsrücklage	74.980	+39.243	–	114.224
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	+6.000	–	37.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
<b>Net Equity</b>	<b>15.241.694</b>	<b>+1.732.266</b>	<b>–</b>	<b>16.973.960</b>

<sup>1</sup> Enthält sowohl buchmäßige Bewertungsgewinne als auch jene Aufwertungseffekte, die aus der Neubewertung der Wertpapiere und der Beteiligungen im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 resultierten.

Anmerkung: P = Passiva.

ausgewiesene Bilanzwert von 9.884.733 Tsd EUR.

Die ausgewiesene Veränderung resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2016.

## 2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
<b>31.12.2016</b>	<b>12.209.715</b>	
31.12.2015	11.636.789	
Veränderung	+572.927	(+4,9%)

Der Aktivposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Im Bilanzjahr wurde die 14. Quotenrevision gemäß BGBl. I Nr. 93/2012 durchgeführt. Sie führte zu einer Erhöhung der Gesamtforderung um 1.818 Mio SZR von 2.113,9 Mio SZR auf 3.932,0 Mio SZR und zu einer Erhöhung des nicht abberufenen Teils der Quote um 1.364 Mio SZR. Die Forderung aus der Beteiligung am IWF erhöhte sich daher im Ausmaß von 454.525 Tsd SZR (571.625 Tsd EUR). Der nicht abberufene Teil der Quote hat im Jahr 2016 durch Gutschriften und Anlastungen des IWF eine Zunahme um 317.104 Tsd EUR erfahren. Weiters haben sich die Bewertung und die Effekte aus per saldo realisierten Kursgewinnen und Buchwertangleichungen mit insgesamt +2.830 Tsd EUR ausgewirkt. In Summe ergibt sich somit eine Erhöhung der Forderung aus der

Tabelle 6

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) <sup>1</sup>	5.011.727	2.690.572	+2.321.155	+86,3
abzüglich:				
Nicht abberufener Teil der Quote	4.437.676	2.373.871	+2.063.805	+86,9
Forderung aus der Beteiligung am IWF	574.051	316.701	+257.350	+81,3
SZR im Rahmen des IWF	2.069.818	2.067.423	+2.395	+0,1
Sonstige Forderungen gegen den IWF	405.342	443.903	–38.561	–8,7
<b>Insgesamt</b>	<b>3.049.210</b>	<b>2.828.027</b>	<b>+221.184</b>	<b>+7,8</b>

<sup>1</sup> Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Beteiligung am IWF um 257.350 Tsd EUR auf 574.051 Tsd EUR.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der SZR-Zinssatz – zwischen 0,050% und 0,273% p. a. bewegte.

Die *SZR im Rahmen des IWF*<sup>5</sup> stehen zum 31. Dezember 2016 mit 1.623,9 Mio SZR zu Buche. Die im Jahr 2016 eingetretene Zunahme um per saldo 2.395 Tsd EUR ist auf die Remuneration der Beteiligung am IWF, Zinsabrechnungen, Realisate und Bewertungsdifferenzen abzüglich Verkäufe im Ausmaß von 808 Tsd EUR zurückzuführen.

Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 1.736,3 Mio SZR beläuft. Hinsichtlich dieser Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme, der im Fall der Inanspruchnahme eine gleich hohe Forderung gegenübersteht, wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

Per 1. Oktober 2016 wurde der Chinesische Renminbi Yuan (CNY) in den Währungskorb der SZR aufgenommen.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* wird die Leistung österreichischer Beiträge im Rahmen der New Arrangements to Borrow (NAB) im Zusammenhang mit IWF-Hilfsaktionen ausgewiesen. Auf Basis des BGBl. I Nr. 114/2010 wurde die OeNB ermächtigt, im Namen der Republik Österreich im Rahmen der Aufstockung der NAB den Kreditrahmen auf höchstens 3,6 Mrd SZR zu erhöhen. Mit dem IWF wurde ein Rahmen von bis zu 1,82 Mrd SZR vereinbart. Die NAB sind am 11. März 2011 in Kraft getreten. Im Bilanzjahr hat der IWF einer Verlängerung der NAB in gleicher Höhe und zu gleichen Konditionen wie bisher um fünf Jahre bis November 2022 zugestimmt. Im Rah-

men der NAB wurde die OeNB bisher mit insgesamt 637,4 Mio SZR in Anspruch genommen. Dem stehen Rückzahlungen in Höhe von 319,4 Mio SZR gegenüber, daher per saldo 318,0 Mio SZR im Gegenwert von 405,3 Mio EUR. Für den derzeit nicht in Anspruch genommenen Teil der NAB ist zum 31. Dezember 2016 eine Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF für eine mögliche entgeltliche Inanspruchnahme durch den IWF, der im Fall der Inanspruchnahme eine gleich hohe Forderung gegenübersteht, eingestellt (siehe *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten*).

Mit dem Inkrafttreten des BGBl. I Nr. 101/2013 wurde die OeNB ermächtigt, im Rahmen eines bilateralen Vertrags dem IWF eine zeitlich begrenzte Kreditlinie im Umfang von maximal 6,13 Mrd EUR zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang wurde zum 31. Dezember 2016 eine Eventualverpflichtung für eine mögliche entgeltliche Inanspruchnahme durch den IWF, der im Fall der Inanspruchnahme eine gleich hohe Forderung gegenübersteht, eingestellt (siehe *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten*).

Am 4. Februar 2015 beschloss der IWF, einen Catastrophe Containment and Relief Trust (CCR-Trust) einzurichten. Österreich sagte einen Betrag von 2,7 Mio EUR zu, den die OeNB zu übernehmen bereit war. Im Jahresabschluss 2015 wurde dafür eine Rückstellung gebildet.

Nach einer Begutachtung des Gesetzesentwurfs durch die EZB kam diese 2016 zum Schluss, dass die Beteiligung Österreichs am CCR-Trust des IWF als verbotene Staatsfinanzierung gemäß Art. 123(1) des Vertrags über die Arbeitsweise der europäischen Union (AEUV) zu werten und daher abzulehnen sei. Aufgrund dieser Entscheidung hat die OeNB keinen Beitrag an den CCR-Trust des IWF geleistet. Die Rückstellung wurde aufgelöst (siehe auch Passivposten 13 *Rückstellungen*).

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

<sup>5</sup> Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiva einzustellen.

Tabelle 7

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	374.362	883.063	-508.701	-57,6
Wertpapiere	8.786.142	7.925.699	+860.443	+10,9
<b>Insgesamt</b>	<b>9.160.505</b>	<b>8.808.762</b>	<b>+351.743</b>	<b>+4,0</b>

Tabelle 8

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	631.278	184.063	+447.215	n.a.
Wertpapiere	1.308.613	1.036.453	+272.160	+26,3
<b>Insgesamt</b>	<b>1.939.891</b>	<b>1.220.516</b>	<b>+719.375</b>	<b>+58,9</b>

Tabelle 9

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	658.147	750.762	-92.615	-12,3
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	587.594	738.565	-150.970	-20,4
<b>Insgesamt</b>	<b>1.245.742</b>	<b>1.489.327</b>	<b>-243.585</b>	<b>-16,4</b>

### 3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet sind in Tabelle 8 enthalten.

Im Jahr 2016 wurden im Rahmen der Sonderfinanzierungsfazilität (EUR/USD-Swapgeschäfte) zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York (Fed) weitere EUR/USD-Swapgeschäfte in Höhe von 3.084 Mio USD getätigt. Konkret ging die EZB ihrerseits Back-to-back-Swapgeschäfte mit nationalen Zentralbanken des Euroraums ein, die wiederum ihre Geschäftspartner auf Swapbasis im Rahmen von Rückkaufsvereinbarungen mit USD-Liquidität versorgten. Davon waren 665 Mio USD (gegenüber 200 Mio USD für 2015) zum Bilanzstichtag 2016 aushaftend.

### 4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung des Bilanzpostens 4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite zu den Bilanzstichtagen 2015 und 2016 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Aufgrund der Werthaltigkeit der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, war – wie auch im Jahr 2015 – keine Wertminderung zum Bilanzstichtag vorzunehmen. Die Bilanzierung der übrigen Wertpapiere erfolgte zum Marktwert.

### 5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt (Tabelle 10).

Einkünfte aus der gemeinsamen Geldpolitik werden im Eurosystem geteilt (siehe GuV-Posten 5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften). Sofern Verluste aus geldpolitischen Operationen auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB/EZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

Zu Verlusten kommt es dann, wenn Geschäftspartner ausfallen und die Verwertung der

Tabelle 10

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	1.510.000	3.465.000	-1.955.000	-56,4
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	9.836.040	10.657.680	-821.640	-7,7
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	–	100.000	-100.000	-100,0
<b>Insgesamt</b>	<b>11.346.040</b>	<b>14.222.680</b>	<b>-2.876.640</b>	<b>-20,2</b>

von ihnen gestellten Sicherheiten die Außenstände nicht abdeckt. Bestimmte Sicherheiten, welche die nationalen Zentralbanken nach eigenem Ermessen akzeptieren können, sind auf Beschluss des EZB-Rats vom Risikoausgleich innerhalb des Eurosystems ausgeschlossen.

### 5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte dienen der wöchentlichen Liquiditätszufuhr an Kreditinstitute im Eurosystem. Sie werden mit einer Laufzeit von normalerweise einer Woche und in der Regel im Rahmen von Standardtendern durchgeführt und seit Oktober 2008 als Mengentender mit voller Zuteilung abgewickelt. Sie spielen eine Schlüsselrolle im Hinblick auf das Ziel, das Zinsniveau und die Marktliquidität zu steuern und Signale bezüglich des geldpolitischen Kurses zu setzen.

Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde mit Wirkung vom 16. März 2016 um 0,05 Prozentpunkte auf 0,00 % p. a. gesenkt.

### 5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Zweck der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte ist es, die Geschäftspartner zusätzlich zu den Hauptrefinanzierungsgeschäften längerfristig mit Liquidität zu versorgen. Im Jahr 2016 wurden Refinanzierungsgeschäfte mit Laufzeiten zwischen drei und 48 Monaten durchgeführt, und zwar als Mengentender mit voller Zuteilung.

Im Jahr 2014 wurden erstmals zwei längerfristige Refinanzierungsgeschäfte im Rahmen

der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations, TLTRO) mit einer Sonderlaufzeit von je rund vier Jahren und einer vorzeitigen gänzlichen oder teilweisen Rückzahlungsmöglichkeit nach zwei Jahren beschlossen.<sup>6</sup> Die OeNB schloss mit österreichischen Kreditinstituten Geschäfte in Höhe von insgesamt 7,6 Mrd EUR (Eurosystem: 212,4 Mrd EUR) ab. 2015 wurden vier weitere längerfristige Refinanzierungsgeschäfte im Rahmen der TLTRO mit einer Sonderlaufzeit von rund drei Jahren und einer vorzeitigen gänzlichen oder teilweisen Rückzahlungsmöglichkeit nach zwei Jahren durchgeführt. Die OeNB schloss mit österreichischen Kreditinstituten Geschäfte in Höhe von insgesamt 1,9 Mrd EUR (Eurosystem: 205,5 Mrd EUR) ab.

Für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte – außer jenen der TLTRO II – kommt der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte zur Anwendung.

Im März 2016 beschloss der EZB-Rat eine weitere Reihe von vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (Targeted Longer-Term Refinancing Operations II, TLTRO II) mit einer Sonderlaufzeit von je rund vier Jahren und einer vorzeitigen Rückzahlungsmöglichkeit nach zwei Jahren.<sup>7</sup> Der zur Anwendung kommende Zinssatz für Geschäfte im Rahmen der TLTRO II hängt von der individuellen Nettokreditvergabe der jeweiligen Geschäftsbank zwischen dem Zeitpunkt der Zuteilung und Jänner 2018 ab. Der tatsächliche Zinssatz wird 2018 festgesetzt und zwischen dem Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und dem Zinssatz für die

<sup>6</sup> Beschluss der EZB vom 29. Juli 2014 über Maßnahmen im Zusammenhang mit gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (EZB/2014/34), zuletzt geändert am 10. Februar 2015 (EZB/2015/5).

<sup>7</sup> Beschluss der EZB vom 28. April 2016 über eine zweite Reihe gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (EZB/2016/10), zuletzt geändert am 31. Oktober 2016 (EZB/2016/30).



Einlagefazilität zum Zeitpunkt der Zuteilung liegen. Da der tatsächliche Zinssatz erst im Jahr 2018 bekannt sein wird und zum jetzigen Zeitpunkt nicht zuverlässig geschätzt werden kann, wurde für die Verzinsung der Geschäfte im Rahmen der TLTRO II im Jahr 2016 der Zinssatz der Einlagefazilität herangezogen, um so dem Vorsichtsprinzip Genüge zu tun.

Im Bilanzjahr wurden drei der insgesamt vier Refinanzierungsgeschäfte im Rahmen der TLTRO II durchgeführt. Die OeNB schloss mit österreichischen Kreditinstituten Geschäfte (Laufzeit von 29. Juni 2016 bis 24. Juni 2020, von 28. September 2016 bis 30. September 2020 sowie von 21. Dezember 2016 bis 16. Dezember 2020) in Höhe von insgesamt 7,9 Mrd EUR (Eurosistem: 506,7 Mrd EUR) ab.

Die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte der OeNB im Rahmen der TLTRO wurden davon vollständig zurückgezahlt. Sämtliche längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte wurden als Mengentender mit voller Zuteilung durchgeführt.

### 5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität

Die Spitzenrefinanzierungsfazilität ermöglicht es Geschäftspartnern, von ihrer nationalen Zentralbank gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten „Übernachtsliquidität“ zum dafür festgesetzten Zinssatz zu erhalten.

Im Jahr 2016 wurde diese „Übernachtsliquidität“ in Höhe von insgesamt 270 Mio EUR in

Anspruch genommen. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde mit Wirkung vom 16. März 2016 um 0,05 Prozentpunkte auf 0,25 % p. a. gesenkt.

### 6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2016	88	
31.12.2015	69	
Veränderung	+18	(+26,4%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren.

### 7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2015 und 2016 ist in Tabelle 11 dargestellt.

#### 7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke

Dieser Posten umfasst Wertpapiere, die von der OeNB im Rahmen der CBPP1, CBPP2, CBPP3,<sup>8</sup> SMP<sup>9</sup> und PSPP<sup>10</sup> erworben wurden. Diese Wertpapiere werden zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bilanziert.

Tabelle 11

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	37.087.132	19.256.341	+17.830.792	+92,6
7.2 Sonstige Wertpapiere	9.105.033	10.444.242	-1.339.208	-12,8
davon:				
Wertpapiere	7.346.691	7.709.170	-362.479	-4,7
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	1.758.342	2.735.071	-976.729	-35,7
<b>Insgesamt</b>	<b>46.192.166</b>	<b>29.700.582</b>	<b>+16.491.583</b>	<b>+55,5</b>

<sup>8</sup> Beschlüsse der EZB vom 2. Juli 2009 über die Umsetzung des Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (EZB/2009/16), vom 3. November 2011 über die Umsetzung des zweiten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (EZB/2011/17) und vom 15. Oktober 2014 über die Umsetzung des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (EZB/2014/40), zuletzt geändert am 11. Jänner 2017 (EZB/2017/2).

<sup>9</sup> Beschluss der EZB vom 14. Mai 2010 zur Einführung eines Programms für die Wertpapiermärkte (EZB/2010/5).

<sup>10</sup> Beschluss der EZB vom 4. März 2015 über ein Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors an den Sekundärmärkten (EZB/2015/10), zuletzt geändert am 11. Jänner 2017 (EZB/2017/1).

Tabelle 12

	31.12.2016			31.12.2015			Veränderung					
	Nominalwert	Buchwert	Marktwert	Nominalwert	Buchwert	Marktwert	Nominalwert	Buchwert		Marktwert		
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %	in Tsd EUR	in %	in Tsd EUR	in %
CBPP1	80.562	80.666	81.349	389.580	390.600	399.289	-309.018	-79,3	-309.934	-79,3	-317.941	-79,6
CBPP2	382.900	383.000	416.593	461.940	462.901	499.887	-79.040	-17,1	-79.900	-17,3	-83.293	-16,7
CBPP3	4.190.917	4.314.484	4.388.222	3.316.414	3.457.761	3.440.665	+874.503	+26,4	+856.724	+24,8	+947.557	+27,5
SMP	2.950.967	2.890.478	3.220.359	3.635.967	3.542.897	3.973.566	-685.000	-18,8	-652.419	-18,4	-753.207	-19,0
PSPP <sup>1</sup>	24.711.343	29.418.504	29.784.250	9.869.835	11.402.183	11.377.125	+14.841.508	+150,4	+18.016.321	+158,0	+18.407.125	+161,8
<b>Insgesamt</b>	<b>32.316.689</b>	<b>37.087.132</b>	<b>37.890.774</b>	<b>17.673.736</b>	<b>19.256.341</b>	<b>19.690.533</b>	<b>+14.642.953</b>	<b>+82,9</b>	<b>+17.830.792</b>	<b>+92,6</b>	<b>+18.200.241</b>	<b>+92,4</b>

<sup>1</sup> Government/Agency Bonds.

Die Nominalwerte, die fortgeschriebenen Anschaffungskosten (= Buchwert) und die Marktwerte (welche zu Informationszwecken angegeben und nicht in der Bilanz ausgewiesen werden) der im Rahmen der genannten Ankaufprogramme erworbenen Wertpapiere sind in Tabelle 12 dargestellt.

Innerhalb des CBPP1 erwarben die EZB und die nationalen Zentralbanken im Euroraum begebene gedeckte Schuldverschreibungen, wobei der Rahmen bis Ende Juni 2010 ausgeschöpft wurde. Das Gesamtausmaß für Ankäufe von gedeckten Schuldverschreibungen im Eurosystem belief sich für das CBPP1 auf eine Nominale von 60 Mrd EUR, wovon rund 1,5 Mrd EUR auf die OeNB entfielen.

Innerhalb des CBPP2 erwarben die EZB und die nationalen Zentralbanken im Euroraum begebene gedeckte Schuldverschreibungen, um die Refinanzierungsbedingungen für Kreditinstitute und Unternehmen zu vereinfachen und die Kreditinstitute dazu anzuhalten, die Kreditgewährung an ihre Kundinnen und Kunden aufrechtzuerhalten und auszuweiten. Dieses Programm wurde am 31. Oktober 2012 plangemäß abgeschlossen. Für das CBPP2 belief sich das Gesamtausmaß der Ankäufe im Eurosystem auf eine Nominale von 16,4 Mrd EUR, wovon rund 0,5 Mrd EUR auf die OeNB entfielen.

Innerhalb des CBPP3 erwerben die EZB und die nationalen Zentralbanken seit Oktober 2014 sowohl auf dem Primär- als auch auf dem Sekundärmarkt auf Euro lautende und im Euroraum begebene gedeckte Schuldverschreibungen, um die Refinanzierungsbedingungen für Kreditinstitute zu vereinfachen.

Im Rahmen des im Mai 2010 begonnenen SMP erwarben die EZB und die nationalen Zentralbanken Schuldverschreibungen des öffentlichen und des privaten Sektors im Euroraum, um so auf Störungen in bestimmten Segmenten des Wertpapiermarktes im Euroraum zu reagieren und dafür zu sorgen, dass der geldpolitische Transmissionsmechanismus wieder funktioniert. Das SMP wurde im September 2012 aufgehoben.<sup>11</sup>

Im Jänner 2015 beschloss der EZB-Rat, die bestehenden Ankaufprogramme um das PSPP zu ergänzen. Zweck dieses Programms ist es, für eine weitere Lockerung der monetären und finanziellen Bedingungen inklusive der Kreditbedingungen für nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte im Euroraum zu sorgen, um so den Konsum und die Unternehmensinvestitionen im Euroraum zu stützen. Im Rahmen dieses Programms können die EZB und die nationalen Zentralbanken auf dem Sekundärmarkt auf Euro lautende, von Staaten des Euroraums und staatsnahen Emittenten (PSPP-Government/Agency Bonds) sowie von europäischen Institutionen (PSPP-Supranational Bonds) begebene Anleihen erwerben.

Im Jahr 2016 wurde das erweiterte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP), bestehend aus dem

<sup>11</sup> Beschluss des EZB-Rats vom 6. September 2012.

CBPP3, dem ABSPP<sup>12</sup> und dem PSPP, um das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme, CSPP<sup>13</sup>) ergänzt. Wertpapiere innerhalb des ABSPP und CSPP werden nicht von der OeNB, sondern nur von der EZB beziehungsweise einzelnen nationalen Zentralbanken im Eurosystem erworben. Im Rahmen des APP hat das Eurosystem seit März 2015 monatlich Wertpapiere in Höhe von rund 60 Mrd EUR angekauft. Beginnend mit April 2016 bis März 2017 wurde das Volumen der monatlichen Ankäufe auf durchschnittlich 80 Mrd EUR erhöht. Im Dezember 2016 beschloss der EZB-Rat, dass die Ankäufe innerhalb des APP ab März 2017 monatlich netto in einer Höhe von 60 Mrd EUR bis Dezember 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus fortgesetzt werden und in jedem Fall so lange, bis für den EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung in Richtung der angestrebten Inflationsrate zu erkennen ist.<sup>14</sup> Falls sich die Aussichten bis dahin verschlechtern oder wenn die finanziellen Bedingungen nicht mehr mit dem weiteren Fortschritt hin zu einer nachhaltigen Korrektur in Richtung der angestrebten Inflationsrate im Einklang stehen, beabsichtigt der EZB-Rat das Programm hinsichtlich der Höhe und/oder der Dauer zu erweitern. Die Nettoankäufe erfolgen zusätzlich zur Wiederveranlagung von Tilgungszahlungen aus dem APP-Bestand.

Sofern Verluste aus CBPP3, SMP oder PSPP-Supranational Bonds auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB/EZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

Der EZB-Rat überprüft regelmäßig die finanziellen Risiken, die aus dem Ankauf von

Wertpapieren im Rahmen dieser Programme resultieren. Auf Basis der geschätzten erzielbaren Erträge zum Jahresende werden jährliche Werthaltigkeitsprüfungen durchgeführt, die vom EZB-Rat zu bestätigen sind. Infolge einer zum 31. Dezember 2016 durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung für Wertpapiere, die im Rahmen der Programme CBPP1, CBPP2, CBPP3, SMP und PSPP erworben wurden, ging der EZB-Rat davon aus, dass sämtliche künftigen Zahlungen aus diesen Wertpapieren geleistet werden.<sup>15</sup> Es ergab sich daraus zum 31. Dezember 2016 – wie 2015 – keine Wertminderung.

## 7.2 Sonstige Wertpapiere

Die Veränderung ist im Wesentlichen auf Transaktionen zurückzuführen. Aufgrund der Werthaltigkeit der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, war keine Wertminderung zum Bilanzstichtag vorzunehmen. Die Bilanzierung der übrigen Wertpapiere erfolgte zum Marktwert.

## 8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2016	401.494	
31.12.2015	404.822	
Veränderung	-3.328	(-0,8%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierten Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988 idgF, welches die OeNB in § 21 Abs. 1 Z 2 ausdrücklich berechtigt, eine unverzinsten Forderung gegen den Bund in Höhe der

<sup>12</sup> Beschluss der EZB vom 19. November 2014 über die Umsetzung des Ankaufprogramms von Asset-Backed-Securities (EZB/2014/45), zuletzt geändert am 11. Jänner 2017 (EZB/2017/3).

<sup>13</sup> Beschluss der EZB vom 1. Juni 2016 zur Umsetzung des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (EZB/2016/16).

<sup>14</sup> Beschluss des EZB-Rats vom 8. Dezember 2016.

<sup>15</sup> Beschluss des EZB-Rats vom 16. Jänner 2017.

Tabelle 13

	in Tsd EUR
Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an die Münze Österreich AG gegen Verrechnung mit dem Bund	+4.537
Verwertungserlöse	-2.051
Tilgung aus dem Gewinnanteil des Bundes für das Jahr 2015	-5.814
<b>Insgesamt</b>	<b>-3.328</b>

Nennwerte der angesammelten Silbermünzen einzustellen. Die Veränderung im Jahr 2016 ist in Tabelle 13 dargestellt.

Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten vom Bund zu tilgen. Für den – erst zum Jahresende 2040 feststehenden – Teil der nicht tilgbaren Bundesschuld wird eine passivseitige Vorsorge getroffen.

## 9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
<b>31.12.2016</b>	<b>30.317.848</b>	
31.12.2015	29.594.344	
Veränderung	+723.504	(+2,4%)

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2015 und 2016 kann Tabelle 14 entnommen werden.

### 9.1 Beteiligung an der EZB

Gemäß Artikel 28 der ESZB/EZB-Satzung kann das Kapital der EZB nur von den nationalen Zentralbanken des ESZB gezeichnet werden. In

diesem Bilanzposten wird daher der Kapitalanteil, den die OeNB an der EZB gemäß Artikel 29 der ESZB/EZB-Satzung hält, ausgewiesen, wobei der Schlüssel für die Kapitalzeichnung alle fünf Jahre anzupassen ist. Die letzte Anpassung trat per 1. Jänner 2015 in Kraft.

Dementsprechend beträgt der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital (relativer Kapitalschlüssel) unverändert 2,7888 %.

### 9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven<sup>16</sup> gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zum Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten. Diese Forderungen werden mit dem jeweils aktuellen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (vermindert um einen Abschlag für die unverzinsten Goldbestände) verzinst. Ein Anspruch der OeNB gegenüber der EZB auf Rückübertragung dieser Währungen besteht nicht, da die korrespondierende Forderung in Euro denominated ist. Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

### 9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die

Tabelle 14

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	221.613	221.613	–	–
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.137.637	1.137.637	–	–
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	28.958.598	28.235.094	+723.504	+2,6
<b>Insgesamt</b>	<b>30.317.848</b>	<b>29.594.344</b>	<b>+723.504</b>	<b>+2,4</b>

<sup>16</sup> Gemäß Artikel 30 der ESZB/EZB-Satzung.

Tabelle 15

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	93.357	122.650	-29.293	-23,9
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	141.059	144.578	-3.519	-2,4
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.247.993	7.889.507	-641.514	-8,1
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	567.110	472.620	+94.489	+20,0
11.6 Sonstiges	968.589	1.327.586	-358.996	-27,0
<b>Insgesamt</b>	<b>9.018.108</b>	<b>9.956.942</b>	<b>-938.833</b>	<b>-9,4</b>

sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch *Banknoten-umlauf, vorläufige EZB-Gewinnausschüttung und Intra-Eurosystem-Salden*).

### 11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der OeNB an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

## 11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 15 dargestellt.

Tabelle 16

	AHK 1.1.2016 kumulierte AfA 1.1.2016 BW 1.1.2016 in Tsd EUR	Zugang AfA des Jahres in Tsd EUR	Abgang AfA Abgang in Tsd EUR	Umbuchung AfA Umbuchung in Tsd EUR	AHK 31.12.2016 kumulierte AfA 31.12.2016 BW 31.12.2016 in Tsd EUR
Gebäude und Grundstücke	122.712 <sup>1</sup> -65.285 57.428	277 -5.087	-261 145	- -	122.728 -70.227 52.502
Anlagen in Bau	2.104 - 2.104	3.064 -	- -	-509 -	4.659 - 4.659
Einrichtungen und Maschinen	97.589 -59.629 37.960	4.900 -9.445	-3.265 <sup>2</sup> 3.070	509 -	99.733 -66.004 33.730
Mobile Sachwerte	50.086 -3.037 47.050	3.101 -	- -	- -	53.187 -3.037 50.150
Immaterielle Vermögensgegenstände	90 -54 36	- -18	- -	- -	90 -72 18
<b>Insgesamt</b>	<b>272.582</b> <b>-128.004</b> <b>144.578</b>	<b>11.342</b> <b>-14.550</b>	<b>-3.526</b> <b>3.215</b>	<b>-</b> <b>-</b>	<b>280.397</b> <b>-139.339</b> <b>141.059</b>

<sup>1</sup> Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

<sup>2</sup> Die Abgänge zu Buchwerten (d. s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 195 Tsd EUR.

Anmerkung: AHK = Anschaffungs- und Herstellungskosten, AfA = Absetzung für Abnutzung, BW = Buchwert.

Tabelle 17

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in%
Wertpapiere	6.599.610	7.196.275	-596.665	-8,3
Beteiligungen	647.852	692.715	-44.863	-6,5
Sonstige Veranlagungen und Forderungen	530	517	+13	+2,6
<b>Insgesamt</b>	<b>7.247.993</b>	<b>7.889.507</b>	<b>-641.514</b>	<b>-8,1</b>

## 11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten Gebäude und Grundstücke, Anlagen in Bau, Einrichtungen und Maschinen (Geschäftsausstattung, EDV-Hard- und Software, Kraftfahrzeuge), Mobile Sachwerte sowie Nutzungs- und Verwertungsrechte (Tabelle 16).

Die Zugänge unter *Anlagen im Bau* im Jahr 2016 betrafen zur Gänze die Beschaffung bzw. Integration eines neuen Treasury-Systems.

Die *Mobilen Sachwerte* umfassen die OeNB-Münzensammlung und die Sammlung historischer Streichinstrumente. Die Streichinstrumentensammlung wurde im Jahr 2016 um zwei Violinen erweitert und besteht zum Bilanzstichtag 2016 aus 31 Violinen, 6 Violoncelli und 3 Violen. Die Streichinstrumente werden im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musikerinnen und Musiker verliehen.

EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.503.322 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 3.421.792 Tsd EUR.<sup>17</sup> Aus der Bewertung der Wertpapiere, die der Eigenmittelveranlagung gewidmet sind, resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 33.632 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 1.685 Tsd EUR gegenüberstehen.

Von den *Beteiligungen* sind 348.358 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 299.494 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet. Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 18.

Die Abschreibungen resultieren im Wesentlichen aus der ausschüttungsbedingten Verminderung des Substanzwertes der MÜNZE.

Tabelle 18

	in Tsd EUR
Substanzwert zum 31.12.2015	692.715
Zugänge im Jahr 2016	–
Abgänge im Jahr 2016 (zu Buchwerten)	–
Abschreibungen des Jahres 2016	-50.888
Neubewertung im Jahr 2016	+6.025
Substanzwert zum 31.12.2016	647.852

## 11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 17 dargestellt.

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.633.818 Tsd EUR der Veranlagung der *Pensionsreserve* und 1.544.393 Tsd

Tabelle 19

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in%
Aktive Rechnungsabgrenzungen	14.547	13.691	+856	+6,3
Aktive Antizipationen	552.563	458.930	+93.633	+20,4
<b>Insgesamt</b>	<b>567.110</b>	<b>472.620</b>	<b>+94.489</b>	<b>+20,0</b>

<sup>17</sup> Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, die Gewinnglättungsrücklage, das ERP-Sondervermögen sowie die Risikorückstellung.

Tabelle 20

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	702.800	668.292	+34.508	+5,2
Schilling-Scheidemünzen	5.530	5.337	+192	+3,6
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmende	9.734	8.873	+861	+9,7
Arbeitgeberdarlehen	24.812	–	+24.812	x
Geleistete Vorauszahlungen	7.859	8.840	–981	–11,1
Forderung gegenüber dem Finanzamt aus KÖSt-Vorauszahlung 2016	21.649	–	+21.649	x
Forderung aus Lieferungen und Leistungen	13.170	4.596	+8.573	+186,5
Forderung gegenüber Münze Österreich AG aus phasenkongruenter Dividendenaktivierung 2016 bzw. 2015	65.726	564.070	–498.344	–88,3
noch nicht abgerechneten Münzenrücklieferungen	62	54	+8	+14,8
Forderung gegenüber der Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH aus phasenkongruenter Gewinnausschüttung 2015	–	40.000	–40.000	–100,0
Forderung aus Kreditübernahmen	–	25.900	–25.900	–100,0
Ausgleichsposten Terminbestände	116.066	–	+116.066	x
Sonstige Forderungen	1.183	1.624	–441	–27,1
<b>Insgesamt</b>	<b>968.589</b>	<b>1.327.586</b>	<b>–358.996</b>	<b>–27,0</b>

Die Sonstigen Veranlagungen und Forderungen stellen im Wesentlichen Rückforderungen von Kapitalertragsteuern dar.

### 11.5 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 19 entnommen werden.

### 11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 20 entnommen werden.

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abbeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2016 beliefen sich Letztere auf 657.030 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2016 auf insgesamt 998.985 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmende der OeNB betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse und der Arbeitgeberdarlehen dienen durchwegs Ablebens- und Kreditausfallversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2016 beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

## Passiva

### 1 Banknotenumlauf

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2016	<b>28.893.071</b>	
31.12.2015	27.795.371	
Veränderung	+1.097.700	(+3,9%)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 21). Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenumlauf, vorläufige EZB-Gewinnausschüttung und Intra-Euro-system-Salden* angeführt.

Tabelle 21

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	-65.527	-439.723	+374.196
Anpassungen aus Nettoforderung aus der Verteilung des Euro-Banknoten- umlaufs innerhalb des Eurosystems	28.958.598	28.235.094	+723.504
davon: Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	31.471.259	30.652.295	+818.965
abzüglich: Verbindlichkeit aus dem 8-prozentigen EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf <sup>1</sup>	2.512.661	2.417.200	+95.461
<b>Euro-Banknotenumlauf<sup>2</sup></b>	<b>28.893.071</b>	<b>27.795.371</b>	<b>+1.097.700</b>

<sup>1</sup> Der Betrag entspricht dem OeNB-Anteil an den 8% der Gesamtsumme des Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs, der in der EZB-Bilanz ausgewiesen wird.

<sup>2</sup> Das entspricht 2,5655 % des gesamten Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs zum 31.12.2016 und zum 31.12.2015.

Tabelle 22

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	23.154.813	20.208.959	+2.945.854	+14,6
2.2 Einlagefazilität	4.291.000	1.323.000	+2.968.000	n.a.
<b>Insgesamt</b>	<b>27.445.813</b>	<b>21.531.959</b>	<b>+5.913.854</b>	<b>+27,5</b>

## 2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 22 entnommen werden.

### 2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten umfasst die Giroguthaben der mindestreserverpflichtigen Kreditinstitute. Diese Guthaben werden seit 1. Jänner 1999 mit dem jeweils aktuellen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems verzinst. Seit Juni 2014 werden über das Mindestreserve-Soll hinausgehende Guthaben (Überschussreserven) entweder mit 0% oder zum Zinssatz für die Einlagefazilität verzinst, je nachdem, welcher Satz niedriger ist.

### 2.2 Einlagefazilität

Als Einlagefazilität sind jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von

Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2016 wurde der Zinssatz für die Einlagefazilität mit Wirkung vom 16. März 2016 von -0,30% p. a. auf -0,40% p. a. gesenkt.

## 5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2016	11.500.089	
31.12.2015	6.602.241	
Veränderung	+4.897.849	(+74,2%)

In diesem Bilanzposten sind Einlagen von öffentlichen Haushalten in Höhe von 3.370.275 Tsd EUR (+2.530.395 Tsd EUR) und die Guthaben auf Girokonten von nicht mindestreserverpflichtigen Kreditinstituten sowie von Unternehmen über 8.129.814 Tsd EUR (+2.367.453 Tsd EUR) enthalten.



Tabelle 23

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	109.430	28.972	+80.458	n.a.
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten <sup>1</sup>	19.644	13.618	+6.026	+44,3
12.3 Sonstiges	310.543	663.468	-352.925	-53,2
<b>Insgesamt</b>	<b>439.616</b>	<b>706.057</b>	<b>-266.441</b>	<b>-37,7</b>

<sup>1</sup> Passive Antizipationen.

### 6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2016	<b>998.928</b>	
31.12.2015	736.565	
Veränderung	+262.363	(+35,6%)

Dieser Bilanzposten beinhaltet Guthaben von Zentralbanken, Kreditinstituten und supranationalen Finanzinstitutionen mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets.

### 9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2016	<b>2.213.106</b>	
31.12.2015	2.209.980	
Veränderung	+3.125	(+0,1%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Marktwert errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 1.736 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972, 1979 bis 1981 sowie zum 28. August und 9. September 2009. Die verzeichnete Zunahme geht vor allem auf die realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen zurück.

### 10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2016	<b>31.138.075</b>	
31.12.2015	29.146.892	
Veränderung	+1.991.182	(+6,8%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen der OeNB mit den an TARGET2 teilnehmenden nationalen Zentralbanken und der EZB entstanden ist. Die aus EUR/USD-Swapgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber der EZB sind darin ebenfalls zu erfassen. Weiters sind hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo sowie die Verrechnung aus der anteiligen vorläufigen Gewinnausschüttung der EZB darzustellen.

Die Verzinsung der *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten* mit der EZB (ohne Berücksichtigung der zuvor genannten Swapgeschäfte) erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte.

### 12 Sonstige Passiva

Tabelle 23 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

Tabelle 24

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnanteil des Bundes	162.683	507.989	-345.306	-68,0
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	109.720	111.200	-1.480	-1,3
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	30.990	29.801	+1.189	+4,0
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.907	7.584	-5.677	-74,9
Sonstiges	5.243	6.894	-1.651	-24,0
<b>Insgesamt</b>	<b>310.543</b>	<b>663.468</b>	<b>-352.925</b>	<b>-53,2</b>

### 12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 24 dargestellt.

Der *Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90 % des Jahresüberschusses (nach Steuern und nach Zuführung zur Pensionsreserve) des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die *Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* resultiert aus den zum Jahresultimo noch aushaftenden Schilling-Banknoten, die eine Präklusionsfrist aufweisen. Im Jahr 2016 erfolgte – ebenso wie im Jahr 2015 – keine Präklusion von Schilling-Banknoten.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2015 gemäß Beschluss der Generalversammlung 10 Mio EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds Förderungsmittel von insgesamt 40.224 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2016 wurden davon 9.235 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 30.990 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2016 nicht ausgezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 17.434 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 100 Projekte 10.344 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind – unter Berücksichtigung von Rückzahlungen – insgesamt 780.608 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Der originäre Jubiläumsfonds fördert schwerpunktmäßig Forschungsvorhaben aus den Be-

reichen Wirtschaftswissenschaften und medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug, daneben aber auch Projekte aus den Sozial- und Geisteswissenschaften. Im Jahr 2016 wurde ein Sonderschwerpunkt zum Thema „Migration, Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum“ ausgewählt, welcher Förderungen in Höhe von 1 Mio EUR erhielt.

Für die Förderung der FTE-Nationalstiftung stehen aus den Veranlagungserträgen 2016 insgesamt 1,9 Mio EUR zur Verfügung, die am Tag nach der Generalversammlung der OeNB an die FTE-Nationalstiftung überwiesen werden.

### 13 Rückstellungen

Die *Rückstellungen* sind in Tabelle 25 dargestellt.

Die Risikorückstellung wird für Fremdwährungs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreiskrisen gebildet. Für die Ermittlung eines allfälligen Zuführungs- oder Auflösungsbedarfs der Risikorückstellung werden Bandbreiten für alle finanziellen Risiken der OeNB inklusive der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems aufgrund von Risikoberechnungen mittels Value-at-Risk (VaR) und Expected Shortfall (ES) mit einem Konfidenzniveau von 99 % sowie unter Verwendung eines Zeithorizonts von einem Jahr (zusätzlich Drei-Monats-Horizont für Marktrisiko) herangezogen. Ebenfalls werden für die Ermittlung der Risikobandbreiten Stress- und erwartete Szenarien für das Risiko aus der einheitlichen Geldpolitik berücksichtigt. Für die Risikoberechnung werden die Neubewertungskonten unter Berücksichtigung des Netting-Verbots risikoreduzierend berücksichtigt.

Die jährliche Höhe der Risikorückstellung wird durch das Direktorium nach geldpolitischen, makroökonomischen und finanzmarktstabilitätspolitischen Überlegungen auf Basis der Risikobandbreite festgelegt. Im Zuge des Jahresabschlusses 2016 wurden der Risikorückstellung 150 Mio EUR zugeführt. Die Risikorückstellung zählt gemäß EZB-Definition zu den zentralbank-spezifischen Rückstellungen mit Rücklagencharakter und ist dem *Net Equity* zuzurechnen.

Das auf Direktzusagen basierende Pensions-system der OeNB für bis 30. April 1998 eingetretene Dienstnehmende hat als rechtliche Grundlage das NBG. Zur Deckung ist die OeNB vom Gesetz her verpflichtet, eine *Pensionsreserve* zu bilden. Alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmenden gehören dem Pensions-

system nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) an. Für diesen Personenkreis wurde ab 1. Mai 1999 eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Somit werden seit 1. Mai 1998 keine neuen Dienstnehmenden mehr in das Direktzusagensystem einbezogen. Der Personenkreis, für den die Pensionsreserve zur Absicherung der Pensionen dient, ist nach oben hin begrenzt; das System demzufolge geschlossen.

Gemäß Artikel 81 2. Stabilitätsgesetz 2012 wurden für Anspruchszeiträume vom 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2014 gesetzliche Pensionsbeiträge und Pensionsversicherungsbeiträge von der OeNB einbehalten und an den Bund abgeführt. Davon betroffen waren aktive Dienstnehmende, die bis 30. März 1993 in die OeNB eingetreten sind, mit 3% und alle Pensionsbe-

Tabelle 25

	31.12.2015 in Tsd EUR	Auflösung bzw. Verwendung in Tsd EUR	Zuweisung in Tsd EUR	31.12.2016 in Tsd EUR
<b>Risikorückstellung</b>	3.525.000	–	+150.000	3.675.000
<b>Pensionsreserve</b>	1.909.104	–	+37.003	1.946.106
<b>Rückstellungen für den Personalbereich</b>				
Abfertigungen	52.826	–4.549	+14.406	62.682
Dienstjubiläen	13.574	–1.196	+2.518	14.895
Nicht konsumierte Urlaube	13.787	–190	+189	13.785
Schlusspensionskassenbeiträge	23.867	–150	+21.016	44.734
Pensionskassenbeiträge	1.507	–272	+63	1.298
Sterbequartale	878	–	+361	1.239
Rückstellung für Zeitguthaben	–	–	+788	788
Gehaltsanteile 2015 bzw. 2016	433	–433	+455	455
Gesetzliche Sozialabgaben	135	–135	+126	126
Sabbatical	74	–	+7	81
Rückstellung für schwebende Rechtsfälle im Personalbereich	484	–27	+115	572
<b>Sonstige Rückstellungen</b>				
Unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	141.455	–2.532	–	138.923
Nicht tilgbarer Anteil der Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen	31.095	–	+3.008	34.103
Lieferungen und Leistungen	1.857	–1.245	+2.776	3.388
Leistungen von Konzerngesellschaften	1.009	–1.009	+2.630	2.630
Körperschaftsteuer	99.547	–99.547	–	–
Rückstellung für schwebende Rechtsfälle	8.981	–	+688	9.669
Rückstellung für Catastrophe Containment and Relief Trust (CCR-Trust des IWF)	2.700	–2.700	–	–
Sonstiges	2.546	–2.372	+2.336	2.509
<b>Insgesamt</b>	<b>5.830.860</b>	<b>–116.359</b>	<b>+238.484</b>	<b>5.952.985</b>

ziehenden mit Dienstbestimmungen (DB) I und II mit 3,3 %.

Durch das Sonderpensionenbegrenzungsge-  
setz (SpBegrG) wurde Artikel 81 des 2. Stabili-  
tätsgesetzes 2012 neu gefasst, d. h. die bisherigen  
Regelungen wurden mit 31. Dezember 2014  
aufgehoben und durch neue Bestimmungen er-  
setzt. Seit 1. Jänner 2015 sind Pensionsbeiträge  
von aktiven Dienstnehmenden mit DB I (im Jahr  
2016: 7 %) und DB II (bis zur jeweils geltenden  
Höchstbeitragsgrundlage nach dem ASVG:  
10,25 %, im Jahr 2016 für Bezugssteile darüber:  
4 %) an die OeNB zu leisten. Pensionsbeziehende,  
die gemäß DB I oder DB II einen Anspruch auf  
Pension oder Zuschusspension haben, müssen  
gemäß SpBegrG seit 1. Jänner 2015 für die mo-  
natlichen Leistungen sowie für die gebührenden  
Sonderzahlungen einen Pensionssicherungsbei-  
trag (zwischen 3,3 % und 25 %) an die OeNB  
entrichten.

Das zum 31. Dezember 2016 ermittelte ver-  
sicherungsmathematische Deckungserfordernis  
beträgt 2.301.136 Tsd EUR und ist durch die  
Pensionsreserve und durch stille Reserven in  
Immobilien mit 2.255.051 Tsd EUR gedeckt.  
Die zum 31. Dezember 2016 bestehende Unter-  
deckung in Höhe von 46.085 Tsd EUR wurde  
in den *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht  
ausgewiesenen Posten* (Tabelle 28) als Eventual-  
verpflichtung erfasst.

Für die jährliche Festsetzung des Rechnungs-  
zinses wurde vom gleitenden siebenjährigen  
Durchschnitt des von der Deutschen Bundesbank  
per 30. November 2016 veröffentlichten Zins-  
satzes für eine Null-Kupon-Euro-Zinsswapkurve  
mit einer durchschnittlichen Restlaufzeit von 15  
Jahren ausgegangen: 3,28 % (2015: 3,94 %). Für  
die Berechnungen wurden als jährliche Steige-  
rungsannahmen der maßgeblichen Bemessungs-  
grundlagen in der Anwartschaftsphase 1,5 %  
und für laufende Leistungen 1,3 % (2015: pau-  
schale Steigerungsannahmen 1,31 %) angesetzt.

Darüber hinaus werden für die Berechnung  
des versicherungsmathematischen Deckungs-  
erfordernisses – wie im Vorjahr – die aktuellen

Sterbetafeln<sup>18</sup> herangezogen. Als Ausscheideur-  
sachen werden Tod, Invalidisierung und Aus-  
scheiden aus dem Aktivitätsstand mit Erreichen  
des kalkulatorischen Pensionsantrittsalters be-  
rücksichtigt. Fluktuation findet keine Berück-  
sichtigung. Das Pensionsantrittsalter richtet sich  
nach den in den jeweiligen Dienstbestimmungen  
bzw. -verträgen enthaltenen Regelungen unter  
Bedachtnahme auf das SpBegrG. Für Anspruchsberechtig-  
te im Aktivstand wird die Teilwert-  
methode, für im Ruhestand befindliche Personen  
und Anspruchsberechtigte, die das kalkulatori-  
sche Pensionsalter bereits erreicht haben, die  
Barwertmethode angewendet.

Die Veränderung des Rechnungszinses hat  
sich mit +195.715 Tsd EUR auf das Deckungs-  
erfordernis ausgewirkt. Weiters haben die An-  
rechnung von Vordienstzeiten gemäß einem  
EuGH-Urteil und das gegenüber dem Vorjahr  
aufgrund einer AFRAC<sup>19</sup>-Stellungnahme geän-  
derte Ansammlungsverfahren das Deckungs-  
erfordernis um insgesamt 52.860 Tsd EUR er-  
höht.

Die *Rückstellungen für Abfertigungen, Dienst-  
jubiläen, nicht konsumierte Urlaube, Sterbequartale  
und für Schlusspensionskassenbeiträge* werden nach  
versicherungsmathematischen Grundsätzen be-  
rechnet. Bei der *Rückstellung für Abfertigungen*  
und der *Rückstellung für Dienstjubiläen* wurde als  
Rechnungszins der gleitende siebenjährige Durch-  
schnitt des von der Deutschen Bundesbank per  
30. November 2016 veröffentlichten Zinssatzes  
für eine Null-Kupon-Euro-Zinsswapkurve mit  
einer durchschnittlichen Restlaufzeit von acht  
Jahren herangezogen: 2,64 % (2015 mit Rest-  
laufzeit von 15 Jahren: 3,94 %). Als jährliche  
Steigerungsannahme der maßgeblichen Bemessungs-  
grundlagen wurde für 2015 und 2016 1,5 %  
angesetzt.

Die Veränderung des Rechnungszinses hat  
sich bei der *Rückstellung für Abfertigungen* mit  
+4.345 Tsd EUR und bei der *Rückstellung für  
Dienstjubiläen* mit +970 Tsd EUR ausgewirkt.  
Die *Rückstellung für Abfertigungen* hat sich zudem  
aufgrund der Anrechnung von Vordienstzeiten

<sup>18</sup> AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler.

<sup>19</sup> Austrian Financial Reporting and Auditing Committee.

gemäß einem EuGH-Urteil und dem gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer AFRAC-Stellungnahme geänderten Ansammlungsverfahren um insgesamt 3.418 Tsd EUR erhöht.

Der Ermittlung der *Rückstellungen für Sterbequartale und für Schlusspensionskassenbeiträge* liegen die gleichen Parameter wie bei der Ermittlung der *Pensionsreserve* zugrunde. Aus dem geänderten Rechnungszins resultiert bei der *Rückstellung für Schlusspensionskassenbeiträge* eine Erhöhung von 5.228 Tsd EUR. Zusätzlich haben sich die Anrechnung von Vordienstzeiten gemäß einem EuGH-Urteil und das gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer AFRAC-Stellungnahme geänderte Ansammlungsverfahren mit +9.092 Tsd EUR ausgewirkt.

Die Veränderungen der Rückstellung für Dienstjubiläen und sonstiger langfristig fälliger Rückstellungen im Personalbereich werden im GuV-Posten 7 *Personalaufwendungen unter Gehälter* sowie die Veränderung der Rückstellung für Abfertigungen unter *Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen* erfasst. Die Veränderung der Rückstellung für Schlusspensionskassenbeiträge ist im GuV-Posten 8 *Aufwendungen für Altersvorsorgen* enthalten. Nur ein allfällig verbleibender positiver Saldo nach der Aufrechnung von Auflösungen gegen Zuweisungen an die jeweiligen Rückstellungen wird als sonstiger Ertrag ausgewiesen.

Die Höhe der seinerzeit erfolgsneutral gebildeten *Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten* orientiert sich an der Einschätzung des Rücklöseverhaltens unter Berücksichtigung der jährlich rückgeflossenen Schilling-Banknoten. Die Reduzierung der Rückstellung im Jahr 2016 ist auf Einlösungen zurückzuführen.

#### 14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge (Tabelle 26) stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2016 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden.

#### 15 Kapital und Rücklagen

Das *Grundkapital* der OeNB beträgt gemäß § 8 NBG 12 Mio EUR und ist in 150.000 Stück Aktien geteilt. Alleinige Aktionärin ist seit 27. Mai 2010 die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen.

Die *Rücklagen* werden in Tabelle 27 dargestellt.

Die Veränderung der *Gewinnglättungsrücklage* resultiert aus der Zuweisung aus dem Bilanz-

Tabelle 26

	31.12.2016 in Tsd EUR	31.12.2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
<b>Neubewertungskonten</b>				
Gold	7.666.902	6.543.250	+1.123.652	+17,2
Fremdwährungen	931.545	661.734	+269.811	+40,8
Wertpapiere	734.091	596.556	+137.535	+23,1
Beteiligungen	57.403	51.378	+6.025	+11,7
Münzensammlung der OeNB	9.269	9.269	–	–
<b>Neubewertungskonten insgesamt</b>	<b>9.399.210</b>	<b>7.862.187</b>	<b>+1.537.023</b>	<b>+19,5</b>
<b>Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1.1.1999</b>				
Beteiligungen	262.764	262.764	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>9.661.974</b>	<b>8.124.951</b>	<b>+1.537.023</b>	<b>+18,9</b>

Tabelle 27

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnglättungsrücklage	114.224	74.980	+39.243	+52,3
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	–	–
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.537.500	1.531.500	+6.000	+0,4
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	657.030	653.924	+3.106	+0,5
<b>Insgesamt</b>	<b>4.282.016</b>	<b>4.233.668</b>	<b>+48.349</b>	<b>+1,1</b>

gewinn 2015 gemäß Beschluss der Generalversammlung der OeNB vom 28. April 2016.

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* dient der Abdeckung finanzieller Risiken der OeNB.

Der *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft (Jubiläumsfonds)* setzt sich aus dem originären Jubiläumsfonds (37,5 Mio EUR) und dem Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung (1,5 Mrd EUR) zusammen. Die zweckgebundenen Mittel zugunsten der FTE-Nationalstiftung wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545 Mio EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955 Mio EUR) umgewidmet.

Die im Rahmen des Jubiläumsfonds zweckgewidmeten Mittel können zur Darstellung eines ausgeglichenen geschäftlichen Ergebnisses verwendet werden.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für einen Sonderzweck – auch völkerrechtlich – gebundenes Eigenkapital, das nicht anderweitig verwendet werden kann. Damit steht es für eine allfällige Verlustabdeckung nicht zur Verfügung.

Tabelle 28

	31.12.2016	31.12.2015
	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Verpflichtung zur SZR-Übernahme bis zum insgesamt Dreifachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung gemäß den IWF-Statuten <sup>1</sup>	4.569.499	4.562.518
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit New Arrangements to Borrow (NAB) <sup>1</sup>	1.912.506	4.111.754
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit dem bilateralen Abkommen <sup>1</sup>	6.130.000	6.130.000
Nachschussverpflichtung auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der BIZ, Basel	40.934	40.876
Angekaufte Terminbestände (Termingeschäfte und Swaps in Euro und Fremdwährungen)	1.824.413	5.035.027
Verkaufte Terminbestände (Termingeschäfte und Swaps in Euro und Fremdwährungen) <sup>2</sup>	1.824.413	5.063.998
Buchwertangleichungen und Realisate im Zusammenhang mit angekauften bzw. verkauften Terminbeständen	–	28.972
Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen	49.033	39.029
Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen betreffend den Zinsanteil im Zusammenhang mit von Dienstnehmenden geleisteten Pensionsbeiträgen	14.321	13.502
Eventualverpflichtung aus der Unterdeckung der Pensionsreserve	46.085	–
Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR gemäß Artikel 30.1 der ESZB/EZB-Satzung von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern	981.550	981.550
Eventualverpflichtung aus gegebenen Bankgarantien	111.000	111.000
Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien	8.276	7.191
Eventualforderung aus einer Verpflichtungserklärung der OeKB im Rahmen des Zahlungsverkehrs	1.000.000	1.000.000
Finanzhilfen aus ERP-Fonds-Mitteln	9.844	9.975

<sup>1</sup> Für eine mögliche entgeltliche Inanspruchnahme durch den IWF, wobei dieser eine gleich hohe Forderung gegen den IWF gegenübersteht.

<sup>2</sup> Darin sind im Jahr 2015 auch verkaufte Terminbestände (USD, GBP und JPY), die der Absicherung des SZR-Währungsrisikos dienten, enthalten. Die Sicherungsbeziehung wurde 2016 aufgelöst.

Tabelle 29

	2016	2015	Veränderung <sup>1</sup>	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	650.300	633.546	+16.754	+2,6
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-152.058	-131.081	+20.977	+16,0
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	1.103	551	+552	+100,2
4 Erträge aus Beteiligungen	146.544	635.361	-488.817	-76,9
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	17.242	-14.784	+32.026	n.a.
6 Sonstige Erträge	29.784	24.294	+5.490	+22,6
<b>Nettoerträge insgesamt</b>	<b>692.915</b>	<b>1.147.887</b>	<b>-454.972</b>	<b>-39,6</b>
7 Personalaufwendungen	-156.894	-141.926	+14.968	+10,5
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-142.066	-122.035	+20.032	+16,4
9 Sachaufwendungen	-83.863	-84.736	-873	-1,0
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-14.550	-16.334	-1.784	-10,9
11 Aufwendungen für Banknoten	-15.117	-14.577	+539	+3,7
12 Sonstige Aufwendungen	-12.634	-15.703	-3.069	-19,5
<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>-425.123</b>	<b>-395.311</b>	<b>+29.813</b>	<b>+7,5</b>
<b>Geschäftliches Ergebnis</b>	<b>267.791</b>	<b>752.576</b>	<b>-484.785</b>	<b>-64,4</b>
13 Körperschaftsteuer	-66.948	-188.144	-121.196	-64,4
14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	200.844	564.432	-363.588	-64,4
15 Bilanzgewinn	18.076	56.443	-38.367	-68,0

<sup>1</sup> Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

### Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten sind in Tabelle 28 dargestellt.

### 1 Nettozinsergebnis

Das Nettozinsergebnis (Tabelle 30) stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

### Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind in Tabelle 29 dargestellt.

### 2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen sind in Tabelle 31 ersichtlich.

Tabelle 30

	2016	2015	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Nettoerträge aus Fremdwährungsveranlagungen	149.565	140.789	+8.776	+6,2
Nettoerträge aus Euro-Veranlagungen	129.563	189.618	-60.055	-31,7
Geldpolitisches Instrumentarium	359.382	302.251	+57.131	+18,9
Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs	3.051	14.616	-11.565	-79,1
Übertragung von Währungsreserven an die EZB	101	490	-389	-79,5
TARGET2-Salden	-3.512	-17.869	-14.357	-80,3
Sonstiges	12.151	3.651	+8.500	n.a.
<b>Insgesamt</b>	<b>650.300</b>	<b>633.546</b>	<b>+16.754</b>	<b>+2,6</b>

Tabelle 31

	2016 in Tsd EUR	2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Realisierte Kursdifferenzen aus				
Währungen (Gold und Fremdwährungen)	28.107	234.611	-206.503	-88,0
Wertpapieren	80.745	53.225	+27.520	+51,7
<b>Insgesamt</b>	<b>108.852</b>	<b>287.836</b>	<b>-178.984</b>	<b>-62,2</b>

Tabelle 32

	2016 in Tsd EUR	2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Abschreibungen auf				
Wertpapiere	-59.824	-30.002	+29.822	+99,4
Fremdwährungen	-198	-38.915	-38.717	-99,5
Beteiligungen	-50.888	-	+50.888	x
<b>Insgesamt</b>	<b>-110.910</b>	<b>-68.917</b>	<b>+41.993</b>	<b>+60,9</b>

Tabelle 33

	2016 in Tsd EUR	2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Dividenden				
BIZ	2.320	2.422	-102	-4,2
MÜNZE	109.357	564.070	-454.713	-80,6
Gewinnausschüttungen				
BLM	-	40.000	-40.000	-100,0
GSA	100	197	-97	-49,3
OeBS	300	1.868	-1.568	-83,9
Vorläufige Gewinnausschüttung EZB	26.947	22.649	+4.298	+19,0
Gewinnausschüttung EZB aus Vorjahr	7.520	4.155	+3.365	+81,0
<b>Insgesamt</b>	<b>146.544</b>	<b>635.361</b>	<b>-488.817</b>	<b>-76,9</b>

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* sind in Tabelle 32 dargestellt.

Die *Zuführung zur Risikorückstellung* hat sich im Jahr 2016 mit 150 Mio EUR (2015: 350 Mio EUR) ausgewirkt.

#### 4 Erträge aus Beteiligungen

Die *Erträge aus Beteiligungen* sind in Tabelle 33 dargestellt.

Die Dividendenausschüttung der MÜNZE im Jahr 2016 umfasst einerseits eine Ausschüttung in Höhe von 43.631 Tsd EUR aus dem Bilanzgewinn 2015. Andererseits resultieren 65.726 Tsd EUR aus der phasenkongruenten

Dividendenausschüttung 2016 (2015: 564.070 Tsd EUR).

Der EZB-Rat hat beschlossen, Ende Jänner 2017 966 Mio EUR vom EZB-Jahresüberschuss 2016 als vorläufige Gewinnausschüttung an die nationalen Zentralbanken zu überweisen, wobei die OeNB einen Betrag von 27 Mio EUR erhielt.

#### 5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Das *Nettoergebnis* der OeNB aus monetären Einkünften im Eurosystem ist in Tabelle 34 dargestellt.

Dieser Posten umfasst das Nettoergebnis der OeNB aus der Umverteilung der monetären



Tabelle 34

	2016 in Tsd EUR	2015 in Tsd EUR
Monetäre Einkünfte	197.526	268.490
Abzugsfähige Positionen (insbesondere Aufwandszinsen)	61.534 <sup>1</sup>	-3.460
Einzubringende monetäre Einkünfte (netto)	259.060	265.031
Rückverteilte monetäre Einkünfte	276.312	250.455
<b>Nettoaufwand (-) /-ertrag (+) aus der Umverteilung der monetären Einkünfte im Berichtsjahr</b>	<b>+17.252</b>	<b>-14.576</b>
Nettoaufwand (-) /-ertrag (+) aus der Aufrollung für Vorjahre	-10	-208
<b>Insgesamt</b>	<b>+17.242</b>	<b>-14.784</b>

<sup>1</sup> Aufgrund der Negativverzinsung ergibt sich für die OeNB im Bilanzjahr ein Ertrag.

Einkünfte im Eurosystem. Die jährliche Berechnung der monetären Einkünfte erfolgt entsprechend Artikel 32 der ESZB/EZB-Satzung durch die EZB.

Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Verbindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie die Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr. Die monetären Einkünfte werden durch anteilige Zinsaufwendungen entsprechend reduziert.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor im Euroraum aus den geldpolitischen Geschäften, Wertpapiere für geldpolitische Zwecke, Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems sowie anteilige Zinsabgrenzungen zum Quartalsende im Zusammenhang mit Forderungen aus geldpolitischen Geschäften mit einer Laufzeit von einem Jahr oder mehr. Hinzu kommt ein dem Kapitalanteil der OeNB an der EZB entsprechender Teil des Goldbestands, wobei Goldbestände als unverzinslich gelten.

Bei Wertpapieren für geldpolitische Zwecke im Rahmen der CBPP1, CBPP2 und PSPP-Government/Agency Bonds erfolgt die Verzinsung zum jeweils geltenden Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems. Zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede zwischen diesen – gesondert zu erfassenden – Aktiva der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz ebenfalls mit dem jeweils aktuellen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital rückverteilt.<sup>20</sup> Die Zusammenlegung und Neuverteilung der monetären Einkünfte führt zu Umverteilungseffekten. So kann die Differenz zwischen dem Ertrag auf bestimmte Vermögenswerte und dem Zinsaufwand für bestimmte Teile der monetären Basis von nationaler Zentralbank zu nationaler Zentralbank schwanken. Außerdem deckt sich der Anteil der nationalen Zentralbanken des Eurosystems an den betreffenden Vermögenswerten und der monetären Basis in der Regel nicht mit ihrer Beteiligung an der EZB (gemessen am gezeichneten Kapital). Die Differenz aus den von der OeNB eingebrachten (259.060 Tsd EUR) und den an sie rückverteilten monetären Einkünften (276.312 Tsd EUR) ergibt sich aus der Berechnung der monetären Einkünfte.

<sup>20</sup> Die Rückverteilung erfolgt nicht, sofern Teile oder der gesamte zusammengelegte Betrag für die Bedeckung eines Jahresverlustes der EZB gemäß Artikel 33.2 der ESZB/EZB-Satzung von dieser einbehalten werden.

## 6 Sonstige Erträge

Darin sind unter anderem Mieterträge und Erträge aus der Verrechnung mit Beteiligungsgesellschaften bzw. der EZB in Höhe von 12.725 Tsd EUR enthalten. Aus der gesetzlich gedeckelten Vergütung der FMA an die OeNB für die direkten Kosten der Bankenaufsicht und für den Bereich der Bankensanierung und -abwicklung resultieren 8 Mio EUR bzw. 1,7 Mio EUR. Weiters ist der Ertrag aus der Auflösung der Rückstellung für den CCR-Trust des IWF in Höhe von 2,7 Mio EUR enthalten (siehe auch Aktivposten 2 *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets*).

## 7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten Aufwendungen für Mitarbeitende im Aktivstand. Erhaltene Bezugsrefundierungen werden davon in Abzug gebracht.

Die *Gehälter* haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 4.053 Tsd EUR auf 121.190 Tsd EUR (2015: 117.137 Tsd EUR) zugenommen. Für jene Mitarbeitenden, die bei Beteiligungsgesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 5.755 Tsd EUR (2015: 5.928 Tsd EUR) vereinnahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben im Jahr 2016 insgesamt 1.139 Tsd EUR (2015: 1.125 Tsd EUR) erhalten (Tabelle 35).

Die Höhe der Bezüge des Direktoriums unterliegt dem Bezügebegrenzungs-gesetz, wobei die Bezugshöhe des Gouverneurs mit jener des Bundeskanzlers begrenzt ist. Die Bezüge der übrigen Mitglieder des Direktoriums sind mit dem Bezug des Gouverneurs gedeckelt. Die Bezüge der vier Direktoriumsmitglieder wurden auf Basis des

Tabelle 35

	Bezüge in Tsd EUR
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny	304,0
Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner	286,6
Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil	274,0
Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner	274,0

Bezügebegrenzungs-gesetzes mit 1. Jänner 2016 um 1,2 % erhöht. An Jubiläumzahlungen, Sachbezügen (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) und sonstigen Aufwendungen wurden insgesamt 106 Tsd EUR (2015: 46 Tsd EUR) verrechnet. Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2016 121 Tsd EUR (2015: 120 Tsd EUR) vergütet. Die Mitglieder des Generalrats können für die Teilnahme an einer Sitzung des Generalrats bzw. Sitzung eines Unterausschusses pro Tag über 250 EUR für karitative Zwecke disponieren. Für die in Ausübung ihres Amtes erwachsenen Reisekosten wird eine angemessene Entschädigung geleistet.

Der Personalstand in Ressourcen wird in Tabelle 36 dargestellt.

Die *Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen* betragen 14.848 Tsd EUR (2015: 4.983 Tsd EUR) bzw. 749 Tsd EUR (2015: 667 Tsd EUR). Der Abfertigungsaufwand für leitende Angestellte (Mitglieder des OeNB-Direktoriums) beläuft sich im Berichtsjahr auf insgesamt 167,2 Tsd EUR (2015: 40,3 Tsd EUR).

An *Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge* wurden insgesamt 21.711 Tsd EUR (2015: 20.634 Tsd EUR) geleistet. Davon entfielen auf Sozialversicherungsbeiträge 12.794 Tsd EUR (2015: 12.095 Tsd EUR), auf Beiträge

Tabelle 36

	Stichtag 31. Dezember <sup>1</sup>			Jahresdurchschnitt <sup>1</sup>		
	2016	2015	Veränderung	2016	2015	Veränderung
Personalstand (in Ressourcen) <sup>2</sup>	1.091,8	1.085,9	+5,9	1.094,0	1.117,8	-23,8
Insgesamt	1.227,5	1.229,2	-1,7	1.237,6	1.245,6	-8,0

<sup>1</sup> Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

<sup>2</sup> Ohne die außerhalb der OeNB tätigen Mitarbeitenden sowie die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz u. a.).

zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 5.199 Tsd EUR (2015: 5.040 Tsd EUR) und auf die Kommunalsteuer 3.480 Tsd EUR (2015: 3.389 Tsd EUR).

### 8 Aufwendungen für Altersvorsorgen

Darin sind entrichtete und rückgestellte Pensionskassenbeiträge in Höhe von 25.580 Tsd EUR (2015: 11.401 Tsd EUR) enthalten. Die Pensionsaufwendungen des Jahres 2016 beliefen sich auf insgesamt 123.727 Tsd EUR (2015: 120.862 Tsd EUR), wovon 7.240 Tsd EUR (2015: 10.228 Tsd EUR) aus Veranlagungserträgen der Pensionsreserve gedeckt wurden. Sämtliche Pensionsaufwendungen betreffen das auf Direktzusagen basierende Pensionssystem der OeNB für bis 30. April 1998 eingetretene Dienstnehmende, wobei es sich um leistungsorientierte Pensionszusagen handelt. Die Bezüge für pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene betragen 4.167 Tsd EUR (2015: 4.133 Tsd EUR).

### 9 Sachaufwendungen

In den *Sachaufwendungen* sind u. a. Aufwendungen für Miete, Betriebskosten, Wartung, Reparatur und Instandhaltung in Höhe von 37.714 Tsd EUR (2015: 32.323 Tsd EUR) sowie Aufwendungen für die Geldbearbeitung über 11.019 Tsd EUR (2015: 11.131 Tsd EUR) enthalten. Aufwendungen, die jedoch zur Gänze an Beteiligungsgesellschaften bzw. an die EZB weiterverrechnet wurden (insbesondere anteilige, von Beteiligungsgesellschaften zu tragende Miet- und Betriebskosten und sicherheitsrelevante Leistungen), beliefen sich auf 4.580 Tsd EUR (2015: 4.249 Tsd EUR). Für die Prüfung des OeNB-Jahresabschlusses fielen 116 Tsd EUR (2015: 113

Tsd EUR) und für sonstige Bestätigungsleistungen der Abschlussprüfungsgesellschaft der OeNB 36 Tsd EUR (2015: 22 Tsd EUR) an.

Gemäß § 238 Abs 1 Z14 UGB sind wesentliche Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen gesondert anzugeben. Diese Verpflichtungen betragen im folgenden Geschäftsjahr 7.001 Tsd EUR (2015: 7.085 Tsd EUR). Der Gesamtbetrag der Verpflichtungen in den folgenden fünf Geschäftsjahren beträgt 33.799 Tsd EUR (2015: 34.862 Tsd EUR).

### 11 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der OeBS.

### 12 Sonstige Aufwendungen

Von den *Sonstigen Aufwendungen* entfallen 3.008 Tsd EUR (2015: 3.307 Tsd EUR) auf die Zuführung zur Rückstellung für den nicht tilgbaren Anteil der Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen.

### 13 Körperschaftsteuer

Gemäß § 72 Abs. 1 NBG ist das geschäftliche Ergebnis des gemäß § 67 NBG unter Beachtung von § 69 Abs. 1 NBG erstellten Jahresabschlusses als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes 1988 (KStG) der Steuerbemessung zugrunde zu legen.

### 14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes

Die *Zuführung zur Pensionsreserve* und der *Gewinnanteil des Bundes* sind in Tabelle 37 dargestellt.

Tabelle 37

	2016 in Tsd EUR	2015 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Zuführung zur Pensionsreserve gemäß § 69 Abs. 2 NBG	20.084	–	+20.084	x
90-prozentiger Gewinnanteil des Bundes gemäß § 69 Abs. 3 NBG	162.683	507.989	–345.306	–68,0
<b>Insgesamt</b>	<b>182.768</b>	<b>507.989</b>	<b>–325.221</b>	<b>–64,0</b>

### Bilanzgewinn und Gewinnverwendungs-vorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 2 und 3 NBG vorgesehenen Zuweisungen (Posten 14 der GuV), von denen 162.683 Tsd EUR auf den Gewinnanteil des Bundes entfallen, verbleibt der in der Bilanz und in der GuV ausgewiesene Bilanzgewinn 2016 von 18.075.921,49 EUR.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 7. Februar 2017 beschlossen, dem Generalrat

die in Tabelle 38 dargestellte Verwendung zu empfehlen. Die Verwendung des Bilanzgewinns erfolgt auf Beschluss der Generalversammlung.

### Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten.

Tabelle 38

in EUR

Ausschüttung der 10-prozentigen Höchstdividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR gem. § 69 NBG	1.200.000,00
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft für Förderungen durch die OeNB	10.000.000,00
Zuführung zur Gewinnlättingrücklage	6.875.921,49
<b>Bilanzgewinn 2016</b>	<b>18.075.921,49</b>

## DIREKTORIUM

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny  
Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner  
Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil  
Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner

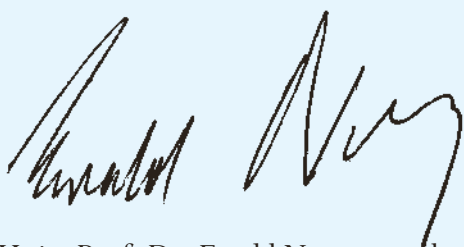
## GENERALRAT

Präsident Dkfm. Dr. Claus J. Raidl  
Vizepräsident Mag. Max Kothbauer  
Dipl.-Ing. August Astl  
Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber  
Dr. Erich Hampel  
Mag. Anna Maria Hochhauser  
Mag. Werner Muhm  
Dr. Gabriele Payr  
Mag. Dr. Walter Rothensteiner  
Dr. Dwora Stein  
Staatskommissär Sektionschef Mag. Harald Waiglein  
Staatskommissär-Stellvertreter Mag. Alfred Lejsek

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Robert Kocmich  
Mag. Birgit Sauerzopf

Wien, am 7. März 2017



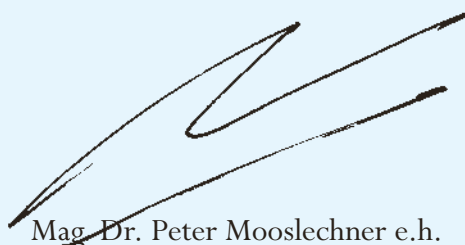
Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny e.h.



Mag. Andreas Ittner e.h.



Mag. Dr. Kurt Pribil e.h.



Mag. Dr. Peter Mooslechner e.h.

# Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer



Oesterreichische Nationalbank, Wien  
 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016  
 7. März 2017

## Bestätigungsvermerk

### Bericht zum Jahresabschluss

#### Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

Oesterreichische Nationalbank,  
 Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2016, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung sowie den Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs 4 des "Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank" mittels der "Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 3. November 2016 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2016/34)" erlassenen Vorschriften.

#### Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.



Oesterreichische Nationalbank, Wien  
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016  
7. März 2017

## **Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Generalrats für den Jahresabschluss**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung sowie den Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs 4 des "Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank" mittels der "Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 3. November 2016 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2016/34)" erlassenen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Generalrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

## **Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses**

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir kommunizieren mit dem Generalrat unter anderem über den Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen.





Oesterreichische Nationalbank, Wien  
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016  
7. März 2017

## Bericht zum Geschäftsbericht gemäß § 68 NBG

Auf den gemäß § 68 Abs 1 NBG zu erstellenden Geschäftsbericht finden die Bestimmungen des § 243 Abs 1 bis 3 UGB (Lagebericht), mit Ausnahme von Abs 2 letzter Satz und Abs 3 Z 1, 2 und 5 UGB, Anwendung.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Geschäftsberichtes in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Geschäftsberichts durchgeführt.

Die im Geschäftsbericht enthaltenen Jahresabschlussinformationen (Lagebericht) sind auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob sie mit dem Jahresabschluss in Einklang stehen und ob sie nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurden.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss deckt die im Geschäftsbericht enthaltenen anderen (sonstigen) Informationen, die nicht den Jahresabschluss und die gemäß § 68 NBG geforderte Darstellung der direkten und indirekten Beteiligungen und den Lagebericht betreffen, nicht ab und wir geben keine Art der Zusicherung darauf.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen und zu überlegen, ob es wesentliche Unstimmigkeiten zwischen den sonstigen Informationen und dem Jahresabschluss oder mit unserem, während der Prüfung erlangten Wissen gibt oder diese sonstigen Informationen sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen. Falls wir, basierend auf den durchgeführten Arbeiten, zur Schlussfolgerung gelangen, dass die sonstigen Informationen wesentlich falsch dargestellt sind, müssen wir dies berichten.

### Urteil

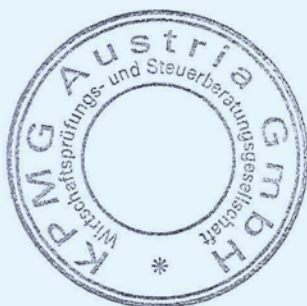
Nach unserer Beurteilung sind die im Geschäftsbericht zu § 243 Abs 1 bis 3 UGB (Lagebericht), mit Ausnahme von Abs 2 letzter Satz und Abs 3 Z 1, 2 und 5 UGB enthaltenen Jahresabschlussinformationen und die Darstellung der direkten und indirekten Beteiligungen nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und stehen in Einklang mit dem Jahresabschluss.

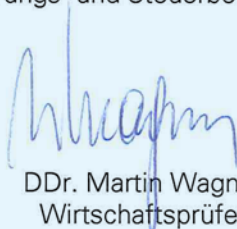
### Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Geschäftsbericht nicht festgestellt.

Wien, am 7. März 2017

KPMG Austria GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



  
DDr. Martin Wagner  
Wirtschaftsprüfer

## Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2016

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2016 wurde von dem in der regelmäßigen Generalversammlung vom 28. Mai 2015 gewählten Rechnungsprüfer – der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs-

gesellschaft – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 21. März 2017 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2016 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2016 und den Geschäftsbericht 2016 zu genehmigen sowie den im Geschäftsjahr 2016 amtierenden Mitgliedern des Generalrats und des Direktoriums die Entlastung für diesen Zeitraum zu erteilen. Weiters empfiehlt der Generalrat der Generalversammlung, über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2016 erstatteten Empfehlung zu beschließen.



Hinweise

# Abkürzungen

ABSPP	Programm zum Ankauf von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset-Backed Securities Purchase Programme)	HFCS	Household Finance und Consumption Survey
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	IHS	Institut für Höhere Studien
AnaCredit	Analytical Credit Dataset	HOAM.AT	Home Accounting Module Austria
ANFA	Agreement on Net Financial Assets	HRG	Hauptrefinanzierungsgeschäfte
APP	Erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme)	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	IRBA	Auf internen Ratings basierender Ansatz (internal ratings based approach)
BaSAG	Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken	IWF	Internationaler Währungsfonds
AVÖ	Aktuarvereinigung Österreich	JVI	Joint Vienna Institute
BAWAG		KESSt	Kapitalertragsteuer
P.S.K.	Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG	KÖSt	Körperschaftsteuer
BGBL	Bundesgesetzblatt	kWh	Kilowattstunde
BIP	Bruttoinlandsprodukt	LR	Leverage Ratio
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	LSIs	weniger bedeutende Banken (Less Significant Institutions)
BMF	Bundesministerium für Finanzen	MREL	Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities
B-PCGK	Bundes Public Corporate Governance Kodex	MÜNZE	Münze Österreich Aktiengesellschaft
BPM6	Handbuch zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus (Balance of Payments and International Investment Position Manual), 6. Auflage	MWh	Megawattstunde
BRRD	Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Bank Recovery and Resolution Directive)	NAB	New Arrangements to Borrow
BWG	Bankwesengesetz	NBG	Nationalbankgesetz 1984
CBPP	Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme)	NPLs	notleidende Kredite (non-performing loans)
CCR-Trust	Catastrophe Containment and Relief Trust	NCA	National Competent Authority
CESEE	Zentral-, Ost- und Südosteuropa (Central, Eastern and Southeastern Europe)	NSFR	Net Stable Funding Ratio
CoCAS	Common Credit Assessment System	ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
CRD	Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive)	OeBS	Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
CRR	Eigenkapitalverordnung (Capital Requirements Regulation)	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
CS.A	Clearing Service Austria	ÖGfE	Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
CS.I	Clearing Service International	ÖGNI	Österreichischen Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft
CSPP	Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme)	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
DAX	Deutscher Aktienindex	OeKB	
DB	Dienstbestimmungen	CSD GmbH	Österreichs Zentralverwahrer (Central Securities Depository)
EA	Euroraum (Euro Area)	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Association)	ONDS	Options and National Discretions
EDIS	Europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme)	OPAL	Optimierungsanalyse
EFSI	Europäischer Fonds für strategische Investitionen	PR	Personalressource
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	PSPP	Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme)
EMAS-VO	EMAS-Verordnung	RBI	Raiffeisen Bank International AG
EONIA	kurzfristiger Interbankenzinssatz (Euro OverNight Index Average)	RZB	Riffeisen Zentralbank Österreich AG
ERF	Europäisches Meldewesen (European Reporting Framework)	SB	Supervisory Board
ES	Expected Shortfall	SCom	Standing Committee
ESAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz	SEPA	einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area)
ESRB	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board)	SIs	bedeutende Banken (Significant Institutions)
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	SMP	Programm für Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme)
ERP	European Recovery Program	SpBegrG	Sonderpensionenbegrenzungsgesetz
EU	Europäische Union	SRB	Ausschuss für die Einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board)
EWE	External Work Experience	SREP	Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)
EURIBOR	Euro InterBank Offered Rate	SRF	Einheitlicher Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund)
EZB	Europäische Zentralbank	SRM	Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism)
Fed	Federal Reserve System	SSM	Einheitlicher Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism)
FinRep	Financial Reporting	SZR	Sonderziehungsrechte
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde	T2S	TARGET2-Securities
FMSG	Finanzmarktstabilitätsgremium	TARGET	Transeuropäisches automatisiertes Echtzeit-Brutto-Express-Übersetzungssystem (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer system)
FSB	Financial Stability Board	TLAC	Total Loss Absorbing Capacity
FTE	Forschung, Technologie und Entwicklung	TLTROs	gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations)
GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination GmbH	TRIM	Targeted Review of Internal Models
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	VaR	Value at Risk
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung	UGB	Unternehmensgesetzbuch
		WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
		Wiiw	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
		WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

## Zeichenerklärung

- x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- .. = nicht verfügbar
- 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit

### Für den Jahresabschluss:

- = Zahlenwert ist null
- 0 = Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- n.a. = nicht anwendbar

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

## Periodische Publikationen

Ab dem Jahr 2016 stellt die OeNB ihre Publikationen ausschließlich in elektronischer Form auf ihrer Website <https://www.oenb.at/Publikationen.html> zur Verfügung. Wenn Sie per E-Mail über Neuerscheinungen informiert werden möchten, registrieren Sie sich unter [www.oenb.at/Service/Newsletter.html](http://www.oenb.at/Service/Newsletter.html).

### Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht) Annual Report (Sustainability Report)

deutsch | jährlich  
englisch | jährlich

Der Bericht informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Rolle der OeNB bei der Gewährleistung von Preis- und Finanzmarktstabilität und gibt einen Überblick zu den wichtigsten Aktivitäten in den einzelnen Kerngeschäftsfeldern. Der Jahresabschluss der OeNB ist zentraler Bestandteil des Geschäftsberichts.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Geschaeftsbericht.html>

### Inflation aktuell

deutsch | vierteljährlich

Die Publikation enthält einen Bericht der OeNB zur Inflation in Österreich. Darin wird die Inflationsentwicklung der letzten Monate analysiert, eine Inflationsprognose für das laufende und das nächste Jahr vorgestellt sowie auf aktuelle Schwerpunktthemen eingegangen.

### Konjunktur aktuell

deutsch | 7-mal jährlich

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Konjunktur-aktuell.html>

### Monetary Policy & the Economy

englisch | vierteljährlich

Die Publikation erläutert insbesondere die nationale Konjunkturentwicklung und präsentiert regelmäßig Prognosen der OeNB zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Sie enthält zentralbankrelevante wirtschaftspolitische Analysen und Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Monetary-Policy-and-the-Economy.html>

### Fakten zu Österreich und seinen Banken Facts on Austria and Its Banks

deutsch | halbjährlich  
englisch | halbjährlich

Die Publikation gibt einen kompakten Überblick über real- und finanzwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich und stellt diese in den internationalen Kontext. Sie enthält Strukturdaten und Indikatoren zur österreichischen Realwirtschaft und des Bankensektors.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Fakten-zu-Oesterreich-und-seinen-Banken.html>

### Financial Stability Report

englisch | halbjährlich

Der Berichtsteil enthält Analysen und Einschätzungen der OeNB zur Stabilität des österreichischen Finanzsystems und zu finanzmarktstabilitätsrelevanten Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Im Schwerpunktteil folgen Analysen und Studien, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Finanzmarktstabilitaetsbericht.html>

## Focus on European Economic Integration

englisch | vierteljährlich

Die Publikation konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und bringt Konjunkturberichte, Prognosen und analytische Studien zu makroökonomischen und makrofinanziellen Themen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Focus-on-European-Economic-Integration.html>

## Statistiken – Daten & Analysen

deutsch | vierteljährlich

Die Publikation enthält Analysen zu österreichischen Finanzinstitutionen sowie zu Finanzströmen und zur Außenwirtschaft sowie eine englischsprachige Kurzfassung. 14 Tabellen informieren über finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren. Diese sind auch auf der OeNB-Website abrufbar.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken--Daten-und-Analysen.html>

## Statistiken – Daten & Analysen: Sonderhefte Statistiken – Daten & Analysen: Special Issues

deutsch | unregelmäßig

englisch | unregelmäßig

Die unregelmäßig erscheinenden Sonderhefte der Serie „Statistiken – Daten & Analysen“ berichten ausführlich über spezielle statistische Themen (z. B. Sektorale VGR, Direktinvestitionen und Dienstleistungshandel).

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte.html>

## Research Update

englisch | vierteljährlich

Der Newsletter präsentiert einem internationalen Adressatenkreis ausgewählte Ergebnisse der Forschung und Tätigkeit der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB. Er informiert über aktuelle Publikationen, Forschungsschwerpunkte, Veranstaltungen, Konferenzen, Vorträge und Workshops. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Research-Update.html>

## CESEE Research Update

englisch | vierteljährlich

Dieser Newsletter informiert speziell über Forschungsschwerpunkte sowie Publikationen, Veranstaltungen und Termine mit dem regionalen Fokus auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/CESEE-Research-Update.html>

## Workshops – Proceedings of OeNB Workshops

deutsch, englisch | unregelmäßig

Die Bände dokumentieren seit 2004 Beiträge von Workshops, die von der OeNB mit österreichischen und internationalen Fachleuten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zu geld- und wirtschaftspolitisch relevanten Themen abgehalten wurden.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Workshopbaende.html>

## Working Papers

englisch | unregelmäßig

Diese Publikationsreihe dient der Diskussion und Verbreitung von wirtschaftswissenschaftlichen Studien und Forschungsergebnissen. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Working-Papers.html>

## Konferenzband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

englisch | jährlich

Die jährlich stattfindende Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch über währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitische Fragen von Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktakteuren und Vertretern der universitären Forschung dar. Der Konferenzband dokumentiert alle Beiträge.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Volkswirtschaftliche-Tagung.html>

## Konferenzband zur Conference on European Economic Integration

englisch | jährlich

Im Zentrum der jährlich stattfindenden CEEI-Konferenz der OeNB stehen aktuelle zentralbankrelevante Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem europäischen EU-Erweiterungs- und Integrationsprozess.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Conference-on-European-Economic-Integration-CEEI.html>

Der Band erscheint seit der Konferenz 2001 jährlich im Verlag Edward Elgar, Cheltenham, UK, Northampton, MA.

<http://www.e-elgar.com/>

## Bankenaufsichtliche Publikationen

deutsch, englisch | unregelmäßig

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Bankenaufsichtliche-Publikationen.html>



# Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/Fax/E-Mail</i>
<b>Hauptanstalt</b> Otto-Wagner-Platz 3 <b>1090 Wien</b> <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-04-2399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>
<b>Zweiganstalten</b>		
<b>Zweiganstalt Österreich Nord</b> Coulinstraße 28 <b>4020 Linz</b>	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-04-6399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
<b>Zweiganstalt Österreich Süd</b> Brockmanngasse 84 <b>8010 Graz</b>	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-04-6799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
<b>Zweiganstalt Österreich West</b> Adamgasse 2 <b>6020 Innsbruck</b>	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 908 100-0 Fax: (+43-512) 908 100-04-6599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
<b>Repräsentanzen</b>		
<b>Repräsentanz New York</b> Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 <b>New York, N. Y. 10022, USA</b>		Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
<b>Repräsentanz Brüssel</b> Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 <b>1040 Brüssel, Belgien</b>		Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48

Der *Geschäftsbericht* der OeNB informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, über Entwicklungen der Wirtschaft, der Finanzmärkte und des Zahlungsmittelbereichs. Ferner werden die Aufgaben und vielfältigen Dienstleistungen sowie die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts. Seit 2006 bildet der Geschäftsbericht zusammen mit der Wissensbilanz und der Umwelterklärung den *Nachhaltigkeitsbericht* der OeNB.

<b>Medieninhaberin und Herausgeberin</b>	Oesterreichische Nationalbank, Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien Postfach 61, 1011 Wien www.oenb.at oenb.info@oenb.at Tel. (+43-1) 40420-6666 Fax (+43-1) 40420-04-6698
<b>Projektleitung</b>	Markus Arpa, Doris Ritzberger-Grünwald
<b>Koordination</b>	Manfred Fluch, Maria Silgoner
<b>Inhaltliche Gestaltung</b>	Gabriella Chefalo, Gernot Ebner, Matthias Fuchs, Eva Graf, Stefan Gschiegl, Clemens Jobst, Martina Keck, Lenka Krsnakova, Claudia Kwapil, Ulla Mangold, Martin Much, Eugen Puschkarski, Josef Schreiner, Petra Schütz, Tobias Steiner, Helmut Stix, Gabriele Stöffler, Patrick Thienel, Andrea Untersperger, Klaus Vondra, Karin Wagner, Beat Weber, Daniela Widhalm, Katharina Wolner-Rösslhuber
<b>Redaktion</b>	Brigitte Alizadeh-Gruber, Anita Roitner
<b>Datenaufbereitung</b>	Angelika Knollmayer, Beate Resch
<b>Grafische Gestaltung</b>	Abteilung Informationsmanagement und Services
<b>Bildgestaltung</b>	Robert Musil, Carmen Sohm
<b>Fotos</b>	OeNB (Veranstaltungen zum 200-Jahr-Jubiläum der OeNB im Jahr 2016)
<b>Layout und Satz</b>	Sylvia Dalcher, Walter Grosser, Andreas Kulleschitz
<b>Druck</b>	Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

**DVR 0031577**

**ISSN 2311-0015 (Online)**

© Oesterreichische Nationalbank, 2017. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht der OeNB wurde geprüft und entspricht dem aktuellen Leitfaden G3.1 der Global Reporting Initiative zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Quality Austria hat die Einstufung in die Anwendungsebene B bestätigt.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024

